Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 279. Morgen-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonntag, den 18. Juni 1865.

Waterloo.

Fünfzig Jahre, seitdem mit den letzten Bataillonen der französischen Garde die Freiheit Europa's für Jahrzehnte vernichtet wurde, seitdem die preußischen Regimenter die Prinzipien von 1789 in ihrem und ihrer Feinde Blute ertränkten.

Es war ein seltsames Verhängniß, daß den Völkern der Kampf des Legitimitätsprinzips gegen die Revolution als Freiheitskrieg erscheinen mußte, und daß gerade das freiheitglühende preußische Volk der belebende Nerv dieses Kampfes wurde. So tief war der Stand der politischen Bildung, daß höchstens der scharfsinnige Haß der Aristokratie gegen den gekrönten Bürgersohn die volle Bedeutung des Kampfes errieth, daß die Krieger aber todesmuthig ihre Leiber in die feindlichen Bayonnete warfen, wähnend, mit der Freiheit ihres Landes auch die Freiheit ihres Volkes zu erringen. Waren ihnen doch für die Zukunft heilige Versprechungen gegeben, deren sofortige Verwirklichung nur durch die Noth des Augenblickes und den Krieg verhindert sein sollte! Hatten sie doch aber erfahren, wie jeder Fortschritt die Kraft und das Ansehen des Staates verzehnfacht! Konnten sie doch nicht ahnen, daß das Junkerthum sein Privatinteresse hoch über den Vortheil des Vaterlandes stellen und lieber Preußen und Deutschland in tiefster Abhängigkeit vom Auslande erhalten würde, als zuzugeben, daß die junge, kaum aufgesproßte Freiheit sich zum kräftigen Baume entfalte!

Das Inslebentreten der großen Grundsätze, die bei Waterloo unterlagen und für deren Verwirklichung heute noch die meisten Völker Europa's kämpfen — keines mit mehr Eifer und unter schwierigeren Verhältnissen, als das preußische — war von heftigen Geburtsschmerzen begleitet; das Extrem der Unterdrückung rief ein Extrem der Ausschweifung hervor. Zwischen beiden war keine Verständigung möglich, nur ein Kampf auf Leben und Tod; denn der Bürgerstand, der feste Halt der Ordnung und Freiheit, das Verbindungsglied zwischen dem Bestehenden und dem Kommenden, wurde erst durch die französische Revolution wieder geschaffen und konnte unter den ununterbrochenen Kriegsstürmen nur langsam heranwachsen. Instinctiv erkannten die alten Dynastien Europa's, erkannten die Privilegirten in diesem Stande den mächtigsten Feind, den künftigen Besieger aller absolutistischen Wirthschaft und aller Vorrechte; sie bekriegten gemeinsam das nationale Frankreich, aber alle Gefahren konnten die Spannkraft der jungen Republik nur stärken. Vielleicht wäre dennoch Frankreich unterlegen, weniger vor den Heeren seiner Feinde, als an dem inneren Zwiste, wenn ihm nicht ein Erretter erstanden wäre, der das Land nach außen hin furchtbar gemacht und gleichzeitig im Innern mit fester Hand Ordnung, Sicherheit und Gedeihen geschaffen hätte.

Aber es ist das Unglück der romanischen Völker, daß unter ihnen kein Cromwell, kein Washington, nur ein Cäsar erstehen kann. Zweimal lag es in der Hand eines Bonaparte, für ganz Europa die Freiheit heraufzuführen; zweimal haben sie es vorgezogen, ihren Ursprung zu verleugnen, sich zu Kaisern ernennen, vom Papste selber salben zu lassen. Die Franzosen, die keinen Sinn für die stille Größe eines republikanischen Magistrats haben, bedurften und verlangten das Schaugepränge der Monarchie; sie waren nicht groß genug für die Republik. Haben sie aber leiden müssen unter ihrem Unverstande, so haben auch die Bonaparte's ihren Untergang besiegelt in dem Augenblicke, in dem sie die Grundsätze verleugneten, durch welche sie emporgehoben waren. Als Consul der Republik war Napoleon I. mächtiger und weniger gehaßt, denn als Kaiser. Er verließ den Boden nicht, aus dem er aufgesprossen war, und strebte nicht danach, sich den alten Dynastien zu nähern; er hätte nur den Haß der Aristokratie, und in geringerem Grade, denn als Kaiser, nicht zugleich den Haß der Völker gegen sich gehabt. Die Erkenntniß dieses Grimmes riß ihn zu immer neuen Kriegszügen hin, machte ihn zum Dämon ganz Europa's, und ließ die Völker des Erdtheils gegen ihn sich erheben. Der Despotismus im Innern nöthigt Napoleon III., durch Einmischung in alle europäischen Angelegenheiten, durch Kriege in allen Winkeln der Erde die Franzosen zu beschäftigen, und diese Einmischung hat ihm den furchtbarsten Feind erweckt, die nordamerikanische Republik. Der Schlag in Mexico mag nicht so vernichtend niederfallen, wie der Tag von Waterloo, der Neffe mag sich bis an's Ende seines Lebens auf dem Throne halten, aber seine Dynastie erhält jenseits des Oceans den Todesstoß.

Napoleon I. kam als Repräsentant der Revolution, und nur der blinde Haß kann leugnen, daß er den von ihm unterworfenen Landestheilen große Segnungen gebracht hat. Der Bürger und der Bauer Westdeutschlands, bisher leibeigen und geknechtet von zahllosen kleinen Herren, lernten sich als Menschen, als Staatsbürger fühlen, prompte Justizpflege, Schwurgerichte, ein vielfach humanes und freisinniges Gesetzbuch wirkten so wohthätig, daß heute noch einzelne Reste der französischen Gesetzgebung heilig gehalten werden. Aber indem der Kaiser die Fürsten vertrieb und demüthigte, fügte er auch den Völkern großes Wehe zu. Sein Triumphzug ging über Tausende von Todten und Verstümmelten hinweg, sein Fuß zertrat die Wohlfahrt, das Lebensglück von Millionen. Dennoch wäre er nicht gestürzt worden, hätte nicht in dem kleinen, verarmten und wegen seines schmählichen Falles tief vernichteten Preußen eine friedliche Revolution denselben Geist wachgerufen, den die blutige Revolution in Frankreich erzeugt, und der über alle Heere des alten Europa's triumphirt hatte. Diesem Geiste des freien, selbstbewußten Bürgerthums, dieser glühenden Vaterlands- und Freiheitsliebe vermochte der mächtigste Monarch umsoweniger zu widerstehen, als der geringen materiellen Macht Preußens die Heere Rußlands und Oesterreichs zu Hilfe kamen. Er fiel. Die Aristokratie hatte ihren Zweck erreicht, der Emporkömmling schien in's Nichts zurückgeschleudert, die Fahne der Legitimität flatterte hoch über der besiegten Revolution — und die Völker waren zu matt von den ungeheueren Anstrengungen, um den Preis ihrer Siege aus den Händen derer zu reißen, die sich in Wien um ihn zankten.

Noch einmal vermochte der Imperator sich zum Haupte des französischen Volkes aufzuschwingen. Er kehrte zur Mäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zurück, beschwor eine freie Verfassnng und hatte den aufrichtigsten Willen, sie zu halten. Vielfach ist an seiner Liebe zum Frieden und zum Constitutionalismus gezweifelt worden: wir meinen, er habe sich nicht gern beschränken lassen, aber er glich schwerlich den Bourbonen, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten. Er mußte ein constitutioneller Monarch werden, er wollte es werden, weil er nur als solcher einen Schimmer der Hoffnung hatte, sich auf dem Throne zu erhalten. — Zu spät! Nach der beispiellosen Niederlage von Waterloo ließen ihn seine Creaturen, die aus dem Nichts zu hohen Würden erhobenen Senatoren, Generale und Minister im Stiche, und die Bourgeoisie, die von ihm viel fürchtete und thörichterweise von den Bourbonen viel hoffte, entsetzte ihn. Das französische Bürgerthum hat dadurch einen unvergänglichen Makel auf sich geladen, der selbst nicht dadurch getilgt werden kann, daß es unter der Restauration muthig in die Bresche trat. Aber diese Feigheit, dieser blinde Egoismus waren die Folgen der früheren Willkürherrschaft Napoleon's. Die Tyrannei trägt stets am meisten zu ihrem Untergange bei, sie unterhöhlt die stärksten Stützen des Staates. Das Wort des deutschen Dichters: „In Fährden und in Nöthen zeigt erst ein Volk sich recht — D'rum soll man nie zertreten sein gutes, altes Recht", dieses Wort hat in Frankreich die schlagendste Bewahrheitung gefunden.

Ganz anders in Preußen! Das preußische Bürgerthum, das soeben für König und Vaterland die von keinem anderen Volke übertroffenen Opfer gebracht hatte, eilte freudig wieder zur Fahne. Dieser großartige Aufschwung war allein möglich in Folge der errungenen und in der Hoffnung auf die versprochene Freiheit. Die Befreiungskriege wären nicht möglich gewesen unter den inneren Zuständen Preußens vor 1807 und nach 1818. Den furchtbaren Schlag bei Waterloo konnte nur ein freisinnig regiertes Preußen führen.

Fünfzig Jahre sind vergangen seit dem Schlußakte des größten Dramas der Weltgeschichte. Wir können nur mit getheilten Gefühlen an den Tag zurückdenken. Keine der Hoffnungen wurde erfüllt, welche unsere Väter beseelte. Der Boden war gewonnen für den Freiheitsstaat, aber nur Unkraut schoß empor. Die karlsbader Beschlüsse, die wiener Schlußakte, Verona, Laibach, sie wären nicht möglich gewesen, hätte ein Napoleon das constitutionelle Frankreich regiert. Die Besorgniß vor einem neuen Ausbruche des französischen Vulkans hätte die Völker Mitteleuropa's vor dem Drucke geschützt, unter dem sie später seufzten. Deutschland wäre, wenn auch nicht die kalischer Verheißungen erfüllt wurden, fester zusammengekittet worden, als durch die Bundesakte.

Der Jubeltag von Waterloo wird noch viel stiller gefeiert werden, als der Beginn der Erhebung unseres Volkes gegen die Fremdherrschaft. Der große Sieg steht beiweitem nicht so fest im deutschen Herzen, wie die Erinnerung an die ersten Thaten der Freiwilligen und der Landwehr. Kein Lied hat ihn verherrlicht, während ein und zwei Jahre zuvor der Strom der Freiheitsgesänge überreich an die Herzen schlug; kein nennenswerthes Kunstwerk bewahrt sein Andenken. Bleischwer lag der Gedanke an die Berathungen von Wien auf den Geistern, und wie eine Ahnung wehte das Vorgefühl der kommenden Reaction dem Volke entgegen. Die übermenschlichen Anstrengungen hatten die Kraft der Nation erschöpft, sie sah stumm und dumpf zu, als ihre edelsten Männer, die Sänger der Freiheitskriege, von den Aemtern suspendirt wurden, als die Blüthe der Jugend in den Kerker wanderte.

Aber ein Gut, eine unschätzbare Institution verdanken wir dem Tage von Waterloo: die Landwehrordnung von 1815. In ihrer Einleitung beruft sich der König ausdrücklich auf die großen Leistungen der Landwehr in den beendeten Kriegen. Diesem Urtheile Friedrich Wilhelms III. gegenüber behauptet die „Kreuzz." in ihrer Sonnabend-Nummer, bei Ligny sei die Landwehr geschlagen und habe sich in wilder Flucht aufgelöst, aber die Linienregimenter hätten die Ordnung wiederhergestellt und so den Sieg von Belle-Alliance ermöglicht. Ob sie den letzteren ebenfalls der Linie zuschreiben wird, wissen wir noch nicht. Wir wissen nur, daß die Landwehr bei Ligny und Waterloo unvergänglichen Lorber errungen, und daß die Vordersten in der Verfolgung Landwehrmänner waren. Möge das Gedenkfest eine Mahnnng an das preußische Volk sein, festzustehen in der Bewahrung seiner heute noch gesetzlichen Landwehrinstitution. Möge die Rede, welche der alte Marschall Vorwärts zu Ehren Hardenberg's hielt, heute wiederklingen in allen Festreden. „Dem von Hardenberg hervorgebrachten Geiste," sagte Blücher, „ist es beizumessen, daß man im preußischen Staate jetzt nicht weiß, wo das Militär aufhört und der Bürgerstand anfängt. Diese glückliche Verschmelzung (durch die Landwehr) ist ein charakteristisches Denkmal der gegenwärtigen Epoche. Ich wünsche, daß sie unauflöslich bleibe!"

Breslau, 17. Juni.

Der Landtag ist heute Nachmittag 3 Uhr geschlossen worden; die Schlußrede des Hrn. v. Bismarck hat uns der Telegraph wortgetreu gebracht (s. am Schluß der Ztg.). Nach der „Zeidl. Corresp." soll im Laufe des Jahres weder eine Auflösung noch Neuwahl stattfinden, dagegen giebt das Blatt Andeutungen über die Octroyirung eines Wahlgesetzes. Es ist überhaupt ein charakteristisches Zeichen unserer inneren Entwickelung, daß unmittelbar vor dem Schlusse des Landtages Gerüchte über Octroyirungen sich verbreiten; wie das vorigemal die Presse, so, meint man, werde diesesmal das Vereins- und Versammlungsrecht betroffen werden. Wie epidemisch verbreitet sich die Ansicht, daß man zu ungewöhnlichen Mitteln seine Zuflucht nehmen werde und nehmen müsse; man giebt sich gar nicht die Mühe mehr, auf die Bestimmungen des Gesetzes und der Verfassung hinzuweisen, sondern es wird frischweg behauptet: ohne Octroyirungen geht es nicht. So ist es mit dem Wahlgesetz. Daß dessen wichtigste Bestimmungen integrirende Theile der Verfassung sind, kümmert die „Zeidl. Corresp." gar nicht; sondern nach ihrer Ansicht muß die Regierung, sobald sie es für nothwendig hält, ein Wahlgesetz octroyiren; thut sie es nicht, nun so hält sie es eben noch nicht für opportun und zeitgemäß. So schreibt das feudale Blatt:

> Es ist der Mühe werth, zu erörtern, wie weit die Gerüchte über den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes einen thatsächlichen Hintergrund haben dürften. Daß im Schooße der Regierung nicht blos jetzt, sondern seit längerer Zeit der Charakter und die Wirksamkeit des Wahlgesetzes erwogen worden ist, läßt sich ja schon aus der Pflicht des königl. Gouvernements ableiten, welchem es obliegt, die Schäden, die im Gemeinwesen hervortreten, zu beobachten und die Mittel der Heilung zu finden. Daß ferner Vorschläge zur Aenderung des Wahlgesetzes von patriotischen Männern gemacht und von der Regierung geprüft, daß Erhebungen angestellt, Schluß-Folgerungen gezogen sind, läßt sich gleichfalls annehmen. Daß endlich die Regierung den Wunsch hegt, eine Wahlordnung einzuführen, durch welche der Verfälschung des Volksgefühls und der Volksmeinung vorgebeugt und, dem Geiste der Verfassung gemäß, die wahren Tendenzen der Mehrheit des Volkes zu Tage gefördert werden, läßt sich vermuthen. Andererseits jedoch dürften zwei Thatsachen feststehen. Erstens wird die Regierung eine so wichtige Sache, wie es die Regelung des Wahlwesens ist, nicht übereilen, sie wird vielmehr erst nach genauen Vorarbeiten so wie mit gewissenhafter Beurtheilung des Momentes ans Werk gehen. Zweitens ist es offenbar, daß das Land in Folge der fünfmonatlichen Session genug und übergenug von parlamentarischen Erlebnissen gehabt hat, und jetzt also Neuwahlen nicht an der Zeit sein würden.

Die Verfassung ist für diese Sorte von Blättern Nebensache; nothwendig und zeitgemäß oder nicht, nämlich nach ihrer Ansicht und Auffassung — das ist die Hauptfrage. Noch naiver ist ein anderer Kämpe der feudalen Partei in den „Glaser'schen Jahrb. für Gesellschafts- und Staatswissensch." Derselbe schreibt nämlich:

> Das provisorische Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 mit seinem Dreiklassen-System hat seine conservativen Intentionen seit dem Jahre 1858 nicht bewährt, vielmehr dreimal versagt, indem es dem Liberalismus und Radicalismus zur Herrschaft im Abgeordneten-Hause verholfen hat.

Sollte man sich einen solchen Ungehorsam von einem noch dazu conservativen Wahlgesetze denken können? Eigens dazu gemacht, um stets eine conservative Majorität zu verschaffen, versagt es plötzlich, und zwar dreimal hintereinander — eine Unverschämtheit ohne Gleichen! Es will partout nicht mehr conservativ sein. Was thun? Ei nun, wie Beamte discplinirt werden, welche versagen, d. h. ungehorsam sind, so muß auch das Wahlgesetz disciplinirt werden. Man giebt ihm den Abschied und macht ein anderes, das so lange gilt, bis es wieder versagt. Das Wahlgesetz war gut, so lange wir Conservativen die Majorität hatten; seitdem es aber versagt hat, werden plötzlich alle möglichen Mängel an ihm entdeckt. Uebrigens bevorwortet der Staatsmann in den „Glaser'schen Jahrb. für Gesellschafts- und Staatswissenschaft" „directe Wahlen mit geheimer Abstimmung." Ei, wir haben Nichts dagegen, sobald wir sie auf verfassungsmäßigem Wege erlangen; nur machen wir darauf aufmerksam, daß diese directen Wahlen noch weit eher versagen werden, als das Dreiklassen-Wahlgesetz.

Wie uns unter „Berlin" gemeldet wird, hat Preußen die Absicht, die Stände der Herzogthümer nicht eher einzuberufen, als bis sich der Erbprinz von Augustenburg aus Holstein entfernt hat. Wie es scheint, hat Oesterreich bis jetzt noch keine Lust, diesem Verlangen Preußens nachzugeben. Trotz der beruhigenden Versicherungen des Herrn v. Schmerling, welche wir unter „Wien" mittheilen, verlangt doch das österreichische Abgeordneten-Haus eine genauere Präcisirung des Octroyirungs-Paragraphen 13. Wir können ihm diese Vorsicht nicht verargen.

Nach den neuesten Berichten aus Rom gehen die Verhandlungen zwischen der italienischen und der päpstlichen Regierung ihrem Abschlusse entgegen. Victor Emanuel hat sich dem Vernehmen nach, trotz der Einwendungen Lamarmora's und Petiti's, definitiv bereit erklärt, auf der Eidesleistung der neu zu ernennenden Bischöfe nicht zu bestehen und für den kirchlichen Verkehr mit dem Papste das Exequatur (placetum regium) fallen zu lassen; nur bezüglich des unbeweglichen Eigenthums der Kirche (die Fragen zweiten Ranges sind sehr glatt abgemacht) schweben die Erörterungen noch, da die vom Könige eventuell zugestandene Umwandlung des durch jenes Eigenthum repräsentirten Kirchenvermögens in Staatsrenten dem römischen Stuhl, wenn auch sonst vielleicht annehmbar, doch insofern politisch bedenklich erscheint, als eine solche Kapitalanlage eine wenigstens indirecte Anerkennung des Staates, in welchem sie geschieht, in sich schließen würde. Man zweifelt indeß nicht, daß sich die Form finden werde, auch über diese Schwierigkeit hinwegzukommen. Wie man der „Kreuzzeitung" aus Paris schreibt, wäre auch in Betreff der römischen Schulden eine Abfindung zu Stande gekommen, wogegen freilich ein Telegramm der „K. Z." aus Wien meldet, daß zuverlässigen Nachrichten aus Rom zufolge die zweite Mission Vegezzi's an dem Versuche, die politische Frage mit in die Unterhandlung zu ziehen, gescheitert sei.

So viel ist gewiß, daß Vegezzi allerdings eine Audienz beim Papste wieder gehabt hat, daß er aber auf seinen Karten den Titel eines außerordentlichen Gesandten des Königs Victor Emanuel ohne anderweitige nationale oder geographische Bezeichnung führt, so daß also von einer förmlichen Beglaubigung eines italienischen Agenten, zu welcher der Papst selbst geneigt sein soll, noch nicht die Rede ist. Im Gegentheil schmeichelt man sich, der „K. Z." zufolge, in clericalen Kreisen, daß die neueste Wendung einen Zersetzungsprozeß in den Reihen der italienischen nationalen Parteien herbeiführen und den Clerus befähigen werde, die Risse nach und nach so zu erweitern, daß der Einsturz des Einheitsstaates erfolge und Rom wieder zu seinen Provinzen, die Bourbonen und Erzherzoge zu ihren Staaten kommen. — Daß sich die italienische Regierung in die Angelegenheit des Prinzen Napoleon gegenüber dem Kaiser gemischt habe, wird entschieden in Abrede gestellt, und die Nachricht, daß General Solaroli von Victor Emanuel beauftragt worden sei, dem Kaiser sein Bedauern über die Rede seines Schwiegersohns auszudrücken, ist geradezu erfunden. — Nach dem turiner Blatte „Cavour" wäre daselbst ein Agent von Juarez eingetroffen, um Werbungen ehemaliger Garibaldianer für Mexico zu versuchen. Die Führer der Actionspartei wollen jedoch von diesen Werbungen nichts wissen.

Schon gestern haben wir auf das Interesse hingewiesen, welches die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers in Frankreich aufs Neue erwecken. Es ist, wie der wiener „Botschafter" richtig bemerkt, nicht die Tiefe und Gründlichkeit, mit der die einzelnen Fragen behandelt werden, auch nicht der Einfluß, den das Votum des Hauses auf den Gang der Politik und die Verwaltung des Landes ausübt — sondern es ist die Art und Weise, in der die Verhandlungen geführt, die Leichtigkeit, mit der von den Detailfragen zu den allgemeinen Prinzipien übergegangen wird und der, man möchte fast sagen, moussirende Ton, der sich über die ganze Discussion ausbreitet, was diesen Debatten ein so weitreichendes Interesse verleiht. Mit geringen Ausnahmen wird der Sprecher zum Acteur; die Zuhörer, weit entfernt, mit Stillschweigen den Ausführungen desselben zu folgen, betheiligen sich in der verschiedenartigsten Weise an der Debatte, und so entstehen jene erregten, ja fast stürmischen Scenen, an denen die Sitzungen der französischen Kammern so reich sind. In der diesjährigen Session hat aber noch keine die vorletzte übertroffen, in welcher die Budgets der Ministerien des Auswärtigen und des Innern auf der Tagesordnung standen. Wir theilen unter Paris einen Theil der vortrefflichen Rede Jules Simon's über das Gefängnißwesen mit, eine Ausführung, welcher selbst der Regierungscommissar nicht anders als mit den wärmsten Worten dankbarer Anerkennung zu begegnen vermochte.

Hinsichtlich des Zwistes innerhalb der kaiserlichen Familie enthält die „N. Fr. Pr." eine Nachricht, welche nicht gerade auf eine baldige Beilegung desselben schließen läßt. Prinz Napoleon soll nämlich, so heißt es, dem Kaiser (auf ein zweites energisches Schreiben desselben) angekündigt haben, er wolle Frankreich verlassen. Der Kaiser soll darauf geantwortet haben: Der Prinz könne für seine Person thun, was er wolle. Was jedoch die Kinder des Prinzen betrifft, so habe der Kaiser als Chef der kaiserlichen Familie das Recht, zu verlangen, daß die nächsten Agnaten seiner Krone in Frankreich bleiben, und somit auch deren Entfernung außer Landes zu verbieten.

Was Mexico anlangt, so ist beachtenswerth, daß der neueste „Moniteur" die von dort eingegangenen Nachrichten nur „befriedigend" findet. Auf die gestern telegraphisch mitgetheilte Nachricht von der Flucht des Präsidenten Juarez ist darum nicht viel zu geben, weil diese Flucht schon wer weiß wie oft angekündigt worden ist. Wenn aber der „Moniteur" aus New-York meldet, daß General Ortega den Schauplatz seines Wirkens nach Nashville verlegte, daß jedoch der commandirende General von der washingtoer

Regierung Weisung erhalten habe, „eine Ausdehnung“ dieser Thätigkeit nicht zu gestatten, so beweist das eben nur, daß — die todtgesagte Agitation noch lebt. Unter diesen Verhältnissen ist es daher wohl auch mehr als entschuldigt, wenn man in dem bevorstehenden gegenseitigen Besuche der englischen und französischen Panzerschiffe etwas mehr sehen will, als einen Austausch freundschaftlicher Beziehungen. Man ist vielleicht mit vollem Rechte geneigt, darin eine Art von Schaustellung der gemeinsamen Kräfte zu erblicken, die im schlimmsten Falle gegen Amerika verfügbar wären, wenn dies seine Ansprüche zu hoch stellte.

Aus **England** ist nichts von Bedeutung zu melden. Die liberalen Blätter haben die kürzlich erwähnte Notiz der toryistischen „Preß“, welche von dem muthmaßlichen baldigen Rücktritte Lord Palmerston's sprach, bisher fast ganz übergangen. Der Grund dieses Schweigens liegt auf der Hand. Lord Palmerston ist der Haltpunkt der Partei; unter seiner Fahne ziehen die liberalen Candidaten in's Feld und seiner Führung schreibt man es zu, daß das Land seit 7 Jahren von äußeren und inneren Kämpfen verschont ward. Ebendeshalb wäre es denen, die sich in Ermangelung eines bestimmten Programms um den greisen Führer schaaren, sehr ungelegen, wenn das Land erführe, daß dieser endlich doch seine Stellung werde aufgeben müssen. Die „Morning-Post“ hält es daher auch endlich für nöthig, dieser Behauptung entgegenzutreten, natürlich indeß kann sie dem 80jährigen Premier die Kräfte nicht geben, die er nun einmal in Wirklichkeit nicht mehr besitzt, und ihr ganzes Raisonnement beweist nur die Angst, welche die Palmerston'sche Partei hat.

Wichtiger sind jedenfalls die Nachrichten aus **Spanien**. Das allerdings verunglückte Pronunciamento von Valencia scheint nach den über Paris gekommenen Nachrichten nichts anderes, als ein Versuch der demokratisch-iberischen Partei gewesen zu sein. Diese Partei will, wie die italienische Unitarierpartei eine Republik Italien will, eine Republik Iberien, die von der Rhede von Balem bis zu den Pyrenäen reicht. Wie sich aber die italienischen Einheitsmänner vorläufig noch ein Königreich Victor Emanuel gefallen lassen, so würden sich auch die iberischen Unitarier vorläufig noch ein Königthum der Königin Pia von Portugal (der Tochter Victor Emanuels) gefallen lassen. Wie es heißt, ist General Prim, der Führer der spanischen Demokraten (der äußersten Linken der Progressisten-Partei), nach Italien geflüchtet, während ein königl. Decret ihm befohlen hat, sich nach Madrid zurückzubegeben. — Von großer Wahrscheinlichkeit ist die Nachricht, daß ein neuer Ministerwechsel bevorsteht und daß namentlich der Herzog von Tetuan, General O'Donnell, Aussicht habe, wieder an's Ruder zu gelangen, was natürlich in Frankreich mit großer Genugthuung aufgenommen werden würde, da O'Donnell viel franzosenfreundlicher gesinnt ist, als Marschall Narvaez.

Aus **Amerika** liegt nichts Wichtiges vor. Dagegen wird der pariser „Patrie“ von der Westküste Afrika's berichtet, daß der König von Dahomey, welcher mit beträchtlichen Streitkräften den König der Achantis angegriffen hatte, eine große Niederlage erlitt. Sein Heer wurde am Voltaflusse geschlagen und mit enormen Verlusten in die Flucht getrieben. Der König hatte viel Mühe, nach seiner Hauptstadt zurückzugelangen. Am Tage seiner Rückkehr ließ er den Groß-Fetischpriester kommen und dieser gab ihm den Rath, er solle, um den bösen Geist zu beschwören, demselben zweihundert Gefangene opfern. Dieses entsetzliche Opfer hatte am 17. April in Gegenwart des versammelten Volkes statt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Herrenhauses, am 16. Juni.

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertisch: Geh. Finanzrath Mölle und Reg.-Assessor Hoffmann. Erster Gegenstand der T.-O. ist das Gesetz über die Zinsgarantie für die Eisenbahn von Leinefelde nach Langensalza ꝛc. Referent ist Herr v. Rabe. Die Commission beantragt Beitritt zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Hr. v. Below wünscht, daß die Zinsgarantien auch den Eisenbahnanlagen in den östlichen Provinzen zu Gute kommen möchten. So eben sei „an einer anderen Stelle“ wieder eine Garantie für eine pommersche Eisenbahn abgelehnt worden. Redner bedauert das, ohne dem Gerüchte Glauben schenken zu wollen, daß die Ablehnung erfolgt sei, weil die von der Bahn berührten Kreise conservative Abgeordnete geschickt hätten.

Die Commissionsanträge werden hierauf angenommen.

Demnächst wird das Gesetz über Errichtung und Erhaltung von Marksteinen, behufs der zur Legung eines trigonometrischen Netzes über die sechs östlichen Provinzen der Monarchie zu bestimmenden trigonometrischen Punkte, nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nunmehr erfolgt der Bericht der Budget-Commission über die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1865. Referent ist Herr v. Rabe. Die Anträge der Commission sind durch die Morgenblätter mitgetheilt. Zu dem Antrage, welcher auf Zustimmung des Hauses „zu einer entsprechenden Anleihe zum Zwecke der Vergrößerung der Kriegsmarine gerichtet ist, haben die Herren Graf v. Arnim-Boitzenburg, v. Below und Genossen folgenden Zusatzvorschlag eingebracht: das Herrenhaus wolle folgende Resolution beschließen: In Erwägung, daß die volle Ausbildung der deutschen Wehrkraft zur See nur die dauernde Sicherstellung ihrer Hilfsquellen, die Bürgschaft gegen die Erneuerungen kriegerischer Verwickelungen in den Elbherzogthümern, sowie die Sicherheit Preußens selbst an seinen nordwestlichen Grenzen aber nur durch einen engen Anschluß jener Landestheile an Preußen zu erreichen ist, — ohne deshalb die Selbstständigkeit eigner Verwaltung in den Herzogthümern und die Berücksichtigung ihre eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zu beeinträchtigen, — erkennt das Herrenhaus die Forderungen, die die k. Staats-Regierung in ihrer Depesche vom 22. Febr. d. J. für die Lösung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse gestellt hat, als vollberechtigte an, und spricht die Ueberzeugung aus, daß das Land in der energischen Verfolgung der in vorstehender Erwägung bezeichneten Ziele der Regierung Sr. Majestät des Königs freudig zur Seite steht.“

Bei Beginn der Debatte erscheinen am Ministertisch der Handelsminister Graf Itzenplitz, Finanzminister v. Bodelschwingh, und als Commissar Major v. Hartmann. Zur Generaldebatte erhält das Wort der Referent Herr v. Rabe. Derselbe beleuchtet die Behandlung des Budgets durch das Abgeordnetenhaus, welche die Ablehnung der dort gefaßten Beschlüsse zur unabweislichen Nothwendigkeit gemacht habe. Die Veröffentlichung der Verwaltungsausgaben, welche die Commission vorgeschlagen, sei eine überaus vortheilhafte Maßnahme sowohl für die Behörden, als für das Land. Die Ablehnung der Reorganisationskosten, nachdem die Reorganisation sich so glänzend in dem letzten Kriege bewährt, sei ganz undenkbar. Es sei sehr zu bedauern, daß dem Hause durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses die Gelegenheit entzogen sei, sich über die wichtige Marinevorlage auszusprechen. Bei dem Budgetbericht habe man sich mit dem Antrage auf Zustimmung zu der Anleihe begnügen müssen. Der Antrag v. Arnim gebe eine willkommene Gelegenheit, sich des Näheren auszusprechen. Referent empfiehlt alle Anträge der Commission.

Hr. Dr. Leo: Unsere Verfassung läßt verschiedene Deutungen über den Begriff Souverainetät zu, allein keine kann in Abrede stellen, daß diese Souverainetät noch immer wie ein rocher de bronce einzig und allein für Se. Majestät den König aufgerichtet sei. Man hat Souverainetät mit Machtvollkommenheit übersetzt; das ist ein ganz abstracter Begriff. Diese Souveränität, welches Wort den Begriff besser bezeichnet, zu schmälern, ist nicht blos Eidbruch, sondern offenbarer Staatsverrath (Bravo!). Wir alle schaudern schon bei dem Taschendiebstahl, was ist eine gestohlene Börse gegen Staatsdiebstahl? (Bravo!) Ein Löffeldieb ist ein ehrenwerther Mann gegen den Staatsdieb. (Bravo!) Wir lesen immer: „Vor Taschendieben wird gewarnt“, wir sollten lieber lesen: „Vor Staatsdieben, vor Souverainetätsdieben wird gewarnt.“ Sorgen Sie dafür, diese Inschrift überall anzubringen gegen die Anzahl von einzelnen Subjecten, die sich noch immer damit befassen. (Bravo!) Wie die Bergsteiger sich an Arsenikessen gewöhnen, so gewöhnt man sich an den ekelhaften, verabscheuungswürdigen Begriff der Revolutionsmacherei. (Heiterkeit.) (Redner, der übrigens auf der Journalistentribüne ungemein schwer verständlich ist, da er seine Rede in gebückter Stellung abliest, giebt einen historischen Rückblick auf die Entwickelung der Staatssouverainetät) Die Zeitungstrommelei, fährt der Redner fort, will das Zustandekommen des Staatshaushalts-Etats verhindern, welches ein Recht der Souverainität ist; es wird nicht gelingen. Dem ist nichts entgegen zu setzen, als souveraine Verachtung des Hexengebräues der öffentlichen Meinung. Lassen Sie uns Gottes Barmherzigkeit anflehen, daß er unser Preußen erhalte ohne Eid- und Verfassungsbruch, daß er seine Friedenstauben herabsende; wir können uns darauf verlassen, daß Gott der Herr uns erhört, denn immer hat er Preußen durch seine Wunder erhalten; denken Sie daran, wie der Herr uns geholfen von Breslau bis Paris, bis Belle-Alliance, alle Nackenschläge, welche die Armee erhalten, wurden Staffeln zum Siege. Wenn wir Gottvertrauen behalten, kann uns kein budgetloser Zustand schaden. Die Hauptsache bleibt nur: Muth, Muth und nochmals Muth! (Beifall.)

Präs. Graf Stolberg: Ich habe den Hrn. Redner, da er zum erstenmale im Hause sprach, nicht unterbrechen wollen, möchte ihn aber für die Zukunft bitten, sich mit dem § 49 unserer Geschäftsordnung bekannt zu machen. (§ 49 verbietet den Mitgliedern das Ablesen ihren Reden.)

Hr. Graf v. Rittberg erklärt sich für die Commissions-Anträge.

Damit schließt die allgemeine Debatte.

Der erste Antrag der Commission auf Vorlegung eines Gesetzes über Festsetzung der Höhe von Diäten und Reisekosten der Abgeordneten wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Antrag auf Zustimmung des Hauses zu der Marine-Anleihe.

Graf Arnim-Boitzenburg: Der Umstand, daß eine Partei im Lande der Regierung alle Mittel verweigert, die sie verweigern kann, so lange das Ministerium nicht entlassen ist, so lange der Landesvertretung nicht das formelle Budgetrecht eingeräumt ist, schädigt das Land. Ich fasse nicht das Verhalten des anderen Hauses, ich fasse das Treiben einer Partei des Landes in das Auge, welche überall Opposition macht, wo sie zum Worte gelangt. Dem gegenüber hat das Herrenhaus einzutreten, nicht nur, weil wir einem Ministerium gegenüberstehen, dem wir vertrauen, sondern, weil es in der Tendenz des Hauses liegt, stets für das Wohl des Landes einzutreten; so haben wir, obwohl wir einem Ministerium gegenüberstanden, mit welchem die Majorität nicht übereinstimmte, die Grundsteuer bewilligt, bewilligt um die Armee-Organisation, obwohl viele glaubten, diese Compensation würde in der Luft schweben bleiben, wie es leider der Fall war. So loyal hat das Haus gehandelt. Jetzt steht die Reorganisation glorreich da und nun will man die Armee decimiren, desorganisiren, weil über der Wehrkraft das Budgetrecht steht und ihr gegenüber ein Ministerium, das man nicht haben will. Unsere junge Marine ist mit Löwenmuth einer alten bewährten Flotte entgegengegangen und hat gesiegt, und für diese Marine will man nicht einmal so viel hergeben, als man täglich doppelt, dreifach, vielfach soviel für Eisenbahnen und andere mercantile Unternehmungen gewährt. M. H.! Geben können wir dem Könige das Geld nicht, es liegt nicht in unserer Macht, aber sagen können wir ihm, daß wir freudig unsere Zustimmung geben würden. (Beifall.)

Das Haus nimmt einstimmig den Commissions-Antrag an.

Die Debatte wendet sich zu dem Antrage des Grafen von Arnim und v. Below. Der Referent, Hr. v. Rabe, empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Herr v. Below: Die Grenzen Deutschlands sind seit Jahrhunderten zum erstenmale wieder erweitert worden, das Hauptverdienst dafür gebührt Preußen. Wie kann man nun aber im neunzehnten Jahrhundert einen neuen souverainen Kleinstaat, der nie vorher bestanden, aus der Eroberung machen wollen? Es ist in der That ungemein billig, was Preußen für seine Opfer fordert.

Herr Graf v. Arnim-Boytzenburg: Was die Regierung will, das sagt sie in der Depesche vom 22. Februar d. J., über Weiteres behält sie sich die Beschlüsse vor, darüber haben wir auch nicht zu sprechen. Wir theilen die Ziele, das sagen wir, und versprechen die kräftigste Unterstützung, auch wenn weitere Schritte nothwendig würden. Daß ein Anschluß an Preußen auch in den Herzogthümern gewünscht wird, beweist eine Adresse mit mehr als 70,000 Unterschriften aus den conservativen Kreisen jener Länder, welche mit der Fortschrittspartei, mit der liberalen Partei nichts zu thun haben wollen. Ich glaube, auf eine Frage im Lande, ob man sich mehr für das Schweigen, d. h. die Negative, oder für unsern Antrag in dieser Sache entscheiden möchte, würde die einstimmige Antwort für unseren Antrag ausfallen. (Beifall.)

Graf Brühl für den Antrag, möchte ihn jedoch vor der Deutung bewahrt wissen, als ob er gegen das unerläßliche, nur von der Demokratie bekämpfte Zusammengehen Preußens mit Oesterreich gerichtet wäre.

Herr v. Meding erklärt sich für die Annahme des Antrages.

Herr Dr. Bauerband wünscht sich der Abstimmung zu enthalten, weil eine Zustimmung zu dem Antrage die volle Berechtigung der preußischen Forderungen zugestehen würde. Das könne er nicht.

Herr v. Bernuth: Auch er könne nicht rückhaltlos die volle Berechtigung der preußischen Forderungen zugestehen, und werde sich deshalb im Hinblick auf die noch erübrigende Prüfung des Rechtspunktes der Abstimmung enthalten.

Dr. Blömer schließt sich dieser Erklärung an.

Die Herren v. Waldaw-Steinhöfel, Graf Rittberg und Dr. von Zander erklären sich kurz für den Antrag; ebenso Dr. Götze und v. Schlieckmann, aber mit besonderer Betonung dessen, daß der Antrag nur die politische, nicht die rechtliche Entscheidung ins Auge gefaßt habe.

v. Frankenberg und v. Caprivi erklären in ihrer Eigenschaft als Kronsyndici, daß sie keine Bedenken gegen den Antrag hätten. Dr. Heffter erklärt, daß er als Kronsyndicus der Abstimmung sich enthalte. Die Herren Uhden und Homeyer schließen sich der Erklärung des Dr. Götze an. — Damit wird die Debatte geschlossen, während welcher der Justizminister Graf zur Lippe und der Cultusminister v. Mühler am Ministertisch Platz genommen haben.

Graf v. Arnim-Boytzenburg rechtfertigt noch einmal seinen Antrag, welcher den Rechtsstandpunkt unberührt lasse und dem Urtheile des Kronsyndicats in keiner Weise vorgreife.

Bei der Abstimmung wird dieser Antrag mit allen gegen etwa 6 Stimmen angenommen.

Ueber die Schlußanträge der Commission nimmt das Wort

Herr v. Kröcher: Die Verfassung gebe keine Andeutung, was für den Fall, daß ein Etatgesetz nicht zu Stande komme, gethan werden müsse. Man befinde sich damit einem Vacuum, einer Lücke gegenüber, und wie dieselbe auszufüllen, darüber seien die Ansichten allerdings weit auseinandergehend. Die Commission sage, wenn die Verfassung eine Lücke habe, so müsse man auf die Quelle des Rechts, auf die königliche Machtvollkommenheit, oder Souverainetät zurückgehen. Es gebe indessen noch einen anderen Grund und man müsse die Gesammtheit der gesetzlichen Bestimmungen in's Auge fassen. Die Verfassung verweise in zahlreichen Artikeln auf noch zu erlassende Gesetze, sage aber in Art. 109 ausdrücklich: alle Gesetze bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz aufgehoben werden. Die alten Bestimmungen über den Staatshaushalts-Etat seien nicht durch ein besonderes Gesetz aufgehoben worden, also beständen sie noch in Kraft. — Redner verweist dann auf das bekannte Rechtsgutachten, das der Abg. Dr. Gneist bei Gelegenheit der Berathungen über Art. 99 der Verfassung abgegeben hat, und fährt fort: Was den Bericht des Abgeordnetenhauses über die allgemeinen Rechnungen des Jahres 1862 betreffe, so müßten in demselben Fehler enthalten sein. Es werde dem Regierungs-Commissar der Ausdruck „budgetloses Regiment“ in den Mund gelegt. Ein solches Regiment aber gebe es gar nicht, das sei nur ein falscher verwirrender Begriff. Ebenso könnte man nicht von einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Minister sprechen. Im Volke bestehe eine heillose Verwirrung über das Budgetrecht; daran trügen diejenigen Schuld, welche dem Ministerium die Mittel zur Fortführung der Verwaltung verweigerten; zum Theil aber treffe die Schuld das Ministerium selbst, weil es bis jetzt ganz ohne Grund seit dem sogenannten budgetlosen Regiment kein Etatgesetz habe publiziren lassen. Eine solche Publikation sei nach dem Gesetz von 1820 geboten. — (Während dieser Rede tritt der Minister-Präsident in den Saal.)

Hr. Dr. Blömer erklärt sich gegen die Commissionsanträge und für Annahme des Etats, wie er im Abgeordnetenhause festgestellt worden sei. Dadurch werde man eher zu einer Versöhnung gelangen, als wenn man Beschlüsse fasse, welche praktisch dieselbe Bedeutung für die Verwaltung hätten, wie bei Annahme des vom Abgeordnetenhause festgestellten Etats. Die Ausführungen des Vorredners seien durchaus hinfällig; die früheren Publikatio-

Berliner Spaziergänge.

Berlin, 16. Juni. Es waren nicht gerade angenehme Pfingsttage, die wir durchzuleben hatten. Die schönsten Träume von Landpartien und kühnen Ausflügen wurden schändlich zu Wasser gemacht, und eine kühle Temperatur, die fast den jetzigen diplomatischen Kältegrad zweier Großmächte abspiegelte, entmuthigte selbst den verwegensten Berliner, sich mit dem alten Ungestüm den ländlichen Vergnügungen in die Armee zu werfen. Anstatt der gewohnten Extratouren in die sächsische und märkische Schweiz ꝛc., begnügte man sich, den Kaffeegärten der Residenz einen Besuch abzustatten und sich auf heimischem Grund und Boden einen preußischen soliden Schnupfen zu holen; wenigstens war dort die tröstliche Aussicht vorhanden, sich aus dem Sturm der Elemente in einen vorüberrollenden Omnibus zu retten. Daß selbst die ärmsten Berliner den redlichen Willen gehabt hatten, sich die Pfingstfreuden recht angedeihen zu lassen, bewies wieder der Sturm, der auf die Pfandleihhäuser gewagt wurde. Jetzt mußte ein allgemeiner Umtausch vorgenommen, und das leichte Mousselinkleid für den schweren Wintermantel eingelöst werden. Kein Geld — kein Pfingsten, war hier die Loosung, und der Zudrang der opferlustigen Menge war so groß, wie noch nie, und Schutzleute mußten in diesen Vorhallen zum Tempel der Freude aufgestellt werden, um die nöthige Ordnung aufrecht zu erhalten. Je ärmer die äußeren Vorgänge waren, je reicher waren wir an inneren Erlebnissen. Die Virchow'sche Duellgeschichte machte ein ungeheures Aufsehen und bildete überall das Tagesgespräch. In allen liberalen Kreisen war man darüber einig, daß Virchow den Mannesmuth haben müsse, einem alten Vorurtheil zu trotzen, um nicht die preußischen Wähler in die Nothwendigkeit zu versetzen, künftig ihre Abgeordneten in den Reihen der routinirtesten Raufbolde und Klopffechter zu suchen. Virchow's Entschluß hat deshalb den besten Eindruck gemacht, und von allen Seiten wird dem berühmten Manne die vollste, ungetheilteste Anerkennung für seine Weigerung, die mehr galt als ein guter Schuß.

Das einzige Labsal in diesen kalten, regnerischen Tagen blieben unsere Herrenhäusler. Mit welcher Anmuth und Grazie wuschen sie kurz vor Thorschluß in ihrem Palais an der Leipziger-Straße unserem struppigen, dreihärigen Jahrhundert den Kopf, und weil sie selbst schon viel Haare gelassen, bürsteten sie wacker darauf los. Die letzte Sitzung hat bewiesen, daß hier noch der alte Geist lebt und jener ritterliche Muth, der gegen die Schäden und Gebrechen unserer fortschrittlich verkommenen Zeit kühn in die Schranken reitet. Niemand hätte geahnt, daß die edlen Recken in ihren alten Tagen, — ihre Nächte sind noch älter — mit solchem Feuer über die parlamentarischen Auswüchse debattiren, und nebenbei die verhaßte Fortschrittspresse niederschmettern würden. Herr v. Senfft-Pilsach besonders hat uns gezeigt, wie den ganzen verfassungswidrigen Zuständen mit einem Schlage ein Ende gemacht werden könne. Bei der nächsten Eröffnung des Landtags kommen die Herrenhaus-Mitglieder zusammen, fahren dann wieder fort, und diese einzige Rückfahrt genügt, um den constitutionellen Staatswagen endlich in das rechte Gleis zu bringen. Der neue Lehrsatz muß freilich noch mit einem Bruch multiplicirt werden, aber es ist dennoch wahrhaft beklagenswerth, daß dieser gute Rath so spät kommt und dieser Weg nicht eher betreten werden konnte. Lichtenberg schlug einmal „königlicher Hofblitzableiter“ als Titel vor; die letzten Tage belehrten uns, daß es Leute giebt, die den Scherz ernst genommen und das Amt wirklich antreten wollen.

Während die ehrenwerthen Herren noch einmal ihre Stimme gegen den verhaßten Fortschritt erhoben, und in gewohnter Grazie die Schale ihres Zorns über die gegnerische Presse ausgossen, ist es auf allen anderen Gebieten der schönen Künste sehr still geworden. Die königliche Oper und das Schauspiel haben Ferien, wie es in der Theateranzeige heißt, und das Schauspielhaus hat sie eigentlich den ganzen Winter über gehabt. Auch die Theater-Intendanz beeilte sich, kurz vor dem Schluß der königl. Bühne, durch Aufführung der Kösterschen dramatischen Historie: „der große Kurfürst“, ein Lebenszeichen von sich zu geben, das wie der letzte Athemzug eines Dahinscheidenden kaum noch beachtet wurde. Das langweilige Stück war der passendste Nachtisch für all die leeren Schüsseln, die uns in diesem Winter von der königl. Bühnenverwaltung vorgesetzt worden, und wenn das Publikum nicht bereits durch all' die dramatischen Bettelsuppen abgehärtet wäre, würde es schwerlich die Köstersche trockene und dürre historische Brotrinde vertragen haben. Es ist ganz interessant, mit welcher Klugheit unsere Theater-Verwaltungen ihre dramatischen Schlappen und Rückzüge zu verdecken wissen. Sobald ein Stück „einschlägt“, wird es gnadenlos tagtäglich aufgeführt und abgehetzt, hat man aber einen Fehlgriff gemacht und bleibt der Beifall weit hinter den gehabten Erwartungen zurück, dann werden allerhand Vorwände erfunden, um das rasche Verschwinden des neuen Stückes zu motiviren. Jetzt sorgt die betreffende Bühne plötzlich für Abwechselung, oder die Rollen des Stückes sind so angreifend, daß die Darsteller nicht alle Abende auftreten können, während in Wahrheit nur das ausbleibende Publikum bei diesen weisen Maßregeln die Hauptrolle spielt. Von der Friedrich-Wilhelmstädtischen Bühne beginnt bereits „die schöne Helena“ zu verschwinden, weil diese Bühne stets für Abwechselung sorgt; auch „Schuldbeladen“ kann nicht länger auf der Wallnerschen Bühne die steinernen Herzen rühren, da Frau Wallner die schuldbeladene Frau nicht länger darstellen, sondern ihre angegriffene Gesundheit durch eine Badereise wiederherstellen muß. Das alles sind nur dramatische Rückzüge, um die beschämende Niederlage zu verhüllen, daß weder die schöne Helena, dieser gesungene Cancan, noch „Schuldbeladen“, dieser dramatische Rührversuch, hier nachhaltigen Beifall gefunden hat. — Auf neue gute Dramen müssen wir eben so geduldig warten, wie auf die Pferdeeisenbahn, die noch immer nicht dem Verkehr übergeben worden. Dagegen schreitet der Bau des neuen Rathhauses rüstig weiter. Das Prachtgebäude sucht sich allmählich seiner niederdrückenden Umgebung zu entwinden und sich uns in seiner ganzen imponirenden Herrlichkeit zu zeigen. Schon jetzt macht der ganze Bau einen gefälligen Eindruck. Das vollendete Gebäude wird zwei geräumige Höfe umschließen. Von außen bleibt alles rother Ziegelbau, der von seiner düstern Umgebung sich vortheilhaft abhebt. Welch' andern Eindruck würde das großartige Gebäude machen, wenn es auf einem freien Marktplatz stände, anstatt in dem engen Häusergewirr der Königsstadt! Wir haben immer das Gefühl einer gewissen Beklommenheit und denken, ein solcher Prachtbau müsse sich in dieser Umgebung so wenig frei und glücklich fühlen, wie etwa ein Napoleon, wenn ihm überall Pygmäen in den Weg treten wollten. Der Hauptsitzungssaal des Magistrats wird sehr reich decorirt und in seiner massiven Pracht an die berühmten Rathhaussäle der alten Reichs- und Hansestädte erinnern. Möchten wir nun auch darin Bürgermeister zu sehen bekommen, die mit hanseatischer Kraft und Kühnheit für Bürgerwohl, für städtische Rechte u. Freiheiten einzustehen wissen. Auch an modernem Comfort wird es in diesem Rathhause nicht fehlen. Luftheizung, Gas, Telegraphendrähte sind darin angebracht worden und die Acten werden durch eine Maschine von unten in allen Etagen befördert. Wie rasch und wie am Schnürchen wird dann alles gehen! Dann werden wir nicht länger auf Straßendurchbrüche, Niederlegung der Stadtmauer und auf Erfüllung zahlloser anderer frommer Wünsche jahrelang warten dürfen. Schnurr! — und die Sache ist abgemacht. — Das neue Schuldgefängniß, das seine Bewohner weit entschiedener festhalten sollte, hat zwar seine Versprechungen auch nicht völlig gehalten. Fortwährend hören wir von lustigen Vögeln, die diesem hohen und gewaltigen Käfig entschlüpfen. Das alte Schuldgefängniß, das unter dem Namen „Mösersruh“ allgemein bekannt war, ist zwar vor einiger Zeit in's Privatleben zurückgetreten, macht aber jetzt wieder von sich sprechen. Ein Speculant hat das interessante Gebäude erworben, völlig umgebaut und den Garten, so wie die unteren Räume zu einem Restaurationslokale eingerichtet. Vor einigen Tagen fand die Feierliche Einweihung dieses Lokales statt, und Viele, die einst mit dem alten Mösers-

nen seien mit einer obrigkeitlichen Maßregel verbunden gewesen und wenn Art. 109 sie wieder herstellen könne, dann könne man diesen Artikel als eine bequeme Handhabe ansehen, um alle möglichen alten Gesetze, die nicht ausdrücklich aufgehoben, wieder in Kraft zu setzen.

Herr v. Meding erklärt sich für die Commissionsanträge, ebenso Graf Rittberg, der indessen ausdrücklich bemerkt, daß seiner Ansicht nach das Gesetz von 1820 durch die Verfassung aufgehoben sei.

Graf Arnim-Boitzenburg beleuchtet die Commissionsanträge und die Budgetfrage von seinem bekannten Standpunkte aus und schließt damit, zu erklären, daß die Krone das Alpha und das Omega in Preußen sei, und er müsse, wenn er an den alten Spruch denke: fiat justitia, pereat mundus, ihr zurufen: fiat justitia, ne pereat Borussica. (Beifall.)

Finanzminister v. Bodelschwingh: Die Regierung sieht die Budgetfrage als eine sehr ernste an, weil sie weiß, daß diese Frage immer hervorgezogen wird, um die Macht der Krone zu schwächen. Es ist hier vorgeschlagen worden, das Budget, wie es im Abgeordnetenhause festgestellt worden, anzunehmen, um so dem budgetlosen Zustande ein Ende zu machen, aber, m. H., wer das glaubt, der muß nothwendig auch unsere Zustimmung zu einem solchen Budget voraussetzen, und die kann die Regierung unmöglich geben, weil sie damit anerkennen würde, daß die Reorganisation der Armee rückgängig gemacht werde und weil sie dann auch sonst eine Masse nothwendiger Bedürfnisse unbefriedigt lassen müßte. Die Regierung kann in den ablehnenden Beschlüssen dieses Hauses nur eine wesentliche Stütze und Förderung auf denjenigen Wegen erblicken, die sie bisher eingeschlagen hat und ferner einzuschlagen gedenkt. Sie freut sich, dem hohen Hause dafür ihren Dank aussprechen zu können. Was den dritten Antrag der Commission anbetrifft, so wird die Regierung allerdings sich eine Norm machen müssen, wie die Verwaltung fortzuführen ist. Ein Etatgesetz fehlt ihr, aber sie kann unmöglich ohne Etat regieren. Verwaltungsetats hat sie auch in der sogenannten budgetlosen Zeit machen müssen. Ueber die Frage, wie diese Norm aufzustellen, hat sich das Staatsministerium schlüssig machen müssen; es ist also nicht nach dem Belieben des Ressortchefs, sondern nach diesem Beschlusse des Staatsministeriums verfahren worden, nachdem derselbe die Genehmigung des Königs erhalten hatte. Nun wird also nach dem Commissionsantrage gewünscht, daß die Regierung, wenn sie einen solchen Beschluß des Staats-Ministeriums herbeigeführt hat, wenn die einzelnen Verwaltungsetats aufgestellt sind und die Genehmigung Sr. Majestät des Königs erhalten haben, diese Beschlüsse in genügender Art in die Oeffentlichkeit bringt. Ich glaube, daß solchen Wünschen nichts entgegensteht und daß die Regierung mit diesen Veröffentlichungen vorgehen kann.

Man kommt nunmehr zur Abstimmung, bei welcher die drei Schluß-Anträge der Commission mit großer Majorität angenommen werden. Die Minister v. Itzenplitz und Graf zur Lippe, welche Mitglieder des Hauses sind, stimmen mit der Majorität. Schluß: 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Der Präsident bemerkt noch, daß er glaube, annehmen zu können, der Landtag werde morgen geschlossen werden.

Berlin, 16. Juni. [Amtliches.] Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Justizrath, Rechtsanwalt und Notar Franz Bispinck zu Horstmar den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; die von der Akademie der Wissenschaften hierselbst getroffene Wahl des ordentlichen Professors an der hiesigen Universität, Dr. A. W. Hofmann, zum ordentlichen Mitgliede der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie; und die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin getroffene Wahl des General-Lieutenants z. D. Baeyer hierselbst zum Ehrenmitgliede der Akademie zu bestätigen; dem Domainen-Rentmeister Kulcke zu Frankfurt a. d. O. den Charakter als Domainen-Rath; so wie dem Kreis-Physikus Dr. Jehn in Hamm, und dem praktischen Arzt rc. Dr. Mittweg in Essen den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Berlin, 15. Juni. [Se. Majestät der König] nahmen gestern auf Schloß Babelsberg die Vorträge des Militär- und Civil-Cabinets und die Meldungen Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht (Sohn) und des Generalmajors v. Alvensleben, Commandeurs der zweiten Garde-Infanterie-Brigade nach ihrer Rückkehr von St. Petersburg entgegen.

Mittags war Tafel bei Sr. Majestät, an welcher die in Potsdam anwesenden königlichen Prinzen und Prinzessinnen mit Umgebung Theil nahmen; zum Thee begaben sich Allerhöchstdieselben nach Sanssouci zu Ihrer Majestät der Königin-Wittwe.

16. Juni. [Se. Majestät der König] empfingen gestern auf Schloß Babelsberg den Rittmeister a. D. v. Arnstedt und begaben Allerhöchstsich dann in die Wohnung des Generals der Cavallerie, General-Adjutanten v. Tümpling, um ihm zu dem Tage zu gratuliren, an welchem er vor siebenzig Jahren in die Armee getreten, und um demselben eigenhändig den Orden vom schwarzen Adler zu übergeben.

Mit der 12-Uhr-Fahrt begaben Sich Se. Majestät nach Berlin und nahmen die Vorträge des Militär-Cabinets, des Kriegsministers v. Roon und des Ministerpräsidenten v. Bismarck entgegen.

Im Laufe des Nachmittags statteten Allerhöchstderselbe der Fürstin-Mutter von Lippe-Schaumburg Durchlaucht einen Besuch ab und fuhren zur Nacht nach Babelsberg zurück. (St.-Anz.)

= **Berlin,** 16. Juni. [Aus dem Herrenhause. — Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses. — Der Landtagsschluß.] Die Würfel wären also gefallen; das Budgesetz, wie es das Abgeordnetenhaus beschlossen, ist vom Herrenhause abgelehnt und das Zustandekommen eines Etatsgesetzes auch für das Jahr 1865 unmöglich gemacht. In dem Parlamente am Leipziger-Platze macht man sich daraus kein Gewissen und hüllt sich dabei in das Unschuldsgewand der bona fides. Ein Hr. v. Kröcher deducirt sans façon, daß der Staatshaushaltsetat nicht nach dem Staatsgrundgesetz von 1850, sondern nach dem Gesetz aus dem absoluten preußischen Regiment von 1820 zu Stande käme; der Hr. Graf v. Arnim-Boitzenburg erzählt der kleinen Schaar andächtiger Zuhörer, unsere Verfassung, die hieße eigentlich nur so, aber in Wahrheit hätten wir gar keine Verfassung, und jener Hr. v. Kröcher erzählt heut derselben andächtigen Versammlung, diese Rede des Grafen Arnim, die er „Punkt für Punkt unterschreibe", müsse im Lande den tiefsten und nachhaltigsten Eindruck machen! Ist das zu glauben? Wer in diesen letzten beiden Sitzungen des Herrenhauses anwesend war, der mußte sich Jahrzehnte, ja ein Jahrhundert zurückversetzt fühlen. Ein neues Gestirn ist heute, wenigstens für die Rednertribüne des Herrenhauses, aufgegangen. — Hr. Prof. Leo hat sich hören lassen; es war ein sehr unglückliches Debüt; hatte der Inhalt der Rede auch Hrn. v. Senfft-Pilsach seinen Meister finden lassen, die Recitation, das fast unverständliche Ablesen des für die „Kreuzzeitung" bestimmten Manuscriptes war doch äußerst mißlungen, und die sonst gewiß recht spaßhafte Wirkung war recht abgeschmackt. Interessant bleibt es immer und unverkennbar eine kleine Neckerei des Zufalls, daß an demselben Tage, an welchem der Antrag der Conservativen im Abgeordnetenhause gegen Ausschreitungen auf der Rednertribüne eingebracht wird, eine Koryphäe dieser Partei im Herrenhause zum erstenmale die Rednertribüne betritt und Alle, die das Budget der Regierung nicht annehmen, mit dem schmeichelhaften Namen von — „Souveränetätsdieben" — belegt, gegen welche „Löffeldiebe die ehrenwerthesten Leute" sind. — Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses tritt um 6 Uhr zusammen, um über den Bericht der Staatsschuldenverwaltung des Jahres 1863 zu berathen; der Antrag geht auf Verweigerung der Decharge. Möglicherweise werden die heutigen Beschlüsse des Herrenhauses über das Budget noch in Berathung gezogen und zum Gegenstand von Anträgen im Hause werden. — Der Schluß der Session kann morgen noch nicht erfolgen, da die Handelsverträge noch zu erledigen sind; er ist daher am Montag zu erwarten. — Heut Abend findet ein Abschieds-Souper der beiden großen liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses im Hotel Arnim statt.

[Der oldenburgische Minister-Resident, Baron von Beaulieu,] der nach dem Besuche seines Souveräns am hiesigen Hofe auf einige Tage nach Frankfurt a. M. gereist war, ist gestern von dem Herrn Minister-Präsidenten empfangen worden, mit welchem er eine längere Conferenz hatte.

⊙ **Berlin,** 16. Juni. [Die Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg. — Zum Handelsvertrag mit Italien. — Das Kronsyndicat.] Kürzlich war bekanntlich eine Depesche nach Wien abgegangen, welche den Antrag des Großherzogs von Oldenburg bezüglich der Räumung der Herzogthümer durch den Erbprinzen Friedrich befürwortete; ihr ist jetzt eine zweite gefolgt, vom 13. datirt, welche von der Einberufung der Stände handelt und mittheilt, daß dem preußischen Commissarius die Weisung zugegangen, sich mit dem österreichischen in Einvernehmen zu setzen, um die Ergänzungsneuwahlen zu bewerkstelligen. Es muß übrigens gar schwer sein, mit diesem österreichischen Commissarius, dem Hrn. v. Halbhuber, ein Einvernehmen zu unterhalten, wie einzelne Fälle zeigen. In jener älteren Depesche hat die preußische Regierung nachzuweisen gesucht, daß die Wünsche Oldenburgs wegen Beseitigung der kieler Mitregierung durchaus begründet sind, und hat die österreichische Regierung zu derselben Ansicht zu bewegen gesucht. Daß diese Frage zwischen beiden Cabineten jetzt ernstlich erörtert wird, folgt natürlich aus der preußischen Depesche selbst, sowie es auch aus den österreichischen Blättern hervorgeht; man glaubt, daß die österreichische Regierung darauf eingehen wird. Wie man sagt, so wird die preuß. Regierung sich nicht eher in Verhandlungen mit den Ständen einlassen, ehe der Erbprinz entfernt ist. Hr. v. Halbhuber neigt sich entschieden auf die augustenburgische Seite und zeigt keine Lust, den vom preuß. Commissarius beabsichtigten Maßregeln seine Zustimmung zu geben. — Auf die erste preuß. Depesche wegen des italienischen Handelsvertrages sind eine Reihe von Antworten der Zollvereinsregierungen eingegangen, und was die süddeutschen Mittelstaaten betrifft, so wiederholen sie meist die Bedenken gegen die Anerkennung Italiens. Es mag ihnen aber wohl nicht bekannt gewesen sein, was erst in der letzten Depesche hervorgehoben worden ist, daß Oesterreich in Italien die Rechte der meist begünstigten Nationen genießt, welche dem Zollverein noch fehlen, und welche derselbe nur durch einen Handels-Vertrag erlangen kann. Doch hoffen wir, das Bedürfniß der Industrie wird stärker sein, als die politischen Vorurtheile oder die Liebedienerei gegen Oesterreich. — Die Nachricht der „Provinzial-Correspondenz" über die Berathungen des Kronsyndicats können wir dahin vervollständigen, daß der materielle Theil zum Abschluß gediehen ist, und nur noch der formelle zu berathen übrig.

Deutschland.

München, 13. Juni. [Zur Gleichstellung der Dissidenten.] Ueber einen Antrag des Abg. Brater und Genossen, welcher Gleichstellung der Dissidenten mit den übrigen Religionsparteien bezweckte, ist jetzt der Ausschußbericht erschienen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Nur bezüglich des Punktes, wonach den Dissidenten die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe ermöglicht werden soll, äußert sich der Ausschuß zustimmend. Die Regierung soll um Vorlage eines dahin zielenden Gesetzentwurfs ersucht werden.

München, 12. Juni. [Zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.] Die Kammer der Abgeordneten berieth heute den Commissions-Antrag in Betreff der militärischen Gerichtsbarkeit. Nachdem, wie früher schon erwähnt, die Regierung eine gesetzliche Regelung des Gegenstandes zugesagt, die Uebertragung der Jurisdiction über Militärpersonen an die bürgerlichen Gerichte bei gemeinen Delicten aber abgelehnt, hatte die Mehrheit des Ausschusses beantragt: an den König die Bitte zu bringen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorlegen zu lassen, durch welches die Uebertragung der Untersuchung und Aburtheilung der von Militärpersonen verübten nicht militärischen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen an die allgemeinen bürgerlichen Strafgerichte herbeigeführt wird. Die Minorität, welcher sich der Kriegsminister anschloß, hatte beantragt, den Gegenstand ruhen zu lassen, bis der von der Staatsregierung in Aussicht gestellte Gesetzentwurf vorliege. Abg. Dr. Völk bemerkte: Ein Gesetz, durch welches auf der bisherigen Competenz der Militärgerichte beharrt werde, hätte keine Aussicht, zu Stande zu kommen. Hierüber dürfe die Regierung nicht im Zweifel gelassen werden, und gerade die heutige Erklärung des Herrn Kriegsministers müßte die Minorität des Ausschusses veranlassen, sich der Ansicht der Majorität desselben anzuschließen. Weder mit praktischen, noch mit theoretischen Gründen könne man die bisherige Competenz der Militärgerichte begründen. Wenn die Staatsregierung auf ihrem bisherigen Standpunkt stehen bleibe, so würde es nicht möglich sein, ein Militärstrafprozeßgesetz zu Stande zu bringen, welches befriedigt, und es würde dann der bisherige verfassungswidrige Zustand fortdauern. Dr. Barth hält es für nothwendig, daß die Krone erfahre, welche Wünsche die Kammer habe. Deshalb, weil die Regierung jetzt erkläre, daß sie nicht auf diese Wünsche eingehe, dürfe die Kammer dieselben nicht fallen lassen, sie müßte gerade deshalb darauf beharren. Es sei eine üble Gewohnheit der Regierung, im Voraus zu erklären, daß sie auf einen Antrag nicht eingehe. Nach einer Bestimmung in der Einleitung zur Verfassungsurkunde solle eine Standschaft berufen werden, „um in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen." Wie solle nun die Weisheit der Regierung verstärkt werden, wenn sie im Voraus sage, daß sie die Weisheit allein gepachtet habe? — Bei der namentlich erfolgten Abstimmung wurde der Antrag der Commission mit 113 gegen 4 Stimmen angenommen.

Karlsruhe, 14. Juni. [Dementi.] Die offiziöse „Karlsruher Zeitung" tritt in einem längern Artikel, worin die Stellung des Ministeriums zur Schulfrage eingehend erörtert wird, den Gerüchten über eine Ministerkrisis entgegen; sie glaubt, daß das Ministerium bleiben und seine bisherige Politik weiter verfolgen werde.

Kassel, 13. Juni. [Das Jagdgesetz.] Die Ständeversammlung genehmigte in ihrer heutigen Sitzung den Jagdgesetzentwurf nach den Anträgen des Ausschusses in geheimer Abstimmung mit 28 gegen 19 Stimmen. Ein Antrag des Abg. Hellwig, wonach die Gemeinden nicht, wie der Ausschuß will, die Jagd in ihrer Gemarkung öffentmeistbietend zu verpachten, vielmehr nur überhaupt zur Verpachtung gehalten sein sollen, die Art und Weise der Verpachtung aber ihrer Beurtheilung überlassen bleiben soll, erregte eine lebhafte Discussion, wurde aber schließlich mit einer sehr kleinen Majorität ab-

---

ruh vorübergehende Bekanntschaft gemacht, hatten sich zu dieser Feier eingefunden. „Ist Noth vorüber, sind die Nöthe süß", meint Göthe, und die Gäste begingen in dem jetzt freien Mösersruh in heiterster Stimmung ein eigenthümliches Erinnerungsfest. — Vor kurzem erregte ein pikantes Badehistörchen viel Heiterkeit. In einer hiesigen öffentlichen Badeanstalt war es den Badewärtern aufgefallen, daß seit mehreren Tagen ein junger, fein und zierlich gebauter Herr erschien, ein Billet zum Schwimmbad löste, unter dem Vorwande, sich erst abkühlen zu müssen, sich nicht in einer der Zellen entkleidete, sondern längere Zeit über die Brüstung gelehnt den Badenden zuschaute und schließlich sich entfernte, ohne überhaupt jemals in's Wasser gegangen zu sein. Man wurde zuletzt aufmerksam und es stellte sich heraus, daß der Wasserscheue — ein junges Mädchen aus sehr anständiger Familie war, das zu seiner Entschuldigung vorgab, sich mit plastischen Studien zu beschäftigen und keine andere Gelegenheit habe, schöne männliche Formen kennen zu lernen, um sie nachher in Ton nachzubilden. Glückliches Italien, wo die Modelle auf der Straße herumlaufen, und die Frauen, wie uns ein gelehrter Professor jüngst gelehrt hat, eine ganz andere Augensprache besäßen, während die deutschen Frauen nicht zu blicken verständen. Der Mann ist noch dazu Professor in Berlin, wo man die Philosophie oder wenigstens die Kritik erfunden hat, und er muß das alles besser wissen, wie unsere Dichter, die gerade die tiefe, seeleninnige Augensprache deutscher Frauen gefeiert haben, und der Herr Professor kann sich darauf verlassen, daß er von jetzt ab, wenigstens von den berliner Frauen, schön angesehen werden wird. Vielleicht kann ich schon in meinem nächsten Briefe berichten, daß eine berliner Schöne mit ihren Blicken den unseligen Professor erdolcht hat, um die Beleidigung zu rächen, die der ganzen deutschen Frauenwelt durch einen kurzsichtigen berliner Professor widerfahren ist. L. H.

Eine catilinarische Existenz. Roman von Theodor König. 2 Theile. Breslau bei Trewendt.

Der Inhalt dieses spannenden Romans ist den Lesern der Breslauer Zeitung bereits aus dem Feuilleton bekannt. Der Verfasser bekundet ein entschiedenes, wenn auch vielleicht noch in der Entwickelung befindliches Talent. Er besitzt eine gewandte, bei geeigneten Momenten des höheren Schwunges nicht entbehrende Sprache, eine fesselnde Darstellungsgabe und weiß gemachte Beobachtungen und gesammelte Erfahrungen angemessen zu verwerthen. Seine Reflexionen bekunden wissenschaftliche Studien, ein ernstes und höheres Streben und eine freisinnige, wenn auch nicht ganz parteilose, Auffassung der Lebensverhältnisse. Diese Vorzüge kommen in dem Roman zur Geltung, welcher sich deshalb entschieden über das Niveau des Mittelmäßigen erhebt. Weil wir diese Vorzüge und das Talent des Verfassers anerkennen, glauben wir aber auch zu der Warnung verpflichtet zu sein, nicht auf der betretenen Bahn weiter zu gehen, welche an die Effecthascherei der französischen Romanliteratur erinnert.

Lebenserinnerungen und Denkwürdigkeiten von Carl Gustav Carus. Erster Theil. Leipzig bei Brockhaus.

Der bekannte Verfasser, des Systems der Physiologie, sowie der Symbolik der menschlichen Gestalt, giebt uns in dem vorliegenden Buche eine bis zum Jahre 1830 reichende Selbstbiographie. Wohl wenig Gebildeten ist die Symbolik der menschlichen Gestalt, worin der Verfasser in geistreicher Weise die Bedeutung der äußeren menschlichen Form für das innere selische und geistige Leben zur Anschauung bringt, unbekannt, und noch Wenigere werden dies mit Klarheit und voll Wahrheit geschriebene Buch unbefriedigt aus der Hand gelegt haben. Mit um so größerem Interesse werden die Leser aus dem vorliegenden Buche den Entwickelungsgang des in vielen Beziehungen reichen Lebens des Verfassers kennen lernen. Es ist weniger das durch Ereignisse Fesselnde, sondern die geistreiche und reflectirende Darstellung eines der Wissenschaft geweihten und nach Erkenntniß strebenden begabten Geistes, welche uns in diesen Blättern anzieht, und dabei Fragen und Dinge erörtert, deren Beantwortung und Erforschung für den denkenden und nach Wahrheit ringenden Menschen stets von der höchsten Bedeutung bleiben wird. Das sehr empfehlenswerthe Buch wird sich gewiß eines eben so großen Leserkreises erfreuen, als des Verfassers Symbolik der menschlichen Gestalt.

Erinnerungen aus meinem Leben von Adolph Bernhard Marx. 2 Theile. Berlin bei Otto Janke.

Diese Erinnerungen gehören zur Gattung der Memoiren-Literatur, und unterscheiden sich dadurch nach Form und Inhalt wesentlich von der Carus'schen Selbstbiographie. Das wechselvolle Leben, welches der Verfasser geführt, die vielen Beziehungen, in denen er zu interessanten und berühmten Frauen und Männern gestanden, die kurze, reale und leichte Darstellungsweise, machen das Buch zu einer nicht nur unterhaltenden, sondern auch zu einer belehrenden Lectüre. Jeder, der sich für Poesie und Musik und für die Träger derselben in der neueren Zeit interessirt, wird Manches ihm bisher Nichtbekanntes in diesen Erinnerungen finden, und sie daher gern mit seinen eigenen in Verbindung setzen.

Lieutenants-Leben. Sociale Spiegelbilder unserer Zeit von J. F. Mand. Berlin bei Otto Janke. 1 Thlr. Das kleine Buch ist mit großer Sach- und Fachkenntniß geschrieben, aber wir möchten es nicht sociale Spiegel-, sondern sociale Schatten- oder Nachtbilder nennen. Nur die Schattenseiten des Lieutenants-Lebens, die wohl Niemandem unbekannt und welche oft genug beschrieben worden sind, gelangen zur Darstellung. Schuldenmachen, wozu die Stellung und die Gelegenheit so leichte Veranlassung bieten, Wucherer, Rettung durch getaufte Töchter jüdischer Banquiers, oder untergehen; auch im Gegensatz, unbelohnte, strengste Sparsamkeit — das sind bekannte Schattenseiten des Lieutenants-Lebens, aber es giebt auch eben so viele Lichtseiten, welche in einem Spiegelbilde nicht hätten fehlen sollen.

Unterwegs und daheim. Leipzig und Stuttgart bei Otto Purfürst. Eine in Heften zu 10 Sgr. erscheinende Sammlung von Romanen und Novellen, nach dem Muster des bekannten Roman-Albums. Die uns vorliegenden 3 Bändchen enthalten: 1) Der Schüler Calvins, Novelle von Dr. A. Stern, eine leicht erzählte sogenannte geschichtliche Novelle; 2) Aus dem Strome der Gegenwart, Novelle von Ernst Fritze, dem Werthe nach von der ersten wenig unterschieden, nur daß hier nicht die Geschichte, sondern die Criminaljustiz den Stoff hergiebt; 3) Aus dem Tagebuche eines französischen Offiziers in Mexico, bearbeitet von Julius Wickede. Der französische Offizier kann seine deutsche Abkunft überall nicht verleugnen, und das Raisonniren über deutsche Zustände deshalb nicht lassen. Am meisten hat uns seine Ode auf echte Havanna-Cigarren angesprochen, deren Genuß er jedem anderen vorzieht, weil alle übrigen sich darin vereint wiederfinden. Das Buch ist daher Verehrern guter Cigarren besonders zu empfehlen.

Humoristische Geschichten von Theodor Oelkers, 4 Bände. Leipzig bei Ambrosius Abel. Wenn auf dem Titel das „Humoristische" weggeblieben oder durch „langweilige" ersetzt worden wäre, würde derselbe dem Inhalte mehr entsprechen.

Wie es sich treibt. Drama in fünf Akten von Eduard Köller. Berlin, Schweyger'sche Hofbuchhandlung. Da dieses Stück, wie wir annehmen, wohl schwerlich bei irgend einer Bühne zur Aufführung gelangen wird, so wollen wir uns jeder weiteren Beurtheilung desselben enthalten.

Dramatische Bilder aus deutscher Geschichte von Robert Gisecke. Leipzig bei F. A. Brockhaus. Wir freuen uns, dem Dichter des Pfarrröschens auf dramatischem Gebiete wieder zu begegnen. Die drei dramatischen Bilder, wie sie der Verfasser mit Recht nennt, der Hochmeister von Marienburg, der Burggraf von Nürnberg und der Bürgermeister von Berlin, behandeln mit poetischer Licenz geschichtliche Stoffe. Der beiden letzteren Schauplatz ist die Mark Brandenburg, sie schildern die Auflehnung und Kämpfe des Adels und der Städte gegen das starke Regiment der Hohenzollern. Wenn auch diese Stücke, wovon der Bürgermeister von Berlin mit einem früheren des Verfassers, „Johannes von Rathenow, ein Bürgermeister von Berlin", in engem Zusammenhange steht, vielleicht weniger für die Bühne geschrieben sind, so werden sie um so mehr den Leser befriedigen. In einer klaren und eleganten Sprache werden uns die Zustände und die Menschen der damaligen Zeit mit echt poetischer Auffassung vorgeführt, wir versetzen uns in jene in weiter Vergangenheit liegenden Tage und freuen uns, daß sie nicht mehr Gegenwart sind; daß Aberglaube, Vasallentrotz, Willkür und Sklaverei ihre Macht verloren haben und es des Ritterschwertes nicht bedarf, um den Glauben zu schützen und das Christenthum nicht untergehen zu lassen. Wir empfehlen dies Buch Allen, die sich für vaterländische Geschichte interessiren, und es lieben, die Höhenpunkte derselben im Lichte poetischer Farbenreflexe erglänzen zu sehen. G. v. S.

[Eine kühne Reiterin.] Aus Dresden vom 15. d. Mts. wird der „N. fr. Pr." folgendes pikante Histörchen vom Hofe mitgetheilt. Stadtgespräch ist augenblicklich das Schicksal eines vornehmen Fräuleins, das sich durch Kühnheit im Reiten hervorzuthun liebte. Der letzte Ritt, den es in Begleitung einer hochgestellten Dame in der Umgegend unternahm, wurde durch ein plötzliches Unwohlsein der kühnen Reiterin unterbrochen. Theilnehmend beeilte sich die nichts ahnende Dame, mit ihrer sich plötzlich schwach und immer schwächer fühlenden Begleiterin nach der Villa zurückzukehren, von der aus die Damen weggeritten waren. Dort angelangt, wird sofort ein Arzt geholt; doch wer beschreibt die Ueberraschung der ganzen Umgebung, erzählt man, als der Leibarzt nach den ersten Blicken auf die Kranke ohne Weiteres befiehlt — eine Hebamme zu holen, und in der That alsbald die Dame eines Kindleins genas. Das Aufsehen, das diese Geschichte in unserer Stadt, welche bekanntlich viel Neigung für kleine sociale Pikanterien hat, hervorgerufen, ist ein außerordentliches.

gelehnt. Für den Antrag sprachen namentlich die Abgeordneten Hellwig, Knobel, Oetker II. u. s. w., gegen denselben die Abgeordneten Harnier, von Bischofshausen, von Münchhausen u. s. w. Der Gesetzentwurf wird schwerlich die Sanction der Regierung finden; die ritterschaftlichen Abgeordneten geben ihren Dissens gegen denselben zu Protokoll. An der bei dem Ober-Appellations-Gerichte zur Entscheidung stehenden Privatrechtssache, worin über die Rechtmäßigkeit der verfassungswidrigen Verordnung von 1854 sich ausgesprochen werden muß, würde das Erscheinen des Gesetzes Nichts mehr zu ändern vermögen.

Hamburg, 14. Juni. [Der hiesige Schneidergesellen-Strike] ist seit gestern in ein neues Stadium getreten. Obgleich die allgemeine Arbeitseinstellung gehoben zu sein schien, da der größte Theil der Meister, namentlich die Besitzer der bedeutendsten Schneiderwerkstellen, ihren Arbeitern die verlangte Lohnerhöhung bewilligt hatten und zu erwarten war, daß auch die übrigen Meister diesem Beispiele von selbst folgen würden, so haben die bereits zufriedengestellten Gesellen dennoch die Arbeit wieder niedergelegt, indem sie erklären, nicht eher arbeiten zu können, als bis sämmtliche Gesellen die Lohnerhöhung erhalten haben. — Ueberdies hat die Polizeibehörde, welche sich, so lange die Bewegung der Gesellen die Grenzen der Lohnfrage nicht überschritt, jeder Einmischung in ihre Angelegenheit enthielt, vorgestern Abend das aus vier Personen bestehende Comite der Schneidergesellen verhaftet und eine Untersuchung gegen dasselbe eingeleitet, weil es nach auswärts hin Schritte gethan haben soll, um fremde Gesellen von hier fern zu halten und so Hamburg gewissermaßen bei ihren Genossen in Verruf zu erklären. Das Einschreiten der Polizei hat die Gemüther der Schneidergesellen nun noch mehr aufgeregt. (H. N.)

Kiel, 15. Juni. [Der Herzog von Augustenburg.] Nach einer Depesche der „H. B.-H." wird der „Kieler Ztg." gemeldet, daß der Herzog von Augustenburg auch dann nicht zum Verlassen des Landes sich bereit erklärt hat, wenn Oesterreich den gleichen Wunsch wie Preußen aussprechen würde. Das genannte Blatt hatte schon früher darauf hingewiesen, daß die Ankunft der Gemahlin des Herzogs in Nienstädten seinen Entschluß bekunde, in Holstein zu bleiben.

Aus Nordschleswig, 14. Juni. [Prinz Hohenlohe] hat in Sonderburg, Apenrade und Hadersleben die Führer der dänisch Gesinnten zu sich eingeladen und ihre Beschwerden protocollirt, nicht im Auftrage der schleswig-holsteinischen Landesregierung, sondern im speciellen des Herrn v. Zedlitz. In den deutschen Blättern der Herzogthümer wird Klage über die Ermuthigung geführt, welche das dänische Element durch diese Untersuchung erhalte.

Oesterreich.

G. C. **Wien**, 16. Juni. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Debatte über den Octroyirungs-Paragraphen 13 der Verfassung erklärte Staatsminister v. Schmerling: Es sei eine schwierige und undankbare Aufgabe, das Wort zu ergreifen, und den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen, nachdem von allen Seiten das Wort ergriffen wurde, um sich für die Ausschußanträge zu erklären; es sei schwierig, gegen den Strom zu schwimmen. Die Aufgabe, die heute der Regierung geworden ist, nämlich auf ihrem Standpunkt zu verbleiben und den Strömungen entgegenzutreten, sei eine solche, wie sie im Verfassungsleben nicht selten vorkommt. Wenn im § 13 alles das läge, was hineingelegt wird, und es wirklich das Kind wäre, das seine Mutter aufzuzehren im Stande ist, so würde Se. Maj. der Kaiser demselben gewiß nie die Sanction ertheilt haben. Diejenigen Männer, welche in der Lage waren, auf die Erlassung der Grundgesetze Einfluß zu nehmen, waren alle davon durchdrungen, daß Oesterreich ein wahres Verfassungsleben haben und in die Reihe der Verfassungsstaaten treten müsse; und heute noch würde die Regierung, wenn sie die Ueberzeugung hätte, daß § 13 all' die Gefahren enthalte, welche hineindecreirt werden, nicht anstehen, Sr. Majestät eine Modification zu empfehlen, dazu würde es gar keines Mannesmuth bedürfen, denn die Regierung habe die Ueberzeugung, Oesterreich könne seine Großmachtstellung nur im constitutionellen Leben erhalten. Der Minister wirft hierauf einen Blick auf die letzten 4 Jahre, um zu zeigen, in welcher Weise der § 13 bisher gehandhabt wurde, und um das Haus darüber zu beruhigen, daß das nicht geschehen werde, was man befürchte. Die Angaben des ersten Redners für die Ausschußanträge (Pratobevera) seien vielfach nicht richtig. Was die Finanzvorlagen im engeren Reichsrathe betrifft, so sei damals gar nicht der § 13 angewendet worden, sondern Se. Majestät habe das, wozu er berechtigt gewesen wäre, nicht vorgekehrt, was auch in der allerhöchsten Botschaft ausdrücklich bemerkt wurde. Ebenso unrichtig sei der Hinweis auf die Vorlage der Staatsverträge (Elbe- und Scheldezoll), denn bei diesen handelte es sich nicht um eine nachträgliche Genehmigung. Das Recht, Staatsverträge abzuschließen, ist in allen constitutionellen Staaten Recht der Executive, und sind nur in so weit, als sie die Finanzen und bestehenden Gesetze berühren, Gegenstand der Gesetzgebung, und auch nur in dieser Beziehung sind diese Staatsverträge vorgelegt worden, weil sie die Finanzen des Staates berührten. Es könne daher nicht von einer Genehmigung der Staatsverträge die Rede sein. Zurückkommend auf das, was in den § 13 hineingelegt werden will, müsse er sich die Frage vorlegen, ob die bisherige Behandlung der Geschäfte von Seite der Regierung es verdiente, daß mit so großem Mißtrauen gegen die Regierung vorgegangen wird. Er wolle auf jene Akte zurückkommen, welche Dr. Berger bei der Begründung seines Antrages vorbrachte. Der erste betraf das Gesetz über die Publication der Landesgesetze.

Dieses Gesetz wurde erlassen zu einer Zeit, als der Reichsrath nicht versammelt war, wohl aber die Landtage, und es sich darum handelte, die vor diesem beschlossenen Gesetze zu publiziren. Die Regierung mußte besorgen, wenn diese Frage auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst würde, daß in jedem Lande eine andere Art der Publikation beschlossen würde. Um dem entgegen zu treten und dem Bedürfnisse abzuhelfen, hat die Regierung sich veranlaßt gefunden, ein Gesetz zu erlassen, welches heute noch in Kraft besteht. Nachdem gegen dasselbe keine Beschwerde erhoben wurde, sei anzunehmen, es werde als zweckmäßig anerkannt. Ueber die Gesetze, betreffend die Begünstigung der Bodencreditanstalten und die Prisengerichte, glaubt der Minister, unter Hinweis auf die im Hause bevorstehenden Verhandlungen, sich nicht weiter aussprechen zu sollen. Eine Besprechung der Verhängung des Belagerungszustandes in Galizien sei um so weniger am Platze, als der Antragsteller selbst bemerkte, derselbe sei nicht nach § 13 verhängt worden. Fasse man das Gesagte zusammen, so finde man, daß in den 4 Jahren des Bestehens der Verfassung im Ganzen zwei bis drei Gesetze nach § 13 erlassen wurden. Es dürfte daher die Versicherung der Regierung, daß sie wahrlich keinen Mißbrauch damit getrieben, als in der Wahrheit begründet sich zeigen.

Der Minister erklärt Namens der Regierung, daß sie nicht daran denke, an der Hand des § 13 in umfassendem Maße eine gesetzgebende Gewalt auszuüben, daß ihr nichts ferner liegt, als dieses und, daß sie nie den Muth haben würde, an der Hand des § 13 eine Aenderung der Verfassung in Vorschlag zu bringen. (Bravo!)

Die Garantie gegen den Mißbrauch des § 13 liege in den verfassungsmäßigen Zuständen im Allgemeinen darin, daß die Regierung auf die Dauer der Mitwirkung der Reichsvertretung gar nicht entbehren kann, und daß jede Regierung, die verfassungsmäßig vorgehen will, immer bemüht sein muß, sich in freundschaftlichem Einverständniß mit der Reichsvertretung zu befinden, daß wohl momentane Differenzen eintreten können, es aber jeder verfassungstreuen Regierung gelingen werde, die frühere Harmonie wiederherzustellen. Die wahre Garantie der Verfassung liege in dem wiederholt ausgesprochenen Worte des Kaisers. Wenn Se. Majestät an der Spitze des Februar-Patents die Erklärung abgiebt, an der Verfassung festzuhalten und jeden Nachfolger dazu verpflichten will, in gleicher Weise das Gelöbniß auf die Verfassung zu leisten, so liege darin die allerkräftigste Garantie. Nach dieser Erklärung befinde er sich nicht im Widerspruche mit jenen Anschauungen, die als in Ungarn und Siebenbürgen geltend, kundgegeben würden. Die kaiserliche Regierung denke nicht daran, das Gesetzgebungsrecht dieser Länder dadurch zu beeinträchtigen, daß sie auf Grund des § 13 Verordnungen erläßt, und daher mögen die Herren in Ungarn und Siebenbürgen darüber beruhigt sein, daß weder zur umfassenden Durchführung der Gesetzgebung, noch zur Aenderung der Verfassung § 13 je mißbraucht werden wird. (Bravo.)

Nach einer kurzen Replik des Berichterstatters wird zur Tagesordnung geschritten.

Abg. Schuller-Libloy beantragt namentliche Abstimmung (angenommen). — Zuerst kommt der Antrag der Minorität auf Uebergang zur Tagesordnung (bleibt in der Minorität). — Es kommen die Resolutionen zur Abstimmung. Dieselben werden bei namentlicher Abstimmung mit 107 gegen 44 Stimmen angenommen. — Der Antrag Hasselwanter (Uebergang zur Tagesordnung über das Gesetz) bleibt in der Minorität, worauf die namentliche Abstimmung über das Gesetz selbst vorgenommen wird. Dasselbe wird mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen.

*** **Wien**, 16. Juni. [Anlehen und Bankakte. — Der Octroyirungsparagraph und die Regierung. — Zum „Ausgleich". — Eine Aeußerung Schmerlings.] Die Debatten des Abgeordnetenhauses über eine Abänderung oder Erläuterung des Octroyirungsparagraphen unserer Verfassung würden eine viel lebhaftere Theilnahme im Publikum finden, wenn nicht das neue Anlehen durch seine unerwartete Höhe die Bevölkerung dermaßen consternirt hätte, daß man — und zwar nicht blos ausschließlich auf unserer Seite der Leitha — schon immer häufiger den Ruf hört: „Was sollen uns Verfassungsstreitigkeiten! Gebt uns eine geordnete Verwaltung!" Heut ewagt schon Niemand mehr officiell zu bestreiten, daß Oesterreich bis Ende 1866 volle 200 Mill. von dem Geldmarkte verlangen wird: nämlich außer den 117 Mill., welche der Plener'sche Gesetzentwurf aufzählt, etwa 13 Mill. für die anderthalbjährige Verzinsung dieser Summe; dann die 30 Mill. von der englischen 59er und die 20, welche noch vor der 64er Silber-Anleihe restiren und die beide jetzt untergebracht werden müssen; nämlich die Steuerausfälle pro 1865 und 1866, die mit 20 Mill. gewiß nicht zu hoch veranschlagt sind, da sie in dem einen Vorjahre die gleiche Summe betragen haben. Mit großer Besorgniß sehe ich übrigens persönlich die Ansicht immer mehr umsichgreifen, daß man diese traurige Situation erleichtern müsse, indem man mit der Bank ein Uebereinkommen treffe, welches die Rückzahlung der Bankschuld weiter als bis Ende 1866 ausdehnen soll. Ob es weise war, die Raten auf den Zeitraum weniger Monate zusammenzudrängen, mochte man überlegen, als es sich de lege ferenda handelte. Heute, wo es die lex lata einzuhalten gilt, wäre eine abermalige Umwandelung der Bankakte nicht eine Verbesserung des ersten Fehlgriffes, sondern ein zweiter schwererer Irrthum. Unter allen Ausgaben, welche die Regierung mit dem Gelde machen kann, ist diejenige zur endlichen Herstellung der Valuta wohl die productivste: eine gesunde Finanzpolitik muß daher bei der Bankakte um jeden Preis stehen bleiben, selbst wenn wir das an die Bank zu erstattende Geld anderwärts zu höheren Interessen aufnehmen, als uns die Bank abfordert. Man braucht Oesterreich nur ein wenig zu kennen, um zu wissen, was es heißen würde, jetzt wieder den Termin zur Aufnahme der Baarzahlungen über Neujahr 67 hinausschieben. Damit würde eben Alles auf's neue in Frage gestellt; denn das Eis wäre gebrochen — und bei der ersten besten Verlegenheit hieße die Losung abermals: verhandeln wir mit der Bank, daß sie uns gestattet, die Zahlung einer fällig gewordenen Rate zu verschieben. Davon, daß die Bank natürlich dem Staate eine solche Gefälligkeit auch nicht ohne hübsche Procente für die Prolongation erweisen wird, will ich gar nicht einmal reden! — Was übrigens den § 13 anbelangt, so ist es wunderbar, daß die Regierung nicht zu begreifen scheint, wie sehr dessen Erläuterung auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Machen doch die Feudalen in Ungarn kaum noch ein Hehl daraus, daß sie auf diesen allmächtigen Donnerkeil als auf ihre letzte Waffe rechnen, mit den Verfassungsschwierigkeiten fertig zu werden, wenn sie denselben nun erst einmal in ihrer Hand haben. Natürlich muß aber die Interpretation, um dem Staate etwas zu nützen, eine streng legale Form annehmen, so daß sie auch Schmerling's Nachfolger bindet und nicht von diesem mit Achtung bei Seite gelegt werden kann. Die „blos moralische" Verantwortlichkeit der Minister hat uns bisher wenig Vortheil gebracht und würde nach einem Ministerwechsel vollends keine Schutzwehr gegen die Reaction abgeben. Gerade so ist es auch mit dem öfter wiederholten Versprechen des Cabinets, den § 13 nicht zu mißbrauchen, während er doch in seiner ganzen Starrheit integrirender Theil des Patentes bleibt. — Die Gerüchte wegen eines Umschwunges in den Kreisen der ungarischen Hofkanzlei gewinnen an Consistenz, doch wiederhole ich Ihnen die einzelnen Namen nicht, die willkürlich in den Blättern hin- und hergewürfelt werden — erst wenn die Person irgend eines hohen ungarischen Zukunftswürdenträgers feststeht, wird die Situation sich übersehen lassen. Was den süßen Versöhnungsdusel anbelangt, so läßt derselbe bei den zurechnungsfähigen Blättern schon sehr nach. Sie begreifen, daß die „Integrität der Stephanskrone" der Kern der Frage ist; zu allererst also Siebenbürgen auf dem Tapete stehen wird. Gebe Deak da nach, so hätte er sich selbst in Ungarn unmöglich gemacht; und andererseits möchte ich sehen, wer in dem Großfürstenthum alle in den letzten drei Jahren den Rumänen und Sachsen gewährten Freiheiten kassiren, sie zur Beschickung des pesther Landtages zwingen will. „Hr. v. Deak will, daß wir hier König Lear spielen und uns bis auf's Hemde ausziehen", hat Schmerling sehr richtig bemerkt.

Italien.

Florenz, 8. Juni. [Ueber die Unterhandlungen mit Rom] wird dem pariser „Moniteur" von hier geschrieben: „Vegezzi ist nach Rom zurückgekehrt, und der günstige Ausgang seiner Unterhandlungen unterliegt diesesmal keinem Zweifel. Uebrigens waren die Schwierigkeiten, die den Abschluß hinausgezogen haben, einfach gesetzlicher und keineswegs politischer Natur. Die italienische Regierung hat eine rückhaltslose Liberalität in Bezug auf die Bedingungen der Rückkehr der Bischöfe an den Tag gelegt, die aus dieser oder jener Ursache von ihren Sitzen entfernt sind, und die Frage über die Zahl der Bischöfe, welche Pius IX. so sehr am Herzen lag, hat auch keinen ernstlichen Widerspruch erfahren. Eine sorgfältigere Prüfung verdiente die andere Frage über den Eid der Bischöfe, insofern als die betreffenden Eidesformeln in Uebereinstimmung mit den früheren Gesetzen stehen, durch welche in dem ehemaligen Piemont die Beziehungen zwischen Kirche und Staat geregelt wurden. Auch auf diesem Gebiete hat die italienische Regierung alle ihr durch die Achtung vor dem Gesetz gestatteten Zugeständnisse gemacht, und Alles läßt vorhersehen, daß aus den bei dieser Gelegenheit gepflogenen herzlichen Unterhandlungen eine Verständigung sich ergeben werde, welche die Gemüther auf beiden Seiten zu beschwichtigen und auf diese Weise vollständigere Lösung vorzubereiten geeignet sein dürfte." — Im Allgemeinen neigt man sich der Annahme zu, daß Vegezzi keineswegs die einfache Annahme der Vorschläge des heiligen Stuhles in Rom zu notificiren, sondern vielmehr eine Modification derselben zu betreiben hat und daß die einer Aussöhnung des Papstes mit der italienischen Regierung abgeneigte Partei diesen Umstand benutzen wird, um dem Abschlusse des Concordates neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

[Italien und Paraguay.] Ein Kriegsschiff ist in die Gewässer von Paraguay abgegangen, da die dortigen Italiener in ihren Interessen schwer beschädigt worden sein sollen.

Frankreich.

* **Paris**, 14. Juni. [Der Kaiser] hat in der letzten Cabinetssitzung sich bei den einzelnen Ministern noch ausdrücklich für die Unterstützung bedankt, die sie der Regentin geliehen. Das diplomatische Corps wird auf besonderes Verlangen zur Darbringung seiner besonderen Glückwünsche wegen der algierischen Reise diesen Abend vom Kaiser empfangen werden. Msgr. Chigi wird die Anrede halten. Auch sämmtliche Großwürdenträger und hohe Beamte werden diesen Abend in den Tuilerien zur Abstattung ihrer Glückwünsche erwartet. Das Hofceremoniel des Kaiserthums wird mit jedem Jahre byzantinischer, oder, wie die Franzosen sagen: **Bas-Empire**.

[Der Prinz Napoleon] hat den Kaiser bei seiner Ankunft in Paris durch seinen Adjutanten Franconnière begrüßen lassen. Der Kaiser hatte hierauf den Prinzen für Sonntag Morgen um 10 Uhr zu sich befohlen. Durch seinen Unfall vom letzten Sonnabend verhindert, diesem Befehle Folge zu leisten, sandte der Prinz nochmals seinen Adjutanten zum Kaiser. Wie es ferner heißt, wird der Prinz Paris nicht verlassen, sondern sich in sein römisches Haus zurückziehen. Dasselbe gehört ihm noch, da der Verkauf an Girardin nicht zu Stande gekommen sein soll. Nach dem heutigen „Moniteur" ist der Prinz von den Folgen seines Unfalls ganz wieder hergestellt.

[Deligny und Legrand.] Der „Abend-Moniteur" enthält folgende Note, welche hier großes Aufsehen macht: „Das Gerücht hat sich verbreitet, daß in Algerien ein Duell zwischen dem Divisions-General Deligny und dem Brigade-General Legrand stattgefunden habe. Es würde hinreichen, die hierarchische Stellung dieser beiden Generale ins Auge zu fassen, um die Idee eines Zweikampfes zurückzuweisen, der die Aufhebung aller Disciplin sein würde. Die Depeschen und Zeitungen aus Algerien schweigen übrigens gänzlich über eine so ernste Sache; man hat also das Recht, zu behaupten, daß sie erfunden ist, und muß bedauern, daß die Nachrichten-Fabrikanten selbst die nicht respektiren, welche ihre hohe Stellung in der Armee gegen ihre Angriffe sicher stellen sollte." — Daß diese sehr auf Schrauben gestellte Erklärung kein vollständiges Dementi ist, wird Jedermann einsehen.

[Aus dem gesetzgebenden Körper.] In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers verbreitete sich bekanntlich Jules Simon über die Gefangenenanstalten. Wir entnehmen seiner gehaltvollen Rede noch nachträglich einige Züge. Hr. Simon verbreitete sich insbesonders eindringlicher Weise über die für jugendliche Verbrecher, die ohne Unterscheidungskraft gehandelt, eingerichtete Besserungs-Anstalt von La Roquette in Paris. Kinder und minderjährige junge Leute müssen daselbst in strengster Zellenhaft bis zu ihrem 20. Jahre verweilen, oft eines unbedeutenden Vergehens wegen, für welches das Gericht selber sie nicht als zurechnungsfähig erklärt. Es machte einen erschütternden Eindruck auf die Versammlung, als Simon darlegte, wie gerade die am wenigsten schuldigen und zurechnungsfähigen, weil jüngeren Kinder am schwersten gestraft werden, indem sie am längsten in dieser qualvollen Haft verbleiben müssen. Dabei ist aber der Unterricht in allgemeinen Lehrgegenständen und in einem Handwerk gewöhnlich so unvollständig, daß die Unglücklichen, wenn sie nach jahrelanger Haft entlassen werden, hülflos dastehen und ohne fremde Unterstützung sehr schnell dem Elend oder dem Verbrechen anheimfallen. Wie hart die Lage dieser häufig nur verwahrlosten Kinder ist, mag man aus den Schlußworten des Redners entnehmen:

„Im Jahre 1863 belief sich die Zahl der Kinder, deren Haft 4 bis 5 Jahre dauern sollte, auf 78, und derjenigen, die 6 bis 8 Jahre gefangen bleiben sollten, auf 96. Und glauben Sie nicht, daß die Einzelhaft für die Mahlzeit, für das Gebet oder die Erholungszeit unterbrochen wird; sie ist absolut und unerbittlich. Der Spaziergang selbst ist weiter nichts, als die Erlaubniß, in einer Zelle ohne Decke herumzugehen. (Bewegung.) Die Kinder machen gar keinen Gebrauch davon; sie lehnen sich stumm und unbeweglich an das Gitter und starren diese ewigen Mauern an. Im Alter von 10 bis 12 Jahren haben sie schon das Lachen verlernt."

Der Regierungs-Commissar Herr v. St. Paul versichert, daß die Regierung die Sache in ernsteste Erwägung gezogen habe, dankte dem Vorredner für seine so überzeugenden Worte und bat ihn, zu glauben, daß dieselben für die Regierung nicht verloren sein werden. In einzelnen Punkten suchte er die schweren Mißstände zu mildern und zu entschuldigen.

[Die jüngsten Wahlsiege der Opposition.] Die neue liberale Strömung, die seit einiger Zeit unverkennbar durch die ganze Bevölkerung Frankreichs geht, hat sich bei den jüngst im Marnebezirke vorgenommenen Wahlen glänzend bewährt; es wurde, wie schon erwähnt, der entschiedene Oppositionsmann Goerg mit großer Stimmenmehrheit, nämlich mit 17,177 Stimmen, gegen den Regierungs-Candidaten Duguet, der nur 12,719 erhielt, gewählt. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als das Marne-Departement vor anderen für conservativ und bonapartistisch gesinnt gilt. Herr Duguet war bereits in einer ersten Wahl mit einigen Stimmen Majorität ernannt worden, allein die Kammer hatte diese Wahl annullirt. — Eben so wenig sicher ist die Regierung im Departement Puy-de-Dôme, wo es früher fast gar keine Opposition gab. Jetzt scheint Herr Girot-Pouzzol, Mitglied des Generalraths, der ein sehr liberales Programm unter den Wählern circuliren läßt, große Aussicht zu haben. Herr Meynadier, der Regierungs-Candidat, wird sich wahrscheinlich zurückziehen müssen.

[Zur Freiheit der Presse.] Die „Presse" knüpft an die Reden, welche kürzlich die Herren Jules Favre und Glais-Bizoin im gesetzgebenden Körper hielten, folgende Betrachtungen:

Es giebt keine andere Freiheit, die der Regierung schädlich sein könnte, als die theilweise, gradweise, intermittirende Freiheit. Wenn die französische Regierung es unternommen hätte, die Wahrheit dieser Aussage zu erweisen, so hätte sie nicht anders handeln können, als sie es that. Wenn die Freiheit der Presse existirte, was hätten da wohl die Blätter mehr sagen können, als was Herr Jules Favre in der Freitagssitzung und Herr Glais-Bizoin in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gesagt haben? Nichts. Mithin, wenn es ein Blatt giebt, welches vorzugsweise von der großen Partei der Freiheit in Frankreich gelesen wird, die aus allen Nuancen gebildet ist, so ist dies weder die „Presse", noch das „Journal des Debats", noch das „Siecle", noch die „Opinion nationale", noch der „Temps", noch der „Avenir national", noch die „France", noch endlich die „Epoque", sondern es ist der „Moniteur universel", derjenige, welcher Morgens mit dem stenographischen Berichte der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers erscheint. Darum machen wir auch diesen Blättern den Vorschlag, sämmtlich im nächsten Jahre auf die Aufnahme des abgekürzten Berichts, den sie veröffentlichen, zu verzichten und mittelst einer Preiserhöhung während der Dauer der gesetzgebenden Session allen ihren Abonnenten den „Moniteur" zuzuschicken. Es giebt etwas Sichereres, als gewaltsam die Hindernisse zu beseitigen, nämlich sie geschickt in Mittel umzuwandeln. So wenig Freiheit Frankreich besitzt, so hat es doch schon mehr als nöthig, um schleunig und sicher zu derjenigen zu gelangen, die ihm noch fehlt. Es handelt sich nur noch darum, zu wollen und sich darauf zu verstehen.

[Mexicanische Schuld.] Wie der „Abend-Moniteur" meldet, sind heute im Staatsschatz 126 Kisten mit mexicanischen Piastern angelangt, welche eine Summe von 2,031,463 Franken enthalten.

[Verschiedenes.] Wie verlautet, hat die französische Regierung sich geweigert, den russischen Offizier, der einen Mordanfall auf ein Mitglied der hiesigen russischen Botschaft gemacht, an die russische Regierung auszuliefern. Diese Forderung stützt sich bekanntlich darauf, daß der Mordversuch in der russischen Botschaft, also auf russischem Grunde und Boden begangen worden sei. — Im September wird die gesammte Orleans'sche Familie in Claremont vereinigt sein. — Seit gestern wird die frankfurter „L'Europe" in Paris wieder vertheilt.

Großbritannien.

E. C. **London**, 14. Juni. [Die gestrige Sitzung des Oberhauses] begann mit Klagen über die letzten drei furchtbaren Eisenbahn-Unfälle. Die Einrichtung, daß die beiden Thüren jedes Wagens von außen geschlossen werden, wird einstimmig getadelt und Lord Clanricarde meinte, daß die Regierung eine Bill zur besseren Regelung des Eisenbahnbetriebes einbringen sollte. Lord Chelmsford brachte die Gefangenschaft mehrerer Engländer in Abyssinien zur Sprache und empfiehlt eine Gesandtschaft mit Geschenken an den König oder Kaiser Theodorus nebst einem Briefe der Königin abgehen zu lassen. — Lord Malmesbury hält den Fall für schreiend. Wenn ein Consul auch nicht der Diplomatie angehöre, müsse man ihn doch in der Hauptsache als einen Boten der Königin betrachten. Mit Geschenken um die Freilassung eines englischen Consuls betteln, wäre höchst unwürdig; und es sei nicht rathsam, Diener der Königin

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

an Orte zu senden, wo man sie nicht schützen könne? Er erinnert an den Lärm, der sich im Lande erhob, als er einem in Florenz von einem österreichischen Offizier (1852) verwundeten Engländer ein Schmerzensgeld von 250 Lstr. verschaffte, weil man dies für keine hinreichende Genugthuung hielt; und ebenso erinnert er an das Bombardement von Dschedda. Ob der edle Staatssecretär des Auswärtigen etwa glaube, daß Englands Arm heutzutage nicht mehr so weit reiche wie vor einigen Jahren? — Lord Russell hebt dagegen hervor, daß es schwer halte, dem Kaiser von Abyssinien zu Leibe zu gehen, nicht nur wegen der Wirren in seinem Lande, sondern auch weil ein englisches Corps von einigen tausend Mann von der Küste aus eine weite Strecke im heißesten Klima zu marschiren haben würde. Und beim Anrücken einer Expedition könnte es dem Kaiser leicht einfallen, seine Gefangenen hinrichten zu lassen oder tiefer ins Innere zu schleppen.

[Im Unterhause] beantragte O'Reilly folgende Resolution: „Die Zeugen-Aussagen, welche von der mit Untersuchung der Ruhestörungen zu Belfast beauftragten Commission entgegengenommen wurden, enthalten Angaben, in welchen so schwere Anklagen gegen die amtliche Thätigkeit gewisser richterlicher Beamten liegen, daß die Billigkeit gegen die so beschuldigten Beamten und die gebührende Rücksicht auf Wahrung der unparteiischen Rechtspflege eine gründliche Untersuchung dieser Anklagen durch die mit Ueberwachung der Magistratur in Irland betrauten Personen erheischen." Der Secretär für Irland, Sir R. Peel, meint, nach der früher stattgehabten Discussion dieses Gegenstandes sei es wohl kaum wünschenswerth, denselben nochmals zu erörtern, namentlich, da Schritte gethan worden seien, um die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle zu verhüten. Es lasse sich mancherlei zur Entschuldigung der Behörden anführen, wenn er gleich einräumen müsse, daß dieselben nach Ansicht des Lord-Kanzlers nicht mit dem gehörigen Tact und der gehörigen Umsicht verfahren seien. Er hoffe und glaube, daß die Stimmung in Belfast sich bessern und der obwaltende Hader und Groll wohlwollenderen Gefühlen Platz machen werde. Nach längerer Debatte wird die Resolution mit 132 gegen 39 Stimmen verworfen.

[Parlamentsschluß.] Die „Times" schreibt:

Man berechnet, daß man in weniger als Monatsfrist mit der Abwickelung der parlamentarischen Geschäfte fertig sein, und daß die Session wahrscheinlich am 10. Juli schließen wird. Weil gewöhnlich unmittelbar auf die Erwählung eines neuen Parlaments eine Session folgt, hat man allgemein erwartet, daß nach den Wahlen im Juli ein Zusammentritt der Mitglieder zur Erledigung von Geschäften im Spätjahr stattfinden werde. Bei der jetzigen Gelegenheit aber ist dies nicht nöthig. Wenn gleich nach den meisten allgemeinen Wahlen das Parlament zusammentrat, so geschah dies, weil in der Regel die Parteien Veranlassung hatten, sich mit einander zu messen. Diesmal ist von einer solchen Nothwendigkeit keine Rede. Es ist dies keine Auflösung aus Parteigründen. Sie findet nur statt, weil sie sonst doch nothwendig im Mai 1866, mitten in einer gewöhnlichen Session, stattfinden müßte. Es schwebt gerade jetzt durchaus keine Frage, über welche ein Streit zwischen den Parteien vorhanden ist. Es wird daher nicht nöthig sein, das neue Parlament vor dem gewöhnlichen Zeitpunkt im nächsten Jahre (Februar) zusammen zu rufen.

[Lord Russell] bringt die Parlaments-Berichterstatter zur Verzweiflung, er spricht mit jedem Tage undeutlicher, so daß er oft nicht in einer Entfernung von wenigen Schritten, geschweige denn auf der Journalisten-Tribüne verstanden wird. Die Stenographen halten, wenn er gesprochen hat, ein Conclave ab, um ihre Notizen zu vergleichen, Lücken in ihren Einzelberichten auszufüllen, Schlechtverstandenes zu ergründen. Manchmal gelingt es, manchmal auch nicht; schon fangen sie an, darüber öffentlich zu klagen und jede Verantwortlichkeit betreffs ihrer Aufzeichnung Russell'scher Reden von sich abzulehnen. Die „Pall Mall Gazette", welche die Verlegenheiten, die Lord Russell den Stenographen bereitet, sehr drastisch schildert, bemerkt unter Anderem:

„Aus einer Reihe abgebrochener Sätze müssen sie eine Rede zusammenstellen, die wenigsten den Schein des Zusammengehörigen hat. Von dem einen Satz müssen sie den Anfang, vom anderen das Ende, und wieder von einem anderen den Sinn geradezu errathen. Die Arbeit erfordert nicht weniger Mühe und Scharfsinn als die Construction eines vorsündfluthlichen Knochengerippes aus weniger vorgefundenen Knochen, als die Anfertigung von Armen und Beinen für einen ausgegrabenen antiken Torso."

Merkwürdigerweise ist das Kunststück bisher fast immer gelungen (wir erinnern uns wenigstens nicht leicht eines Falles, in dem Lord Russell sich bemüßigt gesehen hätte, gegen die stenographischen Berichte der „Times" corrigirend aufzutreten), aber mißlich bleibt die Undeutlichkeit seines Vortrags darum doch, und es sind Fälle denkbar, wo sie unangenehme Folgen haben könnte.

[Fünfzehn Locomotiven] sind bei der Schneiderschen Fabrik (Frankreich) für die englische Great Eastern-Bahn bestellt worden. Es ist dies der erste Fall dieser Art und wird hier viel besprochen, weil man eine siegreiche Concurrenz der französisch-belgischen Eisen-Industrie fürchtet.

Rußland.

Petersburg, 13. Juni. [Verurtheilung.] Der Hofrath a. D. Sserno-Ssolowjewitsch ist „wegen Betheiligung an den böswilligen Umtrieben der londoner Propagandisten gegen die russische Regierung (Herzen und Genossen, jetzt bekanntlich in Genf), wegen Verbreitung von Werken verbrecherischen Inhalts, wegen Aufnahme des Staatsverbrechers Kelstew unter Kenntniß seiner verbrecherischen Pläne und wegen frecher Schmähung der Handlungen der Regierung und der Regierungsform" zur immerwährenden Verweisung nach Sibirien verurtheilt worden. Dieselbe Strafe ist wegen Unterstützung der Propagandisten und Verbreitung verbrecherischer Werke über den Collegien-Sekretär a. D. Pawel Wetoschnikow und den Ehrenbürger Nik. Wladimirow verhängt worden. Die Verurtheilten stehen in dem Alter von 26 bis 33 Jahren.

[Dochturow †.] Kürzlich starb hier der Senator, General der Cavallerie, Dochturow, im 78. Lebensjahre.

Griechenland.

Athen, 10. Juni. Die Thronrede des Königs verspricht die Vorlage zahlreicher Gesetzentwürfe. Die Familie des Grafen Sponneck ist nach Korfu abgereist. Der König ist heut dahin abgegangen, wird jedoch nicht über 14 Tage dort bleiben.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 10. Juni. Der mexicanische Gesandte Marquez hat dem Sultan seine Beglaubigungsschreiben und den Adlerorden überreicht. An die Gouverneure der Provinzen, in denen sich Tscherkessen-Colonien befinden, ist ein Vezieralschreiben abgegangen, welches den Verkauf von Sklaven verbietet. In Mekka und Medina herrscht eine furchtbare Epidemie; an den zwei ersten Tagen des Kursan Beiram ist eine überaus große Zahl von Pilgern gestorben. Der Scheriff Abdullah Pascha hat sich geflüchtet; der Generalgouverneur Vedschi Pascha verlor zwei Kinder und ist selbst erkrankt. Ein Gesandter von Kaokau ist hier angekommen.

Asien.

Tiflis, 17. Mai. Ein russisches Corps in Centralasien ist bei der Festung Tschimkett, drei bis vier Tagemärsche von Taschkend, mit einem Verluste von angeblich 4000 Mann geschlagen und zurückgedrängt worden.

Das Project einer Reise des Schah von Persien nach Europa ist noch nicht aufgegeben.

Peking, 3. April. [Die Rebellen.] Der pariser „France" gingen Nachrichten von hier zu, welche die Situation in Fo-Kien in einem für die chinesische Regierung wenig günstigen Lichte schildern. Die Stadt Tschang-Chan, Zufluchtsort der Taipings, die der Metzelei von Kiang-Su und Tsche-Kiang entgangen waren, ist noch immer in Händen der Rebellen, deren Macht, von allen Plünderern und Unzufriedenen der Provinz täglich vergrößert, sich bereits über 30,000 Combattanten belief. Das jetzige Oberhaupt der Taipings, Li-Chai-Yin, setzt die traditionelle Politik derselben fort und vernachlässigt nichts, sich die Neutralität, wo nicht die Unterstützung der Seemächte zu sichern. Im Nordwesten sind die empörten Muselmänner definitiv nach Kan-Su zurückgeschlagen worden; aber der größte Theil von Chan-Si ist heut nur noch eine Wüste, und ungeachtet der merkwürdigen Lebenszähigkeit der chinesischen Race werden noch viele Jahre darüber hingehen, ehe die Spuren, welche der Bürgerkrieg in dieser unglücklichen Provinz zurückgelassen hat, verwischt sein werden.

Amerika.

Newyork, 8. Juni. [Aus den conföderirten Staaten. — Die Dampfer „Colon" und „Stonewall."] Die Bevölkerung von Alabama hat Abgesandte nach Washington geschickt, welche dort die Erlaubniß erwirken sollen, eine Convention behufs der Wiedereinverleibung des Staates in die Union einzuberufen. Der Zusammentritt der gesetzgebenden Versammlungen von Georgia und Mississippi ist vom Präsidenten bis auf Weiteres verboten worden. Der Gouverneur von Georgia befindet sich gegen sein Ehrenwort auf freiem Fuße. — Fähndrich Neill, der eine offizielle Mission nach dem Süden unternommen hatte, berichtet, daß die Pflanzer von Süd-Carolina gern bereit sind, sich der neuen Ordnung zu fügen. Die Ernte, berichtet er, werde in diesem Jahre nicht ergiebig ausfallen. — Der peruvianische Gesandte stellt die Verdächtigung, als hätten peruvianische Beamte sich bei der versuchten Abfangung des Dampfers „Colon" in San Francisco betheiligt, entschieden in Abrede. — Berichten aus der Havannah zufolge hätte der amerikanische Consul von den cubanischen Behörden die Auslieferung des „Stonewall" gefordert, wäre aber abschlägig beschieden und bedeutet worden, daß man das Eintreffen von Verhaltungsbefehlen aus Spanien abwarten müsse.

Newyork, 3. Juni. [Zur Amnestie-Proclamation.] Einer der Hauptzwecke der mit so zahlreichen Ausnahmen gespickten Amnestie-Proclamation des Präsidenten Johnson schreibt man der „Wes. Ztg.", scheint der gewesen zu sein, das aristokratische Element von dem Reconstructionswerk in den ehemaligen Rebellenstaaten auszuschließen. Ist das Werk vermittelst der loyalen und der weniger bei dem Aufstand compromittirt gewesenen Bevölkerung dieser Staaten zu Stande gebracht, so glaubt man, daß der Präsident eine zweite Proclamation erlassen wird, die fast alle jetzt ausgeschlossenen Kategorien amnestirt, ohne daß die Einzelnen nöthig haben, um persönliche Begnadigung einzukommen. Diese letztere dürften für jetzt nicht sehr Viele nachsuchen, sondern es vorziehen, auszuwandern. Mr. Seward soll eine mildere Proclamation gewünscht haben, und man schreibt es dem Rathe des General Butler zu, daß sie so streng ausgefallen ist; indeß mag das auf sich beruhen, Mr. Seward hat wenigstens keinen Anstand genommen sie zu contrasigniren. Fügen muß sich das ehemalige Rebellenthum jetzt in Alles, was die Regierung in Washington thut; nie ist ein Besiegter so gründlich für alle Zeiten lahm gelegt und hat das Bewußtsein davon, wie der einst so hochmüthige Süden. Der Friede ist vollständig hergestellt; vielleicht mögen in den Transmississippi-Staaten sich noch einige Marodeur-Banden umhertreiben, sonst ist von Guerillas auch nicht eine Spur zu bemerken. Eisenbahnen und Telegraphen fungiren wieder durch das ganze Land. Am meisten leidet natürlich die reichere Klasse im Süden. Zum Theil wird den Pflanzern übrigens der nördliche Handelsstand durch Vorschüsse unter die Arme greifen, damit sie wenigstens die jetzt frei gewordenen Neger für die Arbeiten bezahlen können. Von den großen Pflanzungen werden in Folge der 20 Dollars-Clausel, wohl manche parcellirt werden.

[Die Entlassung der Soldaten] geht rasch vor sich; täglich werden Millionen Dollars rückständigen Soldes an sie ausgezahlt. Vortreffliche Geschäfte machen mit ihnen jetzt die Biersalons; die Locale wo Spirituosen geschenkt werden, waren auf Befehl Grants geschlossen worden. Vorläufig wird etwa ein Heer von 200,000 Mann zusammengehalten bleiben; weniger als das Landheer wird die Flotte reducirt. Eine Flotille von amerikanischen Eisenpanzern macht vielleicht im Laufe des Sommers Europa einen Besuch, wenigstens ist die Rede davon.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 17. Juni. [Tagesbericht.]

† [Kirchliches.] Amts-Predigten: St. Elisabet: Pastor Girth, 9 Uhr; St. Maria Magdalena: Diak. Dr. Gröger, 9 Uhr; St. Bernhardin: Lector Treblin (Antrittspredigt), 9 Uhr; Hofkirche: Pastor Faber, 9 Uhr; 11,000 Jungfrauen: Pastor Letzner, 9 Uhr; St. Barbara (für die Mil.-Gem.): Oberprediger Reitzenstein, 10¾ Uhr; St. Barbara (für die Civil-Gem.): Pred. Kristin, 8 Uhr; Krankenhospital: Pred. Dondorff, 9 Uhr; St. Christophori: Pastor Stäubler, 8 Uhr; St. Trinitatis: Pred. David, 8½ Uhr; Armenhaus: Kand. Günther, 9 Uhr; Bethanien: Pastor Ulbrich, 10 Uhr; akademischer Gottesdienst: Prof. Dr. Meuß, 11 Uhr.

Nachmittags-Predigten: St. Elisabet: Diak. Neugebauer, 1¾ Uhr; St. Maria Magdalena: Diak. Rachner, 1¾ Uhr; St. Bernhardin: Kand. Reche, 1½ Uhr; Hofkirche: ein Kandidat, 2 Uhr; 11,000 Jungfrauen: Pred. Hesse, 1½ Uhr; St. Barbara (für die Civil-Gem.): Eccl. Kutta, 1 Uhr; St. Christophori: Pastor Stäubler (Bibelstunde), 1½ Uhr.

Am 14. Juni empfingen in der Magdalenenkirche durch den General-Superintendenten Dr. Erdmann die Ordination: 1) Kandidat und Schul-Rector in Münsterberg, Theodor Bergewitz, berufen als Pfarrer der Gemeinde Quickendorf, Kreis Frankenstein; 2) Kandidat Gottlob Bruno Paul Schulze aus Schlichtingsheim, berufen zum Vikar der evangelischen Kirche zunächst für Jerschendorf, Kreis Neumarkt.

=bb= [Abreise.] Heute Morgen ist Herr Fürstbischof Dr. Förster mit dem 7¾ Uhr von hier abgehenden Zug der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn nach Bunzlau abgereist und begiebt sich von da sofort in die Gegend von Hirschberg, um an verschiedenen Orten das Sacrament der Firmung zu spenden und die Kirche in Langwasser einzuweihen.

** [Militärisches.] Ueber die diesjährigen Herbstübungen wird gemeldet: Beim 5. Armee-Corps werden Divisions-Uebungen in der ersten Hälfte des September in der Gegend bei Glogau und Posen abgehalten. Beim 6. Armee-Corps werden Divisions-Uebungen in der ersten Hälfte des September, voraussichtlich bei Breslau und Neisse stattfinden. An denselben nehmen Theil auf das Armee-Corps: 24 Infanterie-Bataillone, ein Jäger-Bataillon, 5 Cavallerie-Regimenter, etwa 12 Batterien, 1 Pionnier-Bataillon und 1 Train-Bataillon. Außer den bereits erwähnten Landwehr-Mannschaften werden auch die im Reserve- und Landwehrverhältniß befindlichen Jäger im Bezirk des 5. Armee-Corps, 200 Mann stark, eine 14tägige Uebung in Görlitz abhalten.

—* [Monstre-Concert.] Gestern Nachmittag füllte sich der schöne, im üppigsten Sommerschmuck prangende Garten des Schießwerders mit einem Publikum, wie man es selten auf freiem Platze vereinigt sieht. Galaequipagen, Droschken und Omnibus hatten im bunten Reigen die Gäste herausbefördert, von welchen die Anlagen bald so übervölkert waren, daß sich ein Vergnügen mit Hindernissen entwickelte. Indessen fand das auf- und niederwogende Auditorium für den entbehrten Comfort reichlich entschädigenden Genuß in dem Monstre-Concert, das unter Wieprecht's Leitung von sämmtlichen Kapellen der hiesigen Garnison executirt wurde. Den Anfang bildete eine Reihe heiterer Armeemärsche, gediegener Ouverturen und anderer Opernstücke, von den vereinigten Infanterie-Kapellen ausgeführt. Seinen Glanzpunkt erreichte das Concert in dem von Wieprecht componirten militärischen Tongemälde: „Völkerschlacht bei Leipzig," dessen gewaltige musikalische Wirkung durch Gewehrfeuer und Kanonendonner gesteigert wird. Es ist eine originelle Composition, bei welcher die 5 Militär-Kapellen in drei Gruppen eine Art dramatisches Orchester formirten und den Kampf der Verbündeten mit den Franzosen durch grandiose Tonmassen in effektvoller Weise vergegenwärtigten. Schon am Tage hatten die militärischen Zurüstungen auf dem Turnplatze, ein Zeltlager, aus dem manches fröhliche Soldatenlied erscholl, Fähnlein in allen Farben, Gewehrpyramiden und eine Batterie aus 5 Geschützen bestehend, allgemeines Interesse erregt. Als endlich die Schlachtmusik bei illuminirtem Garten in ihrer höchsten dramatischen Entwickelung dahinbrauste, wurde sie von jenem militärischen Apparat, der sich in dröhnenden Salven entlud, prächtig illustrirt. General-Musikdirector Wieprecht dirigirte ununterbrochen mit dem ihm eigenthümlichen Feuer und hatte die freudige Genugthuung, daß das Concert mit rauschendem Beifall aufgenommen ward. Auch wird der Ertrag für das Militär-Kurhaus in Warmbrunn nicht gering ausgefallen sein.

*** [Chausseebau.] Wie das „Bresl. Kreisblatt" meldet, fand am 14. d. Mts. hierselbst unter dem Vorsitz des Herrn Landraths v. Roeder eine Besprechung der Interessenten für den Bau einer Chaussee von Kanth nach Ohlau statt. Von den in Vorschlag gebrachten Linien wurden für die Linie Kanth, Krieblowitz, Gniechwitz, Schlanz, Koberwitz, Guckelwitz, Jackschönau, Marienthal, Wangern, Schliesa, die bedeutendsten Mittel geboten, voraussichtlich wird daher diese Linie zur Ausführung kommen. Es wurde sofort ein Comite gewählt, dessen Aufgabe es ist, die Realisirung dieses Projectes weiter zu verfolgen. Das Comite besteht aus den Herren vom Rath-Koberwitz, Graf Saurma-Gniechwitz, Bürgermeister Außner aus Kanth, Domainenrath Hickethier aus Leopoldowitz, Spediteur Pätzold aus Kanth. Das Comite hat beschlossen, zuvörderst einen speziellen Kostenanschlag über diese Linie anfertigen zu lassen, und sodann an die betheiligten Grundbesitzer, Gemeinden, Gewerbetreibenden weitere Aufforderungen zu Actienzeichnungen zu richten.

[Vermischtes.] Vor einigen Tagen erschien bei einer Bewohnerin der Brüderstraße, einer schon betagten Frau, welche zwei erwachsene Töchter besitzt, ein anständig gekleideter Mann und gab sich als Criminal-Commissarius aus, in dessen Macht es stände, die eine (gerade „anwesende") Tochter zu verhaften und nach dem Polizei-Präsidium zu schaffen, wo sie aus Anlaß früherer gravirender Vorgänge einem strengen Verhör unterworfen werden solle. Er wolle jedoch diesmal Gnade für Recht ergehen lassen, wenn an ihn eine gewisse Summe entrichtet würde, womit er die ganze Angelegenheit niederschlagen könne. Obgleich sich weder Mutter noch Tochter etwas Schlimmes bewußt waren, so fürchteten sie doch die ihnen angeblich bevorstehenden Unannehmlichkeiten und zahlten an den Unbekannten die geforderten 1 Thl. 20 Sgr., womit er sich entfernte, nachdem er versprochen hatte, am anderen Tage wieder zu kommen, um das Weitere in dieser Sache mitzutheilen. Die Frau machte aber doch schließlich einem Polizeibeamten von dem Vorfalle Anzeige, da er ihr etwas verdächtig vorkam und ließ jenen in der Stille herbeiholen, als der angebliche Criminal-Commissarius sich bei ihr zur bestimmten Zeit wieder blicken ließ. Es erfolgte dann seine Verhaftung. In dem Betrüger ist ein auf der Tauenzienstraße wohnhafter Privatschreiber erkannt worden.

Auf der neuen Junkernstraße wurde gestern ein dreizehnjähriger Knabe von einem mit Ziegeln beladenen Wagen überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Schon seit langer Zeit ist in der Gasanstalt an der Freiburger Bahn eine Menge Messinghähne gestohlen worden, wodurch die Verwaltung einen Schaden von beinahe 300 Thl. erlitten haben soll. Selbst in diesem Jahre sind schon wieder viele Hähne entwendet worden, ohne daß es möglich wurde, dem Thäter auf die Spur zu kommen. Gestern Mittag gelang es jedoch, den Dieb auf der That zu ertappen und ihn der Polizeibehörde zu überliefern. Es ist ein seit bereits 13 Jahren bei der Anstalt angestellter Arbeiter, welcher bisher das größte Vertrauen besaß.

*° [Zur Warnung.] Ein hiesiger auf der Klosterstraße wohnender Kaufmann hatte in Begleitung seiner Frau am gestrigen Nachmittag eine kleine Vergnügungsreise unternommen, und seine beiden, im Alter von 6 und 8 Jahren befindlichen Kinder der Obhut des Dienstmädchens anvertraut. Dasselbe hatte sich im Laufe des Nachmittags mit den beiden Kleinen nach dem am Hause belegenen Garten begeben, wo Letztere beim Spielen von einer dort in großer Menge wachsenden Pflanze, dem sogenannten Schellkraut (Chelidonium majus L.) die unreifen Samenkapseln, welche Schoten nicht unähnlich sehen, genossen. Die Kinder erkrankten bald darauf, und stellte sich am Abend heftiges Erbrechen ein. Als später die Eltern zurückkehrten, fanden diese ihre Kinder in einem besorgnißerregenden Zustande. Sogleich wurden die in der Nähe wohnenden beiden Aerzte Dr. Asch und Dr. Baron herbeigeholt, denen es gelang, das Leben der Kinder zu erhalten. Letztere befinden sich bereits heute auf dem Wege der Besserung.

—* [Gaunerei.] Vor einigen Tagen fand sich bei einem Kaufmann in der Neuen Tauenzienstraße ein junger Mensch ein, der sich für den Sohn eines dem Geschäftsinhaber wohlbekannten Schäfers ausgab. Er verlangte und erhielt einige Waaren auf Credit; doch sah der Kaufmann weder diese resp. das Geld dafür, noch den Schäferjüngling jemals wieder. Letzterer ist ein verschmitzter Gauner, der sich mit Hinterlassung noch anderweiter Schulden aus dem Staube gemacht.

E. **Hirschberg**, 16. Juni. [In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten] fand die Amtseinführung des Herrn Kämmerer Zander statt. Herr Bürgermeister Vogt geleitete den Neugewählten in Begleitung der Mitglieder des Magistrats-Collegiums in die Versammlung. Der Vorsitzende des Magistrats nahm das Wort und sprach ungefähr Folgendes: Meine Herren Stadtverordneten! Sie sind heute hier, der gesetzlichen Bestimmung gemäß, versammelt, um als Zeugen der Amtseinführung des Herrn Kämmerer Zander beizuwohnen. Vor 12 Jahren geschah ein Gleiches bei der Amtseinführung des Herrn Kämmerer Westhoff, dessen Abwesenheit ich bedaure. Ich bedaure seine Abwesenheit deshalb, weil ich ihm bezeugen kann und es ihm gern gesagt hätte, daß er, mit seinen Kenntnissen und was diese anbelangt, ein tüchtiger Communalbeamter ist und als solcher empfohlen werden kann. Ich bedauere seine Abwesenheit, weil ich ihm meinen Dank aussprechen wollte, für das, was er für die Commune gethan hat u. s. w. Gegen Herrn Kämmerer Zander sprach der Redner die Zuversicht aus, daß er (Zander) sich das Vertrauen und die Liebe der Commune erwerben werde. Der Hauptwunsch derselben sei, daß der Hausstand ein geordneter sein möge. Herr Kämmerer Zander erwiderte hierauf, daß er dem, was er den Herren Stadtverordneten bereits mündlich und schriftlich mitgetheilt, nur Weniges zuzufügen habe. Er würde suchen, ihr Vertrauen zu erhalten und sich beeifern, dasselbe zu bewahren. Er verlange kein blindes Vertrauen. Aber er bitte auch, alle Parteilichkeit zu vermeiden; „der Beweggrund meines Handeln soll sein: das Wohl der Commune für Alles". Nach einigen Worten an die Mitglieder des Magistrats-Collegiums erfolgte von Seiten des Bürgermeisters die Uebergabe der Bestallung als Kämmerer und Beigeordneter, der Instructionen 2c., worauf der stellvertretende Vorsitzende, Herr St.-V. Weinmann, noch einige Worte hinzufügte und der Versammlung einen Gruß vom Vorsitzenden Herren Abgeordneten Großmann und dessen besten Wünsche für die Zukunft überbrachte. Hierauf wurde der Herr Kämmerer vereidet und das St.-V.-Collegium trat dann in die Tagesordnung ein. Nach einigen Vorlagen von nicht allgemeinem Interesse wurde der St.-V. Mittheilung gemacht von einem Bescheide der königl. Regierung, welche die Gehaltserhöhung des Rendanten und des Buchhalters der städtischen Sparkasse durch 10 Prozent Tantieme des Reingewinnes nicht genehmigte. Die Regierung ist zwar für eine Erhöhung der Gehälter, will jedoch dieselbe nicht in dieser Art bewilligen, da man die Statuten zu umgehen, um einen größeren Gewinn zu erzielen, suchen würde. Die Angelegenheit wird dem Magistrate zur nochmaligen Berathung überwiesen. Ein Vorschlag des Hrn. Eggeling, die eisernen Wasserleitungsröhren inwendig asphaltiren und äußerlich mit Asphalt und Theer überstreichen zu lassen, wurde vom Magistrate zurückgewiesen. Herr Eggeling erklärt, daß die von ihm asphaltirten Röhren in Flinsberg geprüft und für gut befunden worden seien. Dort habe das mineralhaltige Wasser binnen 10 Jahre ½zoll starke eiserne Röhren ganz unbrauchbar gemacht u. s. w.

△ **Reichenbach**, 16. Juni. Die Inwohner Rudolf'schen Eheleute zu Pfaffendorf hiesigen Kreises vermißten am 11. d. M. gegen Abend ihr 5 Jahr altes Töchterchen. Da das Kind in der Nähe nicht aufzufinden war, wurden die Nachforschungen am Abend, während der Nacht und am folgenden Tage weiter ausgedehnt. Am 13. Juni endlich fanden 2 Knaben das Kind auf dem sogenannten Johannestisch in ziemlicher Höhe schlafend, zwar sehr erschöpft und erstarrt, aber unversehrt. — Es ist wunderbar, daß das zarte Geschöpf nach einem Aufenthalt von einem Tage und zwei Nächten im Freien in sehr rauher Witterung und ohne Nahrung so glücklich davon gekommen ist.

—r. **Namslau**, 16. Juni. [Desertion oder Selbstmord?] Gestern Nachmittag hat sich ein bei der hier garnisonirenden Dragoner-Eskadron erst kürzlich eingestellter Rekrut wegen einer ganz unbedeutenden Ursache aus seiner Garnison entfernt und soll bis heute noch zurückkehren. Der größte Theil seiner militärischen Kleidungsstücke wurde unfern der Promenade hinter

einem Kornfelde am Weideflusse aufgefunden, so daß es den Anschein haben sollte, als hätte der Vermißte sein Leben im Wasser geendet. Obwohl an der betreffenden Stelle gesucht wurde, hat sich doch nichts auffinden lassen.

Kosel, 16. Juni. In vergangener Nacht sind in einzelnen Theilen unseres Kreises, wie Referent sich durch den Augenschein überzeugt hat, die Kartoffeln erfroren.

L. **Ratibor,** 16. Juni. [Grundsteinlegung. — Feuer.] In dem eine Meile von hier entfernten, unweit der nach Leobschütz führenden Bahn gelegenen Dorfe Janowitz und dem angrenzenden Dorfe Schippschowitz war vor wenigen Jahren ein bedeutendes Feuer. Hierdurch wurde auch die altehrwürdige, im gothischen Style erbaut gewesene hölzerne Kirche gänzlich vernichtet. Ein Anbau an die Schule diente seitdem zum einstweiligen kirchlichen Gebrauche. Vorigen Sonntag war die feierliche Grundsteinlegung zu dem neu zu errichtenden Gotteshause, wofür Se. Durchlaucht der Herzog von Ratibor das Meiste beizutragen hat, da er Kirchenpatron ist. Gestern nun um die Mittagszeit, nach beendigter Frohnleichnamsfeier entstand in dem vorerwähnten Anbau Feuer, welches in kürzester Zeit die kostbaren Meßgewänder und andere werthvolle Kirchengeräthe vernichtete. Der Schaden soll auf einige tausend Thaler sich belaufen. Das hart mitgenommene Schulgebäude wird nun auch zu bauen sein.

⊠ **Gleiwitz,** 16. Juni. [Industrielles. — Kindesleiche.] An einem neuen industriellen Unternehmen wird hier rüstig gearbeitet. Der Kaufmann Herr L. Starke baut eine neue Glashütte, und soll dieselbe schon in diesem Sommer vollendet und in Betrieb gesetzt werden. — Vor Kurzem fand man an der Großmühle die Leiche eines männlichen Kindes in ein Schnupftuch gehüllt.

(Notizen aus der Provinz.) * Jauer. In der am 12. d. M. abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Antrag: die Direction der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft für den Bau einer Verbindungs-Bahn von Jauer nach Wernersdorf zum Anschluß an die Gebirgsbahn (resp. zur Herstellung einer späteren directen Verbindung von Posen nach Prag zu interessiren, einstimmig angenommen, und dem Magistrat zur Einschlagung weiterer Schritte mit dem Bemerken überwiesen, daß für den Fall des Zustandekommens dieses Projects die Stadt zu Opfern bereit sei. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, sich dieserhalb mit den städtischen Behörden von Bolkenhain und Landeshut und den betreffenden Kreisversammlungen in Verbindung zu setzen.

† Haynau. Nach Angabe des hiesigen „Stadtblattes" sind in mehreren umliegenden Ortschaften, namentlich in Michelsdorf, Kr. Lüben, auf denjenigen Ackerstücken die besonders in der Nähe von Wiesen belegen sind, die Kartoffeln, sowie auch Gurken, Kürbisse und Flachs derartig erfroren, daß das Kraut vollständig umgefallen und schwarz geworden ist.

△ Hirschberg. Der „Bote" schreibt: Der 15. Juni brachte uns einen starken Reif. Georginen und die Pflänzchen der Gurken, sowie andere weiche Gewächse, hingen vielseitig, als die wärmenden Sonnenstrahlen sie trafen, ihre Blätter, und auch den Kartoffeln hatte der Nachtfrost geschadet. Nebenher aber zeigte es sich auch, welch eines geringen Schutzes durch Bäume, Sträucher ꝛc. es nur bedurft hatte, um die Gewächse vor dem Anhauche des Nachtfrostes zu bewahren.

▽ Freiburg. Nach der letzten in Salzbrunn ausgegebenen amtlichen Brunnenliste sind daselbst angekommen: 411 Familien, 585 Personen. Es sind bis jetzt gegen das Jahr 1864 mehr eingetroffen: 28 Familien, 42 Personen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Das 23. Stück der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 6094 den Vertrag zwischen Preußen, Kurhessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie, wegen Fortdauer des thüringischen Zoll- und Handelsvereins. Vom 27. Juni 1864; unter Nr. 6095 den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, den bei dem thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt, die Fortdauer des Zoll- und Handels-Vereins betreffend. Vom 28. Juni 1864; unter Nr. 6096 den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, den zum thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten und Braunschweig über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse. Vom 28. Juni 1864; unter Nr. 6097 den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Kurhessen, den zum thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten und Braunschweig über den Verkehr mit Tabak und Wein. Vom 28. Juni 1864; unter Nr. 6098 den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, den bei dem thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und Hannover so wie Oldenburg andererseits, betreffend den Beitritt Hannovers und Oldenburgs zu dem Zollvereinigungs-Vertrage vom 28. Juni 1864 und zu dem Vertrage über den Verkehr mit Tabak und Wein von demselben Tage. Vom 11. Juli 1864; unter Nr. 6099 den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Hannover, Baden, Kurhessen, den bei dem thüringischen Zoll- und Handels-Vereine betheiligten Staaten, Braunschweig, Oldenburg und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und Baiern, Würtemberg, Großherzogthum Hessen und Nassau andererseits, betreffend den Beitritt Baierns, Württembergs, des Großherzogthums Hessen und Nassau's zu den Zollvereinigungs-Verträgen vom 28. Juni und 11. Juli 1864. Vom 12. October 1864; unter Nr. 6100 die Uebereinkunft über die Schiffahrtsabgaben auf dem Rheine. Vom 12. Okt. 1864; und unter Nr. 6101 den Vertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin wegen der weiteren Eisenbahn-Verbindungen zwischen den beiderseitigen Staaten. Vom 20. Mai 1865.

Breslau, 17. Juni. [Stadtgerichts-Deputation.] Der Maurergesell Carl Parlow machte einem gegen seinen Revierwächter gehegten Groll in eigenthümlicher und komischer Weise Luft. Er pflegte wöchentlich einigemal des Nachts, wenn er nach Hause zurückkehrte, sich in die Thüre seines Hauses zu stellen, und eine halbe oder volle Stunde ununterbrochen in Schimpfwörtern gegen den auf der Straße befindlichen Wächter sich zu ergeben, und hierbei allen Scharfsinn aufzubieten, der ihm zu Gebote stand, um ja keinen Ausdruck zu übergehen, der in der kräftigsten und derbsten Manier zu beleidigen geeignet war. Lange Zeit ließ der Wächter denselben gewähren. Endlich ging ihm die Geduld aus, da Parlow in der Nacht vom 13. zum 14. März d. J. in seinen Expectorationen alle früheren Vorgänge an drastischer Derbheit zu überbieten suchte. Der Wächter machte Anzeige und Parlow wurde wegen Beleidigung eines Beamten angeklagt. Er stützt sich, wie voraus zu sehen war, daß er bei seinen Schimpfereien niemals einen Namen genannt, mithin auch den Wächter nicht beleidigt habe. Dieser nach seiner Ansicht sehr feine Einwand wurde aber durch die Thatsache widerlegt, daß, während der Angeklagte schimpfte, sich nur der Wächter in Sicht befand, und deshalb als alleiniger Gegenstand der Beleidigungen betrachtet werden mußte. Es war ganz natürlich, daß derselbe die Fluth von Schimpfwörtern, die sich über ihn ergossen, seinem Gedächtniß allein nicht hatte anvertrauen wollen, sondern die Vorsicht angewendet hatte, sie alle durch die Schrift zu fixiren. Es gewährte daher in der mündlichen Verhandlung einen nicht wenig erheiternden Eindruck, als der Wächter aus seinem Notizbuch eine Blumenlese von Schimpfwörtern, die nicht endigen zu wollen schien, ablas.

Das Erkenntniß lautete gegen den Angeklagten auf 1 Woche Gefängniß.

Nach § 258 des Str.-G.-B. kann derjenige, welcher fahrlässig einer Brandstiftung sich schuldig macht, mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft werden. Dieses Verbrechens wurde die unverehel. Habich angeklagt. Dieselbe diente schon seit längerer Zeit auf dem Dominium in Jackschenau als Großmagd. Sie war mit der Function des Brotbackens beauftragt. Hierbei hatte sie in der letzten Zeit kein rechtes Glück mehr. Zu wiederholtenmalen wurde das von ihr gebackene Brot getadelt, weil es mißrathen war. Da von Seiten des Gesindes bei der Herrschaft Beschwerden einliefen, so sann sie, wenn auch lange vergeblich, über die Ursache des Mißlingens nach. Sie war sich bewußt, das Brot immer mit derselben Sorgfalt gebacken zu haben und konnte daher nur ein rein äußerlicher Umstand zu Grunde liegen. Dieser bestand nach ihrer Ansicht darin, daß das Mehl, welches sie zum Backen schon am Abend vorher bereitete, in Folge der Kälte gefröre und dadurch an dem Mißrathen Schuld sei. Sie traf daher Vorkehrungen, um diesen Uebelstand zu vermeiden. Sie legte nämlich am 2. März d. J. den Ballen Mehl, welchen sie am anderen Morgen zum Backen nehmen wollte, nebst dem Backtrog, in welchem der Sauerteig sich befand, ganz in die Nähe des Backofens und heizte diesen ungewöhnlich stark, damit durch die hiervon ausströmende Wärme der Frost von dem Mehle abgehalten würde. Zwar machte der Dominialwächter Gottlieb Wagner, welcher nach ihrer Anweisung den Ballen Mehl auf den Backtrog setzen mußte, sie darauf aufmerksam, daß, da der Deckel des Backtroges schwach wäre, der Ballen Mehl denselben leicht herunterdrücken, auf diese Weise an das Feuer des Backofens fallen und selbst Feuer fangen könnte; sie hörte aber nicht darauf, oder überhörte es vielleicht und kehrte sich nicht daran. Die Befürchtungen des Wagner trafen ein. Als die Angeklagte am 3. März nach dem Backhause ging, fand sie dasselbe mit Rauch angefüllt, den Ballen Mehl, so wie den Backtrog verkohlt. Sie rief sofort den Wächter herbei und es gelang, einen wirklichen Ausbruch des Feuers zu verhüten. — In der mündlichen Verhandlung bekannte sie sich nicht schuldig, da der später eingetretene Vorfall von ihr nicht hätte vorausgesehen und verhütet werden können. Der Gerichtshof fand jedoch die Fahrlässigkeit als Ursache des Brandes darin begründet, daß sie auf die Warnung des Wächters nicht geachtet und nicht wenigstens, da sie ein starkes Feuer angemacht, in der Nacht noch einmal beim Feuer nachgesehen hatte, und verurtheilte sie zu einem Tage Gefängniß.

Vorträge und Vereine.

§§ **Breslau,** 17. Juni. [Die Generalversammlung der Tischlergesellen,] zu welcher auch die Meister eingeladen waren, fand gestern Abend unter überaus lebhafter Betheiligung der Gesellenschaft im Pietschschen Lokale statt. Hr. Altgesell Horn eröffnete die Verhandlung, indem er an eine Aeußerung erinnerte, die vor 17 Jahren bei ähnlichem Anlaß gethan wurde: es müsse auch der in der Arbeit schwächste Geselle täglich mindestens 25 Sgr. verdienen. Jene Hoffnungen seien unerfüllt geblieben. Nun trete die Lohnfrage von Neuem an die Gesellenschaft heran, wobei er jedoch den Vorstand gegen Verdächtigungen, wie solche in verschiedenen Inseraten sich kundgegeben, verwahren müsse. Der Gesellenvorstand hatte erfahren, daß der Innungsvorstand auf die Anfrage des Magistrats, wie hoch sich die Löhne der Gesellen belaufen, einen Bericht erstattet habe, welcher mit den wahren Verhältnissen nicht übereinstimme. Er wandte sich deshalb an den Magistrat um eine Abschrift jenes Berichts, worauf dieselbe mit dem Auftrage ertheilt wurde, die Gesellenschaft möge angeben, ob und in wie weit die Anführung der Meister unrichtig erscheint. Redner verlas nun beide Schriftstücke. Aus dem Berichte des Innungsvorstandes geht hervor, daß derselbe Folgendes erklärt hat. Ein Geselle, der bei einem Innungsmeister arbeite, verdiene je nach seiner Befähigung wöchentlich 3—5 Thlr. ohne Kost und Logis. (Ruf aus der Versammlung: Nicht wahr!) Wie viel der Stückarbeiter verdiene, oder wie hoch sich der Lohn bei Accordarbeiten belaufe, könne nicht genau ermittelt werden; doch lasse sich annehmen, daß der Accordarbeiter bei mittlerem Fleiß und Befähigung im Durchschnitt 4—6 Thlr. verdiene. (Ruf: Es wäre gut, wenn dem so wäre!) Unterzeichnet ist der Bericht von den Innungsmeistern Schorske, Hoffmann, Müller. Vorsitzender bemerkt, es sei eine Lohn-, aber auch eine Steuerfrage, und es werde nun darauf ankommen, daß die Versammlung durch ihr Votum jene ungerechtfertigten Anführungen dem Magistrat gegenüber berichtige. In einem anonymen Briefe an den Vorstand wird ferner beantragt, man wolle sich vor Allem mit der Lohnfrage beschäftigen, da es bekannt sei, wie der Wochenlohn eines Gesellen 2—4 Thlr. nicht übersteigt und bei den jetzigen Verhältnissen sich nicht mehr als ausreichend erweist. Vorsitzender sagt, der Gesellenvorstand habe in allen diesen Fragen nicht eigenmächtig handeln wollen und deshalb diese Versammlung berufen.

Nachdem Hr. Beisitzmeister Gloger hervorgehoben, daß auch die Meister eine Generalversammlung halten sollten, erörterte Hr. Petsch die Schwierigkeit der Aufgabe, bei den Tischlergesellen eine Lohnnormirung festzustellen. Man könne nicht bestimmen, der Geselle müsse 25 Sgr. oder 1 Thlr. täglich verdienen, weil die Meisten auf Stück arbeiten. Die Arbeitszeit werde übermäßig ausgedehnt, der wöchentliche Lohn für Möbeltischler betrage 2 - 3 Thlr., für Bauarbeiter 2—4 Thlr., und das richte sich je nach der verschiedenen Arbeitskraft. Jeder Geselle habe auf hohe Preise zu halten; er müsse nicht blos die guten Jahre nehmen, sondern auch solche, wo der Geselle Wochen und Monate lang spazieren gehe. (Bravo.)

Herr Frenzel bemerkt, da die Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen, so müssen auch die Löhne verhältnißmäßig gesteigert werden; die alten wären nicht mehr zeitgemäß. Hierauf erwiderte der Vorsitzende, in den Fabriken werde sich möglicherweise etwas erreichen lassen; anders sei es in den kleineren Werkstätten, wo jeder Geselle nur darnach trachte, daß er sich die Existenz sichere.

Herr Ludwig ersucht, die Antwort an den Magistrat möge lediglich dahin gehen, der Bericht des Innungsvorstandes könne nicht maßgebend sein, weil die meisten Gesellen außer der Innung arbeiten, folglich sei jenes Urtheil ein einseitiges.

Nachdem Herr Haynke auf die Ausfälle durch Feiertage und sonstige Pausen hingewiesen, befürwortete Herr Schilling die Auslassungen des Herrn Petsch und bemerkte, die Arbeitsbücher werden die Lohnbeträge am besten nachweisen. Hierauf wurde durch Abstimmung festgestellt, daß die Wochenlöhne nach den gegenwärtigen Sätzen für Möbeltischler 2—3 Thlr., für Bauarbeiter 2—4 Thaler betragen. In diesem Sinne soll die Antwort an den Magistrat erlassen werden.

Daran knüpfte sich nun eine längere, oft sehr stürmische Debatte über die Frage wegen Lohnerhöhung. Herr Ahr leitete dieselbe ein, indem er sagte, die Frage komme ihm in heutiger Zeit sonderbar vor. So lange der Geselle sclavenmäßig zu arbeiten gezwungen, so lange der Arbeiter nicht wirklich allen übrigen Staatsbürgern gleichgestellt sei, so lange man das Coalitionsrecht nicht habe, können die Preise nicht geregelt werden; denn wenn 1000 einverstanden sind, werden 500 nicht beistimmen. Eine Petition an das Abgeordnetenhaus habe bis jetzt keine Früchte getragen; man solle daher ferner warten.

Nach einer widerlegenden Aeußerung des Vorsitzenden bemerkte Herr Schilling, die Sache liege so wie Ahr sagt. Man könne wohl Beschlüsse fassen, habe aber keine Macht, sie auszuführen. Er stimme also bei, daß man die Frage ruhen lasse. Von den 1500 Tischlergesellen Breslau's sei etwa ein Drittel anwesend, keiner sei bis jetzt mit einem annehmbaren Plane vorgetreten. Das Beste ist, Jeder halte auf Preise in guter Zeit. (Bravo.)

Herr Herrmann stellt sich auf den Standpunkt eines freien deutschen Arbeiters und ist der Ansicht, daß sich die Antwort auf die Lohnfrage nicht feststellen lasse. Alle bisherigen Versammlungen wegen Lohnerhöhung hätten keine praktischen Vorschläge ergeben.

Herr Terno meinte, wenn man warten solle, bis das Coalitionsrecht gegeben sei, werde man schwerlich ein Resultat erleben.

Hr. Giesche machte aufmerksam, inwiefern der fremde Geselle schutzlos sei. Redner wird von dem Vorsitzenden theils widerlegt, theils berichtigt.

Hr. Zeleney äußerte darauf, es dürfte sich doch wohl ein Weg finden lassen, wie namentlich der fremde Arbeiter geschützt werde. Die Möbeltischler und der größte Theil der Bautischler arbeiten nach bestimmten Modellen. Es werde nun eine Commission ernannt, welche eine Preistabelle nach Mittelsätzen für die verschiedenen Modelle entwerfe. Dadurch werde ein allgemeiner Anhalt geboten, ohne daß den mannichfachen Graden der Befähigung auch die entsprechende Berücksichtigung genommen wird. Nur die Meister sollen bewogen werden, ihre Concurrenz fortan nicht mehr auf Kosten des Arbeiters zu machen. (Bravo.)

Dieser Vorschlag wurde von den Herren Recksiegel, Haynke, Lambert, Maschke warm vertheidigt, dagegen von den Herren Petsch, Frenzel, Kretschmer u. A. als unausführbar oder unnütz mehr oder minder heftig bekämpft. (Einmal steigerte sich die Unruhe während der Debatten dermaßen, daß der als Aufsichtsbeamte fungirende Polizei-Inspector Klug sich zu der Erklärung veranlaßt fühlte, er werde die Versammlung auflösen, wenn nicht bald vollkommene Ruhe eintrete....)

Bei der Abstimmung entschied sich die überwiegende Majorität für den Zeleney'schen Antrag, also für Aufstellung der Durchschnittspreis-Scala durch eine Commission, zu deren Mitgliedern die Herren Zeleney, Exner, Giesche und Heidenreich ernannt wurden. Die Herren Petsch, Frenzel und Kretschmer hatten die auf sie gefallene Wahl abgelehnt. Gegen 10 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche sich dann in bester Ordnung trennte.

Breslau, 16. Juni. [Handwerkerverein.] Am gestrigen Abend hielt Oberlehrer Dr. Adler Vortrag und behandelte, unter Zugrundelegung der bekannten Strophe, „der Ahnentugend wir uns weih'n", also aus dem Liede „Stimmt an mit hellem" ꝛc. „das Wesen der alten Deutschen". Nachdem Vortragender hierauf noch eine Frage über Abstammung der Germanen aus Indien beantwortet, zeigte der Vorsitzende Hüllebrandt an, daß von dem berliner Comite für Unterstützung oder Nationalbelohnung des um die deutschen Auswanderer so verdienten General-Consul Sturz eine Einladung zur Betheiligung an der betreffenden Subscription eingegangen sei, und zur Unterzeichnung an der Controle ausliegen werde. Ferner ist eine Einladung des Central-Gewerbe-Vereins zur Betheiligung an der zum 25. d. Mts. zu Striegau stattfindenden Feier des 25jährigen Bestehens des striegauer Gewerbe- (und Handwerker-) Vereins eingegangen; Theilnehmer am Fest, dessen Programm vorgelesen wurde, sollen sich an der Controle melden. Zur Bibliothek hat die hiesige Handelskammer ihren Jahresbericht pro 1864 eingesandt und ist aus Frankfurt a. M. ein Schriftchen über „Arbeiter-Associationen" eingeliefert. — Zur Kunstausstellung sind von jetzt ab Billets für Mitglieder an der Controle à $2\frac{1}{2}$ Sgr. zu haben, und empfahl der Vorsitzende deren Besuch. Eine Frage über Zukunftmusik, die Musiklehrer Busse beantwortete, gab Anlaß zu einer kurzen Debatte, in der Dr. Adler und Redacteur Oelsner die Verdienste Richard Wagners hervorhoben. Schließlich wurde auch die Frage, welche jetzt die Handwerker so mächtig bewegt, angeregt, die Frage wegen Lohnerhöhung.

O **Breslau,** 17. Juni. [Gründung eines neuen Vereins.] Zu den vielen hiesigen Vereinen hat sich am 16. d. M. ein neuer Verein gesellt, der wenigstens hinsichtlich seiner Tendenz entschieden auf Originalität Anspruch zu machen berechtigt ist. Der Verein hat nämlich die eigenthümliche Tendenz, keine Tendenz zu haben und ist auch demgemäß auf den Namen „Verein ohne Tendenz" getauft worden. Mit einer Mitgliederzahl von etwa 30 jungen Kaufleuten, Beamten und Studenten constituirte sich der Verein, nachdem man nach lebhafter, eingehender Debatte zu dem Schlusse gekommen war, daß gerade die ausgesprochene Tendenzlosigkeit den Bestrebungen des Vereins das weiteste Feld eröffne. Gemüthliche Geselligkeit auf der einen Seite — ohne Ausartung in einen „Kneip-Verein" — und wissenschaftliche Bestrebungen auf der andern, für welche letztere in den wöchentlichen Sitzungen theils durch parlamentarisch geordnete Debatten über vorgeschlagene Themata, theils durch geeignete Vorträge gesorgt werden soll — bilden im Allgemeinen die Tendenz des „Vereins ohne Tendenz."

H. **Hainau,** 15. Juni. [Die General-Lehrer-Conferenz] wurde gestern durch den Superintendenten Rochlitz aus Lobendau im Klassenzimmer der hiesigen Rectorklasse Morgens 9 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende machte Mittheilung darüber, daß voraussichtlich vom 1. August d. J. ab die jährliche Wittwenpension auf 22 Thlr. erhöht werden wird, daß aus diesseitiger Diöcese sämmtliche Lehrer sich für eine jährliche Beitrags-Erhöhung von 15 Sgr. resp. 1 Thlr. erklärt, und zwei sich zur Theilnahme am Turn-Unterricht in der zu eröffnenden Provinzial-Turn-Anstalt gemeldet hätten. Nächstdem wurden zur Kenntniß gebracht mehrere Verfügungen der Behörden, die Anlegung von Schul- und Gemeinde-Chroniken und den Unterricht in weiblichen Handarbeiten betreffend, mit dessen Einführung es durchaus nicht vorwärts gehen will. So ist's auch mit dem Turnen, wobei gleichzeitig constatirt sein möge, daß auch in den hiesigen Schulen noch immer nicht geturnt wird. Die königl. Regierung verlangt eine durchgreifende Revision, resp. neue Ausarbeitung der Lehrpläne, namentlich der Landschulen, zu welchem Zwecke heute über das Thema: „Was ist bei Aufstellung eines vollständigen Lehrplanes für Landschulen zu beobachten, um den Zweck desselben und das durch ihn gesteckte Lehrziel zu erreichen?" Vortrag gehalten wurde. Gegen $12\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Conferenz durch Gesang und Gebet geschlossen. Der Nachmittag vereinigte die Mehrzahl der Lehrer nochmals in hiesiger evangel. Kirche, um mehreren Vorträgen auf der Orgel ihre Theilnahme zu bezeigen.

* **Jordansmühl (Kr. Nimptsch.)** [Fest der Gustav-Adolph-Stiftung.] Am 14. d. M. fand hierselbst die Festfeier der Gustav-Adolph-Stiftung statt. Unter Glockengeläute und dem Absingen des Liedes: „Eine feste Burg ꝛc.", setzte sich um 9 Uhr der Festzug, Schüler, Lehrer, Geistlichkeit, an deren Spitze der Herr Superintendent Wandel aus Nimptsch, Gemeinde- und Kirchenrath ꝛc. nach der festlich geschmückten Kirche in Bewegung. In derselben folgte nach dem Eingangsliede die Liturgie, abgehalten vom Ortspfarrer Sander, darauf Chorgesang. Pfarrer Vörkel aus Kl.-Kniegnitz hielt den Bericht, Pfarrer Laffert aus Langenöls die Predigt über Colosser II. 6 und 7. Pfarrer Neumann aus Ober-Dirsdorf sang Collecte und Segen. An den Kirchthüren wurden fast 15 Thaler gesammelt.

Schützen- und Turn-Zeitung.

pp. **Breslau,** 17. Juni. [Vierteljährliche Hauptversammlung des Männerturnvereins.] Dieselbe fand gestern Abend im Café restaurant unter zahlreicher Betheiligung der Mitglieder statt. Nachdem Mittheilungen über das Kreisturnfest, ferner über den Sparverein, für das 4te deutsche Turnfest zu Nürnberg 1866 gemacht waren, ging man zum Hauptgegenstande der Tagesordnung, zu der Kreisturnfahrt nach Trebnitz am 18. Juni, über. Eine große Anzahl der Mitglieder werden die Turnfahrt als Turnwanderung unternehmen, ein anderer Theil wird per Wagen Sonntag Früh 6 Uhr von hier nach Trebnitz abfahren, während die Turnwanderer Sonnabend den 17. Abends $8\frac{3}{4}$ Uhr nach Trebnitz gehen. Im Buchwalde wird die Festrede gehalten werden, Nachmittags auf dem Turnplatze daselbst die Frei- und Riegen-Uebungen, welche bei dem Kreisturnfest gemacht werden, vorgenommen, und dann wohl noch an den Geräthen geturnt werden. Alsdann Zug nach dem Buchwalde, von wo die Turner wieder heimwärts kehren. Obgleich man über Turnkleidung einig wurde, kann ein Gleiches über die Kopfbedeckung nicht gesagt werden; die Turner-Mütze, welche sich bisher als praktisch erwiesen hat, wurde von Vielen für Feste nicht gewünscht. Die Fahne des Turnvereins wird mitgenommen werden. Weiter zeigt Dr. Bach an, wie er einen neuen Fechtcursus angefangen habe, an welchem noch einige Mitglieder Theil nehmen können.

⁂ **Schweidnitz,** 17. Juni. [Für das II. Provinzial-Schützenfest] sind ferner an Prämien eingegangen:

1) von der hiesigen Schützengilde: a. eine schwere silberne Suppenkelle, b. eine schöne, große Blumen-Vase mit der Ansicht des Schießhauses, c. 2 Tassen mit der Ansicht des Schießhauses, d. mehrere silberne Eßlöffel;

2) von einem hiesigen Schützen: ein allerliebster Porzellan-Aufsatz für Cigarren und Feuerzeug mit Schützen-Emblemen;

3) von einem hiesigen Schützen ein Paar Leuchter von Bronce mit Porzellan-Figuren;

4) anonym: ein großer, versilberter Glas-Pokal;

5) von der hiesigen Brauer- und Mälzer-Innung: a. eine krystallene Bierkufe mit massiv silbernem Deckel in getriebener Arbeit, und b. eine im Feuer vergoldete Suppenkelle.

Ober-Glogau. Bei dem in der Zeit vom 5ten bis 11. Juni abgehaltenen Pfingstschießen der hiesigen Schützengilde, erlangte die Königswürde der Herr Schützenvorsteher und Rathmann J. Seichter, die erste Marschalls-Würde Herr Glasermeister Schwingel, die zweite Herr Glasermeister A. Wiedorn.

△ **Gleiwitz,** 16. Juni. Gestern holte unsere Schützengilde ihren diesjährigen König, den Steuereinnehmer Herrn Kindler und ihre beiden Marschälle, den Kaufmann Herrn N. Mosler und den Ingenieur Herrn Sachs feerlich ein.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau's resp. Schlesiens Handel und Industrie im Jahre 1864.

Der so eben veröffentlichte diesjährige Jahresbericht der breslauer Handelskammer pro 1864 unterscheidet sich von den früheren wesentlich dadurch, daß er einmal sich an des von dem königl. statistischen Bureau zu Berlin aufgestellte System vollständig anschließt, sowie daß er in seiner Berichterstattung, besonders in Betreff seiner statistischen Mittheilungen ausführlicher geworden ist. Wir müssen diesen Verbesserungen unsere ganze Anerkennung zu zollen, indem die Handelskammerberichte Beiträge zu einer umfassenden Handels- und Gewerbe-Statistik liefern, um auch solchergestalt die Bedeutung der gewerblichen und Handelsthätigkeit für die Entwickelung der Gesammtcultur und der darauf ruhenden inneren Kraft unseres Staats zur gebührenden Anerkennung und Gelung zu bringen, beziehungsweise um auf Beseitigung der Hindernisse hinzuwirken, welche der freien Bewegung auf dem weiten Gebiete des Wirthschaftslebens noch entgegenstehen, dienen diese Berichte in erster Linie den eigensten Interessen des großen und weitverzweigten Standes der Kaufleute, Industriellen und Gewerbtreigenden. — Anscheinend haben diese anerkennungswerthen Bestrebungen unserer Handelskammer nicht allseitige Unterstützung gefunden, was wir nur entschieden mißbilligen können. In der Geheimnißkrämerei gedeiht nicht der Fortschritt, derselbe kann vielmehr in jeglicher Beziehung das volle Licht vertragen. Wir erachten die Zeit der Adepten für überwunden und glauben, daß zur Zeit ein Jeder bestrebt sein müsse, sein Wirken nach allen Seiten und in allen Beziehungen recht bekannt zu machen, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und hierzu sind die Jahresberichte der Handelskammern insbesondere geeignet, weil sie nicht in marktschreierischer Weise, sondern sachgemäß die Thätigkeit der einzelnen Geschäftszweige besprechen und hierdurch die Aufmerksamkeit der betheiligten Consumenten anregen, so wie den Wünschen der Producenten bei ihrer großen Verbreitung an geeigneter Stelle Ausdruck verleihen.

Wenden wir nun unsere Aufmerksamkeit dem 1. Theile des Berichtes zu, derselbe enthält: Gutachten, Ansichten und Wünsche der Handelskammer über allgemeine und besondere Gegenstände ihres Bereiches und wird deren Besprechung, wie nachstehend, eingeleitet.

„Mit der im Laufe dieses Jahres erfolgten Erneuerung der Zollvereins-Verträge ist die durch dieselben angebahnte wirthschaftliche Einigung der Vereinsstaaten, eine der wesentlichsten Vorbedingungen der materiellen Wohlfahrt des gesammten deutschen Volkes, auf weitere zwölf Jahre erhalten, und durch den zugleich genehmigten deutsch-französischen Handelsvertrag in Verbindung mit den preußisch-belgischen Verträgen wird der deutschen Gewerbsamkeit und Handelsthätigkeit ein neues großes Gebiet eröffnet. Der

Abschluß ähnlicher Handelsverträge mit anderen Staaten wird die natürliche Folge dieser Handelspolitik und nur noch eine Frage der Zeit sein. — Während die Schranken bald fallen, welche den freien Handelsverkehr nach West- und Süd-Europa hinderten, blieben aber noch immer gerade diejenigen Länder mehr oder weniger verschlossen, welche für den Handelsverkehr unserer Stadt und Provinz von besonderer Wichtigkeit sind, Oesterreich und Rußland. Wir hoffen, daß die segensreichen Folgen jener Verträge zur baldigen Eröffnung auch der östlichen Grenzen führen werden.

„Um nun, was den zunächst bevorstehenden neuen Markt anlangt, die Concurrenz mit der ausländischen, in einzelnen Zweigen weit vorgeschrittenen resp. günstig situirten Industrie überall siegreich bestehen zu können, erscheint es als eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben, diejenigen Hindernisse zu beseitigen, welche der freien Bewegung von Handel und Verkehr, der Gewerbe und Industrie theils in unserem engeren Vaterlande, theils in den Zollvereinsstaaten noch immer mehr oder weniger entgegen stehen. Es war daher die Erwartung wohlberechtigt, daß bei dem Abschluß der neuen Verträge dahin zielende Vereinbarungen getroffen oder wenigstens vorbereitet und eingeleitet werden würden. An Stoff dafür fehlt es nicht, und wir halten den Wunsch für gerechtfertigt, daß Preußen recht bald und nachdrücklich die Initiative ergreifen möge, um durch die Macht des Beispiels im wirthschaftlichen Fortschritt das übrige Deutschland zur Nachfolge anzueifern.

„Vor allen Dingen thut Noth die gesetzliche Anerkennung des Princips freier bürgerlicher Bewegung auf dem Gebiete des gesammten wirthschaftlichen Lebens, insbesondere die Durchführung des Freihandels-Systems, die Sicherstellung des Rechts der freien Niederlassung in allen Theilen Deutschlands (allgemeines deutsches Staatsbürgerthum) und des Rechts der freien Arbeit — ohne Wiederherstellung des durch künstliche und willkürliche Schranken verkümmerten Urrechts der freien Wahl, der Art des Berufs und des Orts seiner Ausübung werden wir hinter den Industrievölkern zurückbleiben, mit welchen wir die Concurrenz aufzunehmen im Begriff stehen. Ferner können wir nicht entbehren die Einführung gemeinschaftlicher Bestimmungen über ein gleiches Münz- und Maß-System, über die Beseitigung des Patentmonopolwesens; das Bank-, Papiergeld- und Versicherungswesen bedarf eben so sehr zeitgemäßer Reformen, wie die Verkehrsanstalten — die bisherigen Mittel und Einrichtungen reichen zur Befriedigung der durch die moderne Cultur bedingten Bedürfnisse nicht mehr aus.

„Indem es sich hierbei durchweg und überall um gemeinschaftliche Interessen der Gesellschaft handelt, drängt die unwiderstehliche Macht derselben auch die Widerwilligen zur Nachfolge, sobald nur von einer Seite die Reform in's Leben gerufen wird. Mit richtigem Blicke erkennen die Gegner Preußens in solchem Vorgehen das wirksamste Mittel zur Sicherstellung der Hegemonie auf dem Gebiete des deutschen Wirthschaftslebens nach dem auch auf dem geistigen Gebiete so mächtigen Gesetze der Massenanziehung; und sie verlangen, daß der ganze deutsche Bund in die Gemeinsamkeit der materiellen Interessen eintete. Der deutsche Bund hat sich aber nach seinen Grundgesetzen die wirthschaftliche Gestaltung Deutschlands, die Pflege der materiellen Interessen nicht zur Aufgabe gestellt; deshalb und vermöge seiner Organisation erscheint er auch nicht geeignet, die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands zu fördern. Außerhalb desselben haben sich daher alle Reformen vollzogen, welche, wie der Zoll-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Postverein die Herstellung eines großen, freien Verkehrsgebiets und gleicher Verwaltungsgrundsätze erstreben. Wenn auch dabei der Einfluß Preußens vorwiegt — es ist das eine naturgemäße Folge der materiellen und intellectuellen Grundlagen seiner Macht —, so wird doch diese berechtigte Stellung durch die politische Verfassung jener Vereine über die Gebühr alterirt. Die wirthschaftliche Wohlfahrt Gesammtdeutschlands und aller seiner Glieder hängt auch wesentlich von der politischen Verfassung unseres großen Vaterlandes ab, und wir begrüßen daher ein jedes auf Herstellung der nationalen Einigung desselben gerichtetes Streben.

„Der in diesem Jahre glücklich beendigte Krieg mit Dänemark hat unserem Vaterlande überhaupt viele und große Opfer auferlegt, insbesondere die von uns vertretenen Interessen vielfach und hart beschädigt. Die Nachtheile werden aber verschmerzt werden, wenn die Folgen der glorreichen Siege unseres Heeres dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Nicht allein seine eigenen Interessen, auch diejenigen von Gesammtdeutschland hat Preußen bei Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu wahren. Es genügt nicht, daß deutscher Boden zurückerobert wurde; er muß auch in solcher Weise mit Deutschland verbunden werden, daß die Wiederkehr der Fremdherrschaft für alle Zeiten unmöglich ist und ein dauernder organischer Zusammenhang mit dem Gesammtvaterlande hergestellt wird. Indem nun Preußen das mit Strömen edelsten Blutes eroberte Land in enge Beziehungen zu sich setzt und dadurch die Wohlfahrt desselben fördert, wird zugleich die Lösung der deutschen Frage theilweise angebahnt — mit der erweiterten Kriegstüchtigkeit des „„Schwertes Deutschlands““ zur See durch Ausdehnung der Kriegsflotte gewinnt die Weltstellung von Gesammtdeutschland, findet insbesondere der deutsche Handel den erforderlichen Schutz auf dem Meere und in fremden Ländern, und der von Preußen auszuführende holsteinische Nord-Ostsee-Kanal wird dem Handel neue Vortheile gewähren. Ganz besonders von diesem Gesichtspunkte aus, der Förderung des binnenländischen Gewerbefleißes, verfolgen wir den Gang dieser Angelegenheit mit großer Spannung und mit dem lebhaften Wunsche eines befriedigenden Abschlusses."

(Fortsetzung folgt.)

⊕ **Berlin**, 16. Juni. [Börsen-Wochenbericht.] Trotz der Gunst der auswärtigen Geldmärkte blieb die Börse geschäftslos und war seit Dinstag sogar stellenweise flau. Die Verstimmung kam von Paris her, wo nicht Alles in voller Ordnung zu sein scheint. Truppen- und Flottenbewegungen machten trotz beruhigender „Moniteur"-Noten einen ungünstigen Eindruck, obgleich Jeder in Verlegenheit kommen würde, wenn man ihn um den eigentlichen Grund der Beunruhigung befragte. Die herrschende Geschäftsunlust und der sehr schwache Kapitalzufluß machen freilich die Börse sehr sensibel, sobald einmal einige Verkäufer auftreten.

Von den Eisenbahnaktien schließen wenige, durch besonders gute Verkehrsentwickelung begünstigte, höher; es sind, außer den Oberschlesischen, Köln-Mindener hervorzuheben, die bei guter Kauflust 4 pCt. gewannen. Ferner Bergisch-Märkische und Nordbahnaktien, deren gesunkener Cours die Spekulation anzureizen schien. Die übrigen Eisenbahnaktien schließen fast durchweg niedriger, und selbst bei den Bankaktien machte sich die ungünstige Lage der Börse in Rückgängen geltend. Freilich ist der in Paris und London auf 3 pCt. herabgegangene, hier trotz der Wollmärkte nur bis 3½ pCt. gestiegene Discontosatz nicht gerade geeignet, zum Kauf von Bankaktien aufzumuntern, doch erinnern wir an unsere öfter in diesen Berichten niedergelegte Beobachtung, daß bei den Privatbanken die Rentabilität sich sehr unabhängig von den Discontosätzen der großen Geldmärkte bewegt.

Auf den schlesischen Eisenbahnen stellten sich im Mai die Einnahmen, wie folgt:

	Mai. Thlr.	Gegen v. J. Thlr.	%	Bis Ende Mai. Thlr.	Gegen v. J. Thlr.	%
Oberschles. Hauptbahn	355,615	+41,041	13,2	1,359,020	+117,359	9,5
„ Zweigbahnen	7,597	+ 1,954	35,0	28,994	+ 5,553	23,3
Breslau-Posen-Glogau	106,538	+12,729	13,6	355,652	+ 6,227	1,8
Bresl.-Schw.-Freiburg	113,629	+ 3,501	3,2	401,273	+ 38,664	10,6
Neisse-Brieg	13,115	+ 1,401	12,0	42,576	+ 2,184	5,3
Kosel-Oderberg	49,770	+ 6,225	14,3	218,265	+ 14,466	7,1
Niederschles. Zweigb.	22,195	+ 444	2,0	78,779	— 4,427	5,3
Oppeln-Tarnowitz	15,268	+ 10	0,0	69,918	+ 1,308	2,0

Die Kosel-Oderberger Bahn hatte wiederum eine sehr gute Einnahme. Das Plus entsprang lediglich aus dem Güterverkehr, da der Personenverkehr eine Mindereinnahme von 900 Thlr. oder 10 pCt. hatte. Im innern Güterverkehr betrug das Mehr 3270 Thlr. oder fast 19, im direkten und Durchgangsverkehr 3521 Thlr. oder 29,3 pCt. Es ist dies offenbar die Folge des steigenden Kohlenabzuges, wie denn überhaupt sich im Mai die Erscheinung der früheren Monate, daß nämlich gerade die Kohlenbahnen glänzende Resultate erzielen, wiederholt. Da im Uebrigen der Güterverkehr stockt, so empfehlen sich gerade die dem Kohlentransport dienenden Bahnen der besonderen Beachtung. Damit wollen wir freilich nicht gerade die Wilhelmsbahnaktien empfohlen haben, da diese im Verhältniß zu ihren Dividendeaussichten bereits sehr hoch stehen. Dagegen verdienen die Stammprioritäten dieser Bahn, die zu 86½ resp. 92 zu haben sind, wohl die Beachtung der Kapitalisten; denn es ist nicht zu leugnen, daß die Fortentwickelung des Verkehrs auf der Bahn der Vorzugsrente der Stammprioritäten, namentlich der 4½procentigen, eine erhebliche Sicherheit gewährt. Die in Oesterreich vom Finanzminister zur staatlichen Subvention in Vorschlag gebrachte Kaschau-Oderberger Bahn würde, da sie eine Weiterführung der Wilhelmsbahn bildet, einen ansehnlichen Verkehrszuzug bringen, da Getreide in der einen, Kohlen in der anderen Richtung verfrachtet werden können.

Die Neisse-Brieger Bahn nahm im Mai ein:

		1865	1864	Also 1865
für Personen	Thlr.	4545	4740	— 195
für Güter	„	7540	6243	+1297
Extraordinarien	„	1030	737	+ 293

Sie hatte also ebenfalls im Personenverkehr einen Ausfall, der jedoch durch eine ansehnliche Vermehrung des Güterverkehrs noch mehr als aufgewogen wurde, so daß auch die Einnahme des vorletzten Jahres, die 866 Thlr. höher war als die vorjährige, wesentlich überschritten wurde.

Die Einnahme der Oberschlesischen Bahn ist minder glänzend. Auch hier ist der Personenverkehr (man vergesse nicht die Militär-Transporte des vorigen Jahres) im Minus (um 1898 Thlr. oder 3,6 pCt.) Dagegen hat der Güter- und namentlich der Kohlenverkehr bedeutende Mehreinnahmen erzielt, nämlich 39,371 Thlr. oder 16,2 pCt. Auf der Breslau-Posener Bahn sind die Verhältnisse ähnlich, doch hat hier die Steigerung, den ungünstigen Verhältnissen des vorigen Jahres gegenüber, nicht gleiche Bedeutung. Eine Wirkung dieser günstigen Einnahmen war es, daß in dieser Woche, der im Allgemeinen flauen Haltung gegenüber, Oberschlesische fest und in gutem Umsatz blieben.

Die Rhein-Nahebahn zeigt nach dem kürzlich veröffentlichten Jahresberichte in ihren Verkehrsverhältnissen eine gute Entwickelung, obgleich sie noch weit davon entfernt ist, Rentabilitäts-Aussichten zu eröffnen. Einnahmen und Ausgaben stellten sich, wie folgt:

im Jahre	Einnahmen.	Ausgaben.	Ueberschuß.
1861	543,860	361,345	182,515
1862	567,993	393,889	174,104
1863	656,156	426,173	229,983
1864	747,593	459,524	288,069

Die Einnahmen sind in 4 Jahren um 37½, die Ueberschüsse um 57 pCt. gestiegen. Indeß mußte der Staat zu den Prioritätszinsen 1861 131,584, 1862 173,406, 1864 73,056 Thlr. zuschießen. Im Ganzen betragen die Staatszuschüsse bis 1864, die zu decken sind, ehe eine Dividende gezahlt werden kann, 556,630 Thlr. Ueberdies sind von der letzten Prioritäten-Emission noch 363,500 Thlr. zu emittiren, um die Verpflichtungen des Baufonds zu decken. Die Einnahmen im Güterverkehr stiegen von 395,053 Thlr. in 1863 auf 450,895 Thlr.; in ungleich höherem Grade vermehrte sich der Güterverkehr, nämlich von 6,024,715 auf 8,596,420 Ctr. oder um mehr als ein Viertel. Allein der Zuwachs bewegte sich so sehr in den niedrig tarifirten Güterklassen, namentlich in den Kohlen, daß die Einnahme pr. Ctr. und Meile von 2,16 auf 1,73 Pf. fiel. Wenn dennoch der Procentsatz der Betriebsausgaben sich erheblich günstiger stellte (61,47 pCt. gegen 64,95 pCt. in 1863), so ist das der beste Beweis für die Rentabilität niedrig tarifirten Güterverkehrs. Die Erscheinung erklärt sich durch die bei umfangreicherem Verkehr eintretende bessere Ausnutzung der Transportmittel und Transportkosten. Die durchschnittliche Benutzung der Wagen betrug 1864 44,78, 1863 dagegen nur 35,78 pCt. der Maximalbelastung.

Preußische Staats- und andere zinstragende Papiere waren fest und in nicht ganz so schwachem Verkehr wie in der Vorwoche. Die Course sind wenig verändert.

Schlesische Aktien bewegten sich, wie folgt:

	9. Juni.	Niedrigster Cours	Höchster Cours	16. Juni.
Oberschlesische A. und C.	172	171½	173	171¾
„ B.	153	153	153¾	153
Breslau-Schw.-Freib.	142¾	141½	142¾	141¾
Neisse-Brieger	89	89	89½	89½
Kosel-Oderberger	60¾	59⅝	60¾	60
Niederschl. Zweigbahn	84	83½	84	84
Oppeln-Tarnowitzer	80⅞	79½	80½	79¾
Schles. Bankverein	110⅞	110¾	110⅞	110¾
Minerva	35½	35½	36⅝	36½

* **Breslau**, 17. Juni. [Börsen-Wochenbericht.] Zu der andauernden Geschäftsstille gesellte sich in dieser Woche noch eine Verstimmung der Spekulanten, anscheinend durch die mexicanische Frage hervorgerufen, die aber dennoch fortdauert, obgleich nach allen Berichten angenommen werden kann, daß derselben eine viel zu große Tragweite beigelegt wurde. Die Tendenz der Börse ist mit alleiniger Ausnahme für Amerikaner durchweg eine matte bei vorherrschender Verkaufslust.

Die österr. Papiere litten unter dem Eindruck der Plener'schen Finanzvorlage, und der Eisenbahnaktienmarkt liegt so vernachlässigt, daß selbst die bedeutenden Mehreinnahmen, wie bei der Oberschl. Bahn, ohne alle Wirkung blieben. Die ganze Thätigkeit der Börse beschränkte sich in dieser Woche auf die allerdings nicht unbedeutenden Umsätze in Amerikanern und an einigen Tagen auch auf ein lebhafteres Geschäft in Minerva-Aktien. Sonst bot das Geschäft nichts Erwähnenswerthes; die Coursrückgänge fast aller Spekulationspapiere resultiren aus ganz geringen Umsätzen.

Oesterr. Creditaktien	wichen	von 84¾	auf	83½,
National-Anleihe	„	„ 70⅞	„	70⅝,
Loose von 1860	„	„ 85⅞	„	84¾,
Banknoten	„	„ 93¾	„	93⅓.

Von Eisenbahnaktien wurden kleine Posten

Oberschlesische	von	172¾—171¼,
Freiburger	„	142¾—141⅞,
Koseler	„	61 — 60,
Tarnowitzer	„	80¾— 79½

gehandelt. Fonds behaupteten sich ziemlich fest in der Voraussicht, daß der bevorstehende Johannis-Termin größere Kapitalanlagen an den Markt bringen wird.

In Wechseln war das Geschäft gering, auswärtige langsichtige Devisen waren begehrt, Notirungen unverändert. Polnische Valuten schließen etwas niedriger. Geldstand knapp.

Monat Juni 1865.

	12.	13.	14.	15.	16.	17.
Preuß. 4proc. Anleihe	98⅞	98⅞	98⅞	98⅞	98⅞	98⅞
Preuß. 4½proc. Anleihe	102	102	102	102	102	102
Preuß. 5proc. Anleihe	106	106	106	106	105⅝	106
Preuß. Staatsschuldscheine	91⅞	91⅞	91⅞	91⅞	91⅞	91¾
Preuß. Prämien-Anleihe	130	130	130	130	130	130
Schl. 3½proc. Pfdbr. Litt. A.	91¾	91¾	91¾	91¾	91⅝	91¾
Schles. 4proc. Pfdbr. Litt. A.	99⅞	99 11/12	99 11/12	99 11/12	100	100 1/12
Schles. Rentenbriefe	98¾	98⅝	98⅝	98¾	98⅝	98⅞
Schl. Bankvereins-Antheile	111	111	111	110⅞	110½	110⅞
Kosel-Oderberger	61	60½	60	60¼	60	60
Freiburger Stammaktien	142¾	142½	141½	141½	141½	141⅞
Oberschl. St.-A. Litt. A. u. C.	172¾	172½	171	171⅞	172	171¾
Oppeln-Tarnowitzer	80¾	80⅞	79¾	79¾	79½	79½
Neisse-Brieger	88¾	88½	89	89	89¼	89
Warschau-Wiener E.-A.	69¼	69¼	69⅜	69¾	69⅝	69⅝
Russ. Papiergeld	81⅛	80⅞	80 11/12	81	80¾	81
Oesterr. Banknoten	93¾	93¾	93½	93⅝	93⅝	93⅓
Oesterr. Credit-Aktien	84¾	84⅛	83⅝	83½	83¾	83½
Oesterr. 1860er Loose	85⅝	85½	84¼	84¾	85	84¾
Oesterr. 1864er Loose	52	52	52	52	52	52
Oesterr. Silber-Anleihe	75	75	75	75	75	75
Oesterr. National-Anleihe	70½	70½	70¼	70¼	70 5/12	70¼
Amerikanische 1882er Anl.	72¾	72¾	73	73⅝	73	74⅝

† **Breslau**, 17. Juni. [Börse.] Mit Ausnahme von Amerikanern, die merklich höher bezahlt wurden, waren sämmtliche Spekulationspapiere bei sehr matter Haltung niedriger. Oesterr. Creditaktien 83⅝—83½, National-Anleihe 70⅞ Br., 1860er Loose 84¾ Gld., Banknoten 93⅝—93⅓ bezahlt. Oberschlesische Eisenbahnaktien 171¾ bez., Freiburger 141⅞ bez. und Br., Kosel-Oderberger 60 Br., Oppeln-Tarnowitzer 79½ Br., Neisse-Brieger 89 Gld. Warschau-Wiener Aktien 69⅝ Br. Amerikaner 74½—¼—⅝ bez.

Breslau, 17. Juni. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfd.) behauptet, gek. — Ctr., pr. Juni und Juni-Juli 36⅞ Thlr. Gld., Juli-August 37 Thlr. bezahlt, August-September 38 Thlr. bezahlt, September-Oktober 39 Thlr. bezahlt und Gld., Oktober-November 39½ Thlr. Br. und Gld., November-Dezember —.

Weizen (pr. 1000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni 46½ Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni 32 Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni und Juni-Juli 37¼ Thlr. Gld., Juli-August —, August-September —.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Scheffel, pr. Juni 114 Thlr. Gld.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) fest, gek. — Ctr., loco 13¾ Thlr. Br., pr. Juni und Juni-Juli 13¾ Thlr. Br., Juli-August 13⅞ Thlr. bezahlt, August-September —, September-Oktober 14 Thlr. bezahlt, Br. und Gld., Oktober-November 14¼ Thlr. Br., 14⅙ Thlr. Gld., November-Dezember 14¼ Thlr. Br., pr. April-Mai 1866 14¼ Thlr. Br.

Spiritus still, gek. 20,000 Quart, loco 13¾ Thlr. Br., 13⅞ Thlr. Gld., pr. Juni und Juni-Juli 13¹¹⁄₂₄—13⅝ Thlr. bezahlt und Gld., Juli-August 13½ Thlr. Gld., August-September 13⅝ Thlr. Br., September-Oktober 14 Thlr. Br., Oktober-November —.

Zink fest, ohne Umsatz.

Die Börsen-Commission.

♃ **Görlitz**, 16. Juni. [Thierschau.] Seit heute Früh 5 Uhr herrschte schon in der Stadt ein ungewöhnlich reges Leben, Tausende von Landleuten kamen zu Fuß oder zu Wagen an. Um 7 Uhr wurde der Festplatz für die Zuschauer eröffnet, doch dauerte die Aufstellung der Thiere bis um 8 Uhr. Besonders stark war das Rindvieh vertreten, von dem circa 250 Stück ausgestellt waren, darunter ein Ochse von seltener Größe, von dem Rittergut Holstein bei Löwenberg. Unter den Pferden, von denen ungefähr 120 ausgestellt waren, erregten ein brauner und ein falber Hengst vorzüglich die Aufmerksamkeit. Schafe hatten besonders die umliegenden Dominien ausgestellt, zusammen gegen 200 Stück. Schweine waren gegen 70 vorhanden, mehrere von vorzüglicher Schönheit von dem Pächter Fickler in Crobnitz, das stärkste Mastschwein vom Gute Waldvorwerk. — Neben den Schafen befand sich eine kleine hühnerologische Ausstellung, an der sich besonders unsere görlitzer Hühnerologen betheiligt hatten, die denn auch vorzugsweise mit Prämien bedacht sind. In der Nähe waren kleine Nutzthiere, so wie einige Hirsche, auch weiße Ratten, Mäuse ꝛc. ausgestellt. Zwei niedliche bologneser Spitze und ein englischer Hirschhund, so wie ein Bärenbastard zogen besonders die Zuschauer an. Zwischen den verschiedenen Thiergruppen wogte den ganzen Tag eine Masse von Zuschauern auf und ab, während die Commissionen beschäftigt waren, die preiswürdigen Thiere und Geräthe zu ermitteln und zum Ankauf, resp. der Prämiirung, vorzuschlagen. — Um 4 Uhr setzte sich der recht geschmackvoll arrangirte Festzug in Bewegung, voran 8 Reiter. An der Spitze desselben führte man die prämiirten Thiere, unter ihnen viele recht stattliche Exemplare, das prämiirte größte Schwein mit der Inschrift: „Das ist das Schwein, was wir heute mit dem Wetter haben." Darauf folgte ein vierspänniger Wagen mit 2 reitenden Postillionen in Gala mit dem Musikcorps. Die nun folgenden Aufzüge zerfielen in vier Gruppen, deren jede eine Jahreszeit vorstellte. Zuerst der Frühling, dargestellt durch zwei mit weiß und blauen Schärpen geschmückte junge Leute, die aus ihren Blumenkörben Sträußchen an die Zuschauer spendeten. Hinter ihnen fuhr ein als Garten decorirter Wagen, dem ein prämiirter Pflug folgte. Hinter diesem gingen einige als Säeleute costümirte Männer, gefolgt von prämiirten Eggen, dann acht Grasmäher, und sodann ein festlich geschmückter Heuwagen. Den Schluß dieser Abtheilung sollte ein Wagen mit zwei Landmädchen, welche mit der Schafschur beschäftigt waren, bilden, doch ist er uns nicht zu Gesicht gekommen. — Ein junger Bursche und ein Mädchen, geschmückt mit Kornblumen und Garben, führten den Zug, der den Sommer darstellte. Hinter ihnen fuhr die Mähmaschine, der einige Männer mit Getreidesensen folgten, sodann ein geschmückter Erntewagen mit den zum Erntekranze geputzten Schnittern und Schnitterinnen, darunter zwei wendische Paare aus Muskau. Den Schluß bildete hier eine Käse- und Milchwirthschaft zu Wagen.

Der Herbst war personificirt durch einen Mann und eine Frau, die mit Weinlaub bekränzt, Körbe mit Früchten trugen. Hinter ihnen kam eine Darstellung der Kartoffelernte, gefolgt von Kartoffelhackern, und dann ein Wagen, der das görlitzer Nationalfest, ein Schweineschlachten, darstellte. Derselbe trug die wohlbekannte Bezeichnung: „Morgen Schweineschlachten bei Ihr" mit dem obligaten Conterfey eines fetten Schweines, mit dem unsere Lokalblätter die Anzeigen von den Schweineschlachten zu illustriren pflegen, und die beiden Devisen: „Das Leben ist der Güter Höchstes nicht". Auf dem Wagen war u. A. ein hiesiger renommirter Wurstfabrikant mit seinen Gesellen thätig, sein Fabrikat anzufertigen.

Die letzte Abtheilung bildete die Darstellung des Winters, der durch zwei mit Tannenzapfen geschmückte alte Leute mit Gesangbüchern versinnbildlicht wurde, und zwei beschneite Jungen, die einen Schlitten mit Reisig zogen. Ihnen folgte eine fahrende Schmiede, sodann ein vollständiger Jagdzug mit Jägern, Hunden, Treibern und Wild — und zuletzt ein großer Christbaum mit einem Knecht Ruprecht. Der Zug nahm seinen Weg vom Schießhause über den Exerzierplatz, wo die Prämiirung erfolgte, und später über den Schützenweg und die Elisabethstraße. Während der Zeit hatte auf dem Exerzierplatze vor der dichtbesetzten Tribüne die Verloosung begonnen, die bei einem Absatz von nahe 25,000 Loosen soviel Zeit in Anspruch nahm, daß sie morgen fortgesetzt werden muß. — Heute Abend hatten sich viele Festtheilnehmer zu einem gemeinschaftlichen Festessen in der Societät vereinigt. Ueber die Prämiirung und über die Gesammtresultate der Ausstellung, die ein recht erfreuliches Bild von dem Zustande unserer Landwirthschaft gab, wird noch Näheres folgen.

*** In Bezug auf die Prämiirung theilt der „Görl. Anz." Folgendes mit: Hühner. Silberne Medaille: Oettel, lyoner Polands. Broncene Medaille: Joachim, schwarze Polands. Metzig in Krauscha, Brahma-Pootra. Bergmann, Goldbantam. Wenzel in Plagwitz, pommersche Gänse. Liebelt in Ebersbach, Spanier, 5 Thlr. Oettel, lyoner Polands, 5 Thlr. Derselbe, für Breda, 4 Thlr. Wenzel in Plagwitz 4 Thlr. Metzig in Krauscha, Sauen mit Jungen, 2 Thlr. — Kleine Nutzthiere. Broncene Medaille: Kaiserbrecht, 2 Bologneser. Heinze in Halbau, Bärenbastard. Scobel in Königshain, 1 Dogge. Reiche in Hennersdorf, Hirschhund. Meier in Leschwitz, 3 Dachshunde. — Schweine. Große Schläge: Fickler (Crobnitz), 1 weißer Eber, 8 Thlr. Schultz (Nickern), 1 weißer Eber, silberne Medaille. Sauen: 8 Thlr. v. Rathenow (Spree). 5 Thlr. Ullrich (Wendischossig). Silberne Medaille Fickler (Crobnitz) und Roth (Zweda). Junge unter 1 Jahre: 8 Thlr. Fickler (Crobnitz). Silberne Medaille v. Rathenow (Spree). Broncene derselbe. Silberne Medaille Ullrich (Wendischossig). Mastschweine: 8 Thlr. Goltzsch (Waldvorwerk). Silberne Medaille Miersch (Dittmannsdorf). Broncene Medaille Plathner (Seifersdorf) und Schickel (Lodenau). Landwirthschaftliche Produkte. Broncene Medaille: C. Weißig (Marklissa) für Knochenmehl. G. Reimann (Halbau) für Tabak. Reiche (Halbau) für Tabak und Cigarren. Stadtziegelei Görlitz für Ziegel und Drainröhren. Dehmisch (Leschwitz) Seidenprodukte. Peter Noack (Bertsdorf) Braunkohle von außerordentlicher Consistenz. v. Döbschütz (Langenöls) Braunkohle. Zenker (Görlitz) Hufeisen. Säuberlich (Bunzlau) Luxusthonwaaren. O. Druschki (Görlitz) rudaer oberschlesische Steinkohlen. Awende u. Vilter (Berlin) Knochenmehl und Blutdünger. Böttcher (Ludwigsdorf) Mehlpräparate. Geldprämie à 3 Thlr.: Klocke (Görlitz) Steinsammlung. Elise Hennig (Halbau) feines Handgespinnst. Wittwe Rieke (Glogau) feines Handgespinnst. Heider (Nieder-Linda) Seidenprodukte. Schweizerei Schönbrunn Schweizerkäse. — Landwirthschaftl. Maschinen und Geräthe. 40 Thlr.: Kabisch (Görlitz) für Dreschmaschinen. 25 Thlr.: Siegesmund (Wendischossig Pflüge. 15 Thlr.: Zenker (Görlitz) Hufeisen. Silberne Medaillen: Locomobile und Dreschmaschinen von Garrett (Buckau), Maschinenarbeit von C. Körner, Götjens und Bergmann (Leippa) vorzügliche landwirthschaftliche Geräthe. Broncene Medaillen: Schneitler und Andre (Berlin) offener Göpel, Roscher (Prachenau) Göpel, Christoph (Niesky) Schrotmühle, Kind und Siegert (Zittau) künstliche Steinwaaren, Dumont (Görlitz) halbverdeckte Wagen, Weidler (Görlitz) Damenschreibtisch, Klose (Görlitz) Brennapparat, Zenker (Görlitz Hufeisen, Püschner und Weber (Löbau) Loch- und Schneidemaschine, Schnieber (Tillendorf) Getreidemaschine, Lange (Görlitz) Halbchaise, Christoph (Niesky) Feuerspritze, Garrett (Buckau bei Magdeburg) Taylors, Graf (Rengersdorf) Bienenwohnung, Schiedt (Görlitz) Kessel.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 17. Juni. [Abgeordnetenhaus.] Anwesend v. Itzenplitz, v. Selchow, als Commissare Delbrück und Burghard. Grabow zeigt die Herrenhaus-Beschlüsse über Verwerfung des Budgets an. Forckenbeck: Das Herrenhaus hat diesmal den Etat nur abgelehnt, nicht wie früher, den Regierungsentwurf angenommen. Ich glaube, daß wir damit zufrieden sein können. Betreffs der Fortsetzung des budgetlosen Zustandes beziehen wir uns auf die Beschlüsse vom 24. Januar 1864, wodurch die Stellung des Hauses in der Budgetfrage gekennzeichnet ist. Legen wir die Herrenhaus-Beschlüsse ruhig ad acta. Daß wir zum dritten- und viertenmale in den budgetlosen Zustand eintreten, muß uns belehren, niemals wieder in die Berathung eines Etats einzutreten, der nicht vor Beginn des Etatsjahres vorgelegt ist.

Virchow: Im Verfahren des Herrenhauses ist kein Fortschritt, sondern zwei Rückschritte. Das Herrenhaus ist nicht ermächtigt, für die allgemeinen Rechnungen von 1859, 1860 und 1861 Decharge zu ertheilen, nachdem das Abgeordnetenhaus sie versagt hat und die Vorlage gar nicht ans Herrenhaus gelangt ist. Es ist erstaunlich, daß der Commissar des Finanzministers, der geäußert, der Regierung liege an der Decharge-Ertheilung des Herrenhauses, die Herrenhaus-Commission zu einem solchen Eingriff in die Rechte des Abgeordnetenhauses verführt hat. Die Regierung hat davon keinen Nutzen, da sie diese Sache wieder vor das Abgeordnetenhaus bringen muß. Es ist nur ein neuer Eingriff in die Verfassung. Die dritte Resolution des Herrenhauses bestätigt unter Zustimmung des Finanzministers, daß die Regierung eine offene Verfassungs-Verletzung vornehmen kann mit Zustimmung des Herrenhauses. Das Herrenhaus beansprucht die Autorität

des Königs zur Legalisirung der amtlichen Veröffentlichung des Etats als Verwaltungsnorm. Aehnliches ist bereits von Wagener angeführt, aber nicht aufrecht erhalten worden. Das Land ist überzeugt, daß der König dies Ansinnen entrüstet zurückweisen wird, da der König den Verfassungseid redlich, ohne Vorbehalt geleistet hat, nicht, wie das Herrenhaus annimmt, mit Vorbehalt. Wenn anstatt des Etats die königliche Verordnung eintritt, so ist die Verfassung vernichtet; unmöglich kann ein Abgeordnetenhaus mit einer solchen Regierung verhandeln.

Grabow constatirt:

1) daß das Herrenhaus betreffs der Etats-Ablehnung in seinem Rechte war;
2) daß die Ablehnung der Rechnungs-Decharchirung dem Herrenhause gar nicht mitgetheilt worden ist;
3) daß von den Resolutionen des Herrenhauses das Abgeordnetenhaus amtlich nicht benachrichtigt worden ist. Ich schließe mich den Ausführungen Forckenbeck's und Virchow's an.

Wartensleben rechtfertigt das Herrenhaus. Virchow replicirt: Wenn an Stelle der Verfassungsbestimmungen über das Budget die Finanzgesetze von 1817 und 1820 treten, so ist die ganze Verfassung verleugnet. Das Haus verläßt den Gegenstand ohne Beschlußfassung.

Der Vertrag über die Fortdauer des deutschen Zoll- und Handelsvereins vom 16. Mai 1865 wird ohne Debatte angenommen.

Ferner wird angenommen der Handelsvertrag mit Belgien und England.

Der Minister des Innern verliest die allerhöchste Botschaft über den Landtagsschluß Nachmittags 3 Uhr. Es folgt der Bericht der Budgetcommission über die allgemeinen Rechnungen von 1862. Referent ist Virchow. Die Commission beantragt die Ablehnung.

Virchow constatirt, die Wege, welche die Regierung neben und gegen die Verfassung geht, führen zur Verwirrung und Rechtlosigkeit.

Für den gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsetat giebt es kein Surrogat. Die Verletzung des Artikel 99 läßt sich durch keinen allerhöchsten Erlaß heilen.

Der Weg der allerhöchsten Erlasse bei der Etats-Angelegenheit, der an sich identisch mit Absolutismus ist, führt in tiefere Zerrüttung.

Das Haus tritt dem Commissionsantrag ohne Debatte bei. Es folgt das Gesetz, betreffend die Uebernahme der Zinsgarantie für die Köslin-Stolper Eisenbahn. Referent Benda beantragt die Ablehnung des Gesetzes, Wartensleben und der Regierungs-Commissar sprechen für, Becker (Dortmund) gegen das Gesetz. Denzin beantragt die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung, weil das Herrenhaus darüber nicht mehr beschließen könne. Das Haus genehmigt die Absetzung von der Tagesordnung; desgleichen wird der Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Grundsteuer-Regulirungskosten in der Fassung des Herrenhauses abgesetzt. Die Decharge für die Rechnungen des Jahres 1863 wird der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf den Antrag des Referenten Reichenheim ohne Debatte verweigert. Die Petitionen werden nach den Commissions-Anträgen erledigt.

Grabow giebt einen Ueberblick der Thätigkeit des Hauses während der Session und fährt fort: In den Verhandlungen ist ein düsteres Bild der inneren Situation gegeben worden, die Wahrheit meiner Eingangsrede bestätigend. Von Verständigung ist geredet, Unterwerfung verlangt worden; die Versuche, den Verfassungsstaat in einen absoluten Polizei- und Militärstaat zu verwandeln, sind zur äußersten Grenze gediehen, sie werden scheitern an dem verfassungstreuen Sinne des Volkes, der sich bewährt hat durch die dreimalige Wiederwahl. Die Session war nicht vergeblich, die Handelsverträge sind genehmigt, das Eisenbahnnetz ist erweitert worden. Schaaren wir uns um die Verfassung und den König, der geschworen hat, sie zu schützen; es folgt ein dreimaliges Hoch auf den König. Virchow giebt Aufschluß über die Duell-Angelegenheit, veranlaßt durch die Erklärung der „Provinzial-Correspondenz."

Taddel dankt Grabow im Namen des Hauses. Grabow bringt ein Hoch auf die Verfassung und das Volk.

(Wolff's T. B.)

Berlin, 17. Juni. (Herrenhaus.) Der Gesetzentwurf, betreffend den Wegfall des Bestätigungsrechts der Regierung bezüglich der Magistratsmitglieder, wird dem Commissionsantrage gemäß abgelehnt. Der Vertrag vom 16. Mai 1865, betreffend die Fortdauer des Zollvereins, so wie die Handels-Verträge mit Belgien und England, werden ohne Debatte in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause angenommen, eben so die Resolution der Handelscommission: die Regierung möge auf Ermäßigung des Eingangszolles für Spiritus in England hinwirken, und Tarifzugeständnisse an England hiervon abhängig machen.

Frankenberg spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus. Der Präsident antwortend, fügt hinzu: Die Erwartungen und Hoffnungen, mit denen wir in die Session eingetreten, sind nicht erfüllt. So lange das gegenwärtige Ministerium mit fester Hand und Macht die Ehre Preußens wahre und in Hingebung für Krone und Vaterland nicht ermüde, sei zu hoffen, daß das Königthum in Preußen nicht geschädigt, das Ansehen der Krone nicht verkümmert, die Tapferkeit und die Zucht der Armee nicht gefährdet werde. Das möge Gott walten! Die Session wird mit dreimaligem Hoch auf den König geschlossen. (Wolff's T. B.)

Berlin, 17. Juni. Der Landtag wurde durch Herrn v. Bismarck mit folgender Rede geschlossen:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Des Königs Majestät haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu schließen.

In der abgelaufenen Sitzungs-Periode verdankt das Land dem Zusammenwirken des Landtages mit der Regierung die Erneuerung des deutschen Zollvereins, den Abschluß der Zollverträge mit Frankreich und Oesterreich, mit England und Belgien, das neue Berggesetz, die Regulirung der schlesischen Zehntverfassung, die bessere Versorgung der Militär-Invaliden, die Eisenbahn-Anlagen an der Jahde, in der Eifel und in Thüringen, sowie eine Anzahl anderer nützlicher und heilsamer Gesetze. Aber zu vollen und durchgreifenden Resultaten hätte das Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung nur dann führen können, wenn auch den politischen Meinungskämpfen gegenüber das Wohl des Vaterlandes das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur für alle Parteien geblieben wäre. So ist es nicht gewesen. Die deutlich aussprochene Absicht der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, den gegenwärtigen Rathgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten, hat zur Verwerfung der Wegeordnung, des Bankgesetzes, der Eisenbahn-Anlagen in Ostpreußen und dadurch zur Schädigung des materiellen Wohles des Landes geführt.

Durch die Verwerfung des Militärgesetzes hat die unter der Mitwirkung früherer Landtage in das Leben gerufene und durch die kriegerischen Ereignisse des vorigen Jahres bewährte neue Heereseinrichtung, unter Gefährdung der äußern Sicherheit des Landes, auf's Neue in Frage gestellt werden sollen.

Das Haus der Abgeordneten versagt der Regierung die Mittel zur Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechenden Kriegsflotte, es versagt ihr den von ihr verlangten Beistand zur Gewinnung der Früchte der mit so vielem theuren Blute errungenen Siege des verflossenen Jahres. Ja, es hat sich von den glänzenden Thaten und Erfolgen der Armee losgesagt, indem es, wie früher, die geforderte Anleihe, so jetzt die nachträgliche Genehmigung der verausgabten Kriegskosten verweigert hat.

Das Staatshaushalts-Gesetz, dessen Zustandekommen nach Art. 62 und 99 der Verfassungs-Urkunde von dem Zusammenwirken der bei der Gesetzgebung betheiligten Factoren erwartet wird, ist auch in diesem Jahre an der Weigerung des Abgeordnetenhauses, die zur Aufrechthaltung des Heerwesens unerläßlichen Mittel zu bewilligen, gescheitert. Das Abgeordnetenhaus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte.

Seiner Majestät Regierung hat nur ein Ziel im Auge: die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes, so wie sie verbrieft sind, so wie sie nebeneinander bestehen können und müssen. Dem Lande ist nicht gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt. Nur wenn sie diese Stellung dazu benutzen, mitzuarbeiten an dem von unserm Fürsten begonnenen und bisher durchgeführten Werke, Preußen unter starken Königen groß und glücklich zu machen; nur dann werden sie das Mandat erfüllen, welches des Königs Unterthanen in ihre Hände legen.

Die Regierung Seiner Majestät ist bestrebt, das im gleichen Sinne ihr ertheilte Mandat des königlichen Herrn nach Kräften auszuführen. Sie wird unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechtes und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst vertreten. Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher innegehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr ferne sein kann, an welchem die Nation, wie bereits durch tausende, aus freier Bewegung kund gewordene Stimmen geschehen, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem königlichen Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde.

Dem Herrenhause habe ich im Namen Seiner Majestät Allerhöchstdessen Dank für die auch in dieser Session bewiesene Treue und Hingebung zu sagen.

Im allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät erkläre ich hierl mit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

(Wolff's T. B.)

Berlin, 17. Juni. Im weißen Saale waren etwa 100 Mitglieder beider Häuser anwesend, überwiegend Herrenhausmitglieder, vom Abgeordnetenhause nur die Conservativen und außerdem Schulze-Bockum, Gneist, Lette. (Wolff's T.-B.)

Berlin 17. Juni. Das Gutachten der Kronsyndici, dessen Schlußredaction Montag erfolgt, spricht dem Oldenburger und Augustenburger jede Erbberechtigung und dem Könige Wilhelm das Erbrecht auf die größere Hälfte Holsteins und ganz Schleswig zu. Ritschl hat den Ruf nach Leipzig angenommen. (Tel. Dep. der Bresl. Z.)

Florenz, 17. Juni. Ein Rundschreiben des Unterrichts-Ministers erklärt: Die Regierung werde dem Parlamente in nächster Session den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften und die Umgestaltung des Schulwesens, wieder vorlegen. Die Regierung wahrt sich das Ueberwachungsrecht der zu Bischofs-Seminarien gehörigen Elementarschulen. (Wolff's T.-B.)

Petersburg, 17. Juni. Eine Deputation der Polen überreichte eine Beileids-Adresse über den Tod des Thronfolgers. Die kaiserliche Antwort glaubt gern an die Aufrichtigkeit der Gefühle und wünscht, die Majorität der Polen möge dieselben theilen; sie werden die beste Garantie gegen die Wiederkehr der jüngsten Prüfungen sein. „Uebermitteln Sie meine Worte Ihren verirrten Landesleuten, wiederholen Sie die Worte meines ersten Besuches vom Jahre 1856: Keine Träumereien. Wäre dieser Rath befolgt worden, so wäre viel Unglück erspart worden. Ich liebe gleichmäßig meine Unterthanen: Russen, Polen, Finnländer, Livländer, werde aber niemals die Idee der Trennung des Königreiches dulden. Ich hoffe, der Thronfolger wird die Erbschaft würdig regieren und nicht dulden, was ich nicht duldete. (Die kaiserliche Antwort, die uns hier telegraphirt wird, finden unsere Leser bereits in Nr. 275 und zum zweitenmale ganz ausführlich und in den Hauptstellen wörtlich in Nr. 276 d. Ztg. in unseren Correspondenzen aus Warschau. Von Petersburg scheint also das telegraphische Bureau sehr schlecht bedient zu werden. D. Red. d. Bresl. Ztg.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 17. Juni, Nachm. 2 Uhr. (Angek. 4 Uhr 8 M.) Böhmische Westbahn 76⅞. Breslau-Freiburg 141. Brieg-Neisse 89. Kosel-Oderberg 59½. Galizier 98. Mainz-Ludwigsh. 128½. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 74½. Oberschlesische Litt. A. 171⅝. Oesterr. Staats-Bahn 111¼. Oppeln-Tarnowitz 79¾. Lombarden 131¼. Warschau-Wien 69¾. 5proz. Preuß. Anl. 105¾. Staats-Schuldscheine 91¼. National-Anleihe 69⅞. 1860er Loose 85⅛. 1864er Loose 51½. Silber-Anleihe 74⅞. Italienische Anleihe 64¾. Oesterr. Banknoten 93½. Russ. Banknoten 81⅛. Amerikaner 74¾. Russische Prämien-Anleihe 88⅞. Darmst. Credit 91⅜. Disconto-Commandit 101¼. Oesterr. Credit-Aktien 83½. Schles. Bank-Verein 110¾. Hamburg 2 Monate 151⅛. London 6, 23⅛. Wien 2 Mon. 92⅝. Warschau 8 Tage 80¾. Paris 81. Still, Oesterreich. später fester.

Berlin, 17. Juni. Roggen: steigend. Juni-Juli 40⅝, Juli-August 40⅝, Septbr.-Oktbr. 42½, Okt.-Nov. 43. — Rüböl: still. Juni-Juli 13¾, Sept.-Okt. 13⅚. — Spiritus: fest. Juni-Juli 14⅞, Juli-August 14⅞, Sept.-Okt. 14 7/12, Okt.-Nov. 14½.

Petersburg, 16. Juni. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 31⅞ d., dto. auf Hamburg 3 Monat 28 9/16 Sch., dto. auf Amsterdam 3 Monat 157½ Ct., dto. auf Paris 3 Monat 333 Cts., do. auf Berlin —, Neueste Prämien-Anl. 105¾. Imperials 6 R. 17½ K. Silberagio —. Talg loco —. Gelber Lichttalg pr. August (alles Geld im Voraus) —. Gelber Lichttalg pr. August (mit Handgeld) 46 gefordert, 45 geboten. Geschäft gering, Course unverändert.